D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 5
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

5. Februar 1982
Preis 1,80 DM

Selbstzensur in der Solidarität mit Polen
Sollte sich das bei Afghanistan und Kampuchea erlebte Trauerspiel im Falle Polens wiederholen? Der ,,Tag der Solidarität" S. 13, Kommentar . . S. 2



Platzbesetzung fand statt, aber was hat sie gebracht?
Verbote und Polizeigewalt konnten die Besetzung des Bauplatzes an der Startbahn nicht verhindern, trotzdem werden einige Probleme aufgeworfen S. 3

Ausländerpolitik in der SPD
Während die amtierenden Sozialdemokraten eine restriktive Ausländerpolitik treiben, wird in der SPD umfassende Gleichstellung verlangt . . . . S. 7

Was so alles unter ,,Staatsdienst" läuft
Die unterschiedlichsten Funktionen finden sich im öffentlichen Dienst, solche der sozialen Reproduktion ebenso wie die Unterdrückertätigkeiten . S. 13

In alten Spuren

Investitionszulagen wie gehabt

Von Friedemann Bleicher

Es stimmt, so schlecht geht es uns nicht, wenigsten nicht allen von uns. Auch die Konjunktur ist nicht überall schlecht, Hapag-Lloyd etwa hat keine Absatzschwierigkeiten mit seinen Kreuzfahrten. Und Vorstandssprecher Kruse meint: ,,Wir könnten nicht zufriedener sein." 500 Mark kostet ein Tag an Bord der ,,Europa".

Anderen geht es nicht ganz so gut. Nicht bloß, daß es an Geld fehlt. 6,4 Millionen Arbeiter und Angestellte in der BRD arbeiten häufig unter Lärm, 5,2 Millionen häufig unter Nässe, Kälte, Hitze oder Zugluft, 4,0 Millionen häufig in Staub, Rauch, Gasen oder Dämpfen, 3,8 Millionen haben schwere Lasten zu tragen oder zu heben. Immer oder häufig nachts oder in Schicht arbeiten 3,1 Millionen. Oft treten diese Belastungen gleichzeitig auf.

So sagt es eine Studie, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg, also eine halbamtliche Einrichtung, dieser Tage veröffentlicht hat. Es heißt dort auch, an Arbeitsplätzen mit hohen Gesamtbelastungen würden vor allem Ausländer, Arbeiter – vor allem Hilfsarbeiter und ältere Arbeiter – beschäftigt. Jene also, die am schlechtesten bezahlt werden und am leichtesten fortgeschickt werden können.

Dies und anderes müßte nicht so sein, wie es ist. Aber davon ist ja nicht die Rede. Die Rede ist davon, wie das ,,Vertrauen der Wirtschaft" wieder hergestellt werden könnte. Presse und Rundfunk schwappen über davon, denn, so Strauß, ,,ohne Vertrauen kann die Investitionskraft und der Investitionsschwung nicht zurückgewon-

Absatzschwierigkeiten mit seinen Kreuzfahrten. Und Vorstandssprecher Kruse meint: ,,Wir könnten nicht zufriedener sein." 500 Mark kostet ein Tag an Bord der ,,Europa".

Anderen geht es nicht ganz so gut. Nicht bloß, daß es an Geld fehlt. 6,4 Millionen Arbeiter und Angestellte in der BRD arbeiten häufig unter Lärm, 5,2 Millionen häufig unter Nässe, Kälte, Hitze oder Zugluft, 4,0 Millionen häufig in Staub, Rauch, Gasen oder Dämpfen, 3,8 Millionen haben schwere Lasten zu tragen oder zu heben. Immer oder häufig nachts oder in Schicht arbeiten 3,1 Millionen. Oft treten diese Belastungen gleichzeitig auf.

So sagt es eine Studie, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg, also eine halbamtliche Einrichtung, dieser Tage veröffentlicht hat. Es heißt dort auch, an Arbeitsplätzen mit hohen Gesamtbelastungen würden vor allem Ausländer, Arbeiter – vor allem Hilfsarbeiter und ältere Arbeiter – beschäftigt. Jene also, die am schlechtesten bezahlt werden und am leichtesten fortgeschickt werden können.

Dies und anderes müßte nicht so sein, wie es ist. Aber davon ist ja nicht die Rede. Die Rede ist davon, wie das ,,Vertrauen der Wirtschaft" wieder hergestellt werden könnte. Presse und Rundfunk schwappen über davon, denn, so Strauß, ,,ohne Vertrauen kann die Investitionskraft und der Investitionsschwung nicht zurückgewon-

nen werden".

Das sogenannte ,,Beschäftigungsprogramm", das die Bundesregierung an diesem Mittwoch beschlossen hat – und dem auch die DGB-Mitglieder in der SPD-Fraktion zustimmen werden, nachdem sie schon die Geheimverhandlung ihrer Partei- und Fraktionsspitze hingenommen haben – liegt ganz auf der Linie der ,,vertrauensbildenden Maßnahmen". Schlicht gesagt läuft es in seinem auf eine Investitionszulage degenerierten Kern darauf hinaus, daß die Mehrwertsteuer auf Wurst, Brot usw. dazu herzuhalten hat, den Unternehmen für jede Investition, die sie in diesem Jahr tätigen, 10% Prämie zu zahlen. Eine nette Sorte Umverteilung.

Schon allein die angekündigte Ersetzung eines Teils der Einkommenssteuer durch eine noch höhere Mehrwertsteuer wird die Armen ärmer und die Reichen reicher machen. Sie entspricht auch ganz den Forderungen des Sachverständigenrates. Unternehmensprofite, Managergehälter usw. unterliegen nämlich zwar auch der Einkommenssteuer, nicht aber der Mehrwertsteuer, wenn sie wieder investiert oder auch nur an der Börse angelegt werden.

Was da ,,beschäftigungswirksam" sein soll, ist eher bloßes Vehikel, diese heimliche Umverteilung der Steuerlast zu vermitteln. Gleichzeitig wurden die Steuersätze bei der Einkommenssteuer bis 1984 festgeschrieben. Auch dies ist wieder eine Unverschämtheit an sich. Bereits in diesem Jahr wird die Hälfte jeder zusätzlichen Mark Lohn weggesteuert, auch für die Investitionszulage. Und 1983 wird es noch mehr sein. Andererseits wurde mit dem Haushaltsstrukturgesetz z.B. die Mehrwertsteuerbefreiung für Firmen-PKWs beibehalten, durch die degressive Abschreibung werden den Unternehmen Milliarden geschenkt.

Auf die Konjunktur wird die Investitionszulage nicht wirken. Die Kapitalisten werden vielleicht ihre Investitionen etwas vorziehen, erweitern werden sie ihre Anlagen sowieso nicht, solange sie Überkapazität haben. Also werden sie rationalisieren, mit Hilfe der steuerfinanzierten Zulage. Das ist ein alter Hut, schon 1975, mit der damaligen 7,5%-Zulage ist es so gegangen. Und hernach war die Krise tiefer denn je.

Wo die Kapitalisten ihr neues Kapital anlegen, darüber werden sie selbst befinden. Der Wildwuchs wird weiter gedeihen, der Profit dirigiert. Wasserversorgung, Umweltschutz, öffentlicher Nahverkehr, rationelle Energieverwendung usw., nichts wird geschehen, was nicht eben gar nicht zu umgehen ist. Noch nichtmal für den sozialen Wohnungsbau ist etwas herausgesprungen. Außer weiteren Mieterhöhungen von 30% in drei Jahren, höchstens, versteht sich.

Ausgaben- und Finanzierungsseite stimmen also überein. Die Ergänzungsabgabe für hohe Einkommen war nie ernsthaft erwogen, ,,denn weitere Belastungen der Besserverdienenden träfen auch die Unternehmer, die man doch braucht, wenn sie in neue Arbeitsplätze investieren sollen", wie die ,,Die Zeit" so treffend schreibt. Eben, solange ,,man sie braucht". In Frankreich hat man sogar verstaatlicht, doch

behalten, durch die degressive Abschreibung werden den Unternehmen Milliarden geschenkt.

Auf die Konjunktur wird die Investitionszulage nicht wirken. Die Kapitalisten werden vielleicht ihre Investitionen etwas vorziehen, erweitern werden sie ihre Anlagen sowieso nicht, solange sie Überkapazität haben. Also werden sie rationalisieren, mit Hilfe der steuerfinanzierten Zulage. Das ist ein alter Hut, schon 1975, mit der damaligen 7,5%-Zulage ist es so gegangen. Und hernach war die Krise tiefer denn je.

Wo die Kapitalisten ihr neues Kapital anlegen, darüber werden sie selbst befinden. Der Wildwuchs wird weiter gedeihen, der Profit dirigiert. Wasserversorgung, Umweltschutz, öffentlicher Nahverkehr, rationelle Energieverwendung usw., nichts wird geschehen, was nicht eben gar nicht zu umgehen ist. Noch nichtmal für den sozialen Wohnungsbau ist etwas herausgesprungen. Außer weiteren Mieterhöhungen von 30% in drei Jahren, höchstens, versteht sich.

Ausgaben- und Finanzierungsseite stimmen also überein. Die Ergänzungsabgabe für hohe Einkommen war nie ernsthaft erwogen, ,,denn weitere Belastungen der Besserverdienenden träfen auch die Unternehmer, die man doch braucht, wenn sie in neue Arbeitsplätze investieren sollen", wie die ,,Die Zeit" so treffend schreibt. Eben, solange ,,man sie braucht". In Frankreich hat man sogar verstaatlicht, doch

ob der Entschädigungen frohlockt die Kapitalistenpresse: ,,Hurra, wir werden verstaatlicht." Es reicht eben nicht, wenn die Arbeiter- und Volksmassen nur eine Sozialistische Regierung und keine Macht haben.

Franz-Josef Strauß, der die letzte Wahl noch verloren hat, ruft erneut zum Sturm: ,,Das beste Beschäftigungsprogramm wäre ein Rücktritt des Kanzlers." Die Kapitalisten wollen das Programm nicht, weil sie den Umweg über die Staatskasse nicht wollen, sondern den direkten Zugriff. Nicht alles, was CDU/CSU sagen, was sie wollen, hat die Regierungskoalition beschlossen. Aber sie sieht gerade deshalb so schlecht aus, weil sie zwar macht, was auch Wirtschaftsverbände und Unionsparteien wollen, nur eben nicht so gut. Schmidt muß jetzt die Vertrauensfrage stellen. Zwar hat die FDP ihre Protokollnotiz vom September nicht aktiviert, sei es weil Genscher seine Außenpolitik so besser zu verfolgen denkt, sei es, weil der Graf Lambsdorff nach der Spendenaffäre zuviel Dreck am Stecken hat. Würde die Regierung jetzt einfach in einer Koalitionsverhandlung oder durch eine parlamentarische Niederlage platzen, so wäre das für die Massenbewegung die denkbar ungünstigste Konstellation. Mit der Erklärung von Vetter am Mittwoch ist der DGB schon wieder umgefallen. Mit seinen Rücksichten auf die Regierung hat er sich in Wirklichkeit schon längst zum Zuschauer gemacht. Vielleicht wird wenigsten das über den Reinfall mit diesem ,,Beschäftigungsprogramm" erkenntlicher.



25000 Menschen sind in den letzten beiden Jahren dem Terror der Junta in El Salvador zum Opfer gefallen – die wenigsten auf dem Schlachtfeld, sondern in Massakern von Armee, Todesschwadron und Nationalgarde *siehe S. 8*

Runde 1 für die ÖTV – ,,Lohnpause" in der Metall-Runde 2

Kommunale Arbeitgeber stecken zurück / Metall-Kapitalisten bieten 2,25% mehr Lohn

geh. Der ,,Punktsieger Kluncker" habe einen ,,wichtigen Durchbruch" in den Verhandlungen über die Kürzungen im öffentlichen Dienst erzielen können, als die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) am 28.1. aus der Front der öffentlichen Arbeitgeber herausgebrochen werden konnte, schreiben die Zeitungen. Sicher ist, daß Punkte für die ÖTV ge-

vielleicht kann man auch die erste Runde für sie werten. Die Frage ist jedoch, ob nicht durch die wiederholten Beteuerungen H. Klunckers, man werde einen Abschluß machen, der von den Gegenheiten im öffentlichen Dienst ausgehe, für die zweite Runde, die um den Lohn, Minuspunkte bereits auf dem Papier stehen.

Jedenfalls ist die Zeit bis zu dem

ne Lohnpause geben. Mundorf vom Handelsblatt, der es ja wissen muß, hat die Angebotsphilosophie von Gesamtmetall gedolmetscht: alle machen in der 2. Runde dies Angebot – 3% mit Lohnpause; in der 3. Runde wird dann auf die Lohnpause verzichtet. Danach gibt es keine weiteren Zugeständnisse mehr. Nach dem Scheitern der Verhandlungen soll in der Schlichtung



25000 Menschen sind in den letzten beiden Jahren dem Terror der Junta in El Salvador zum Opfer gefallen – die wenigsten auf dem Schlachtfeld, sondern in Massakern von Armee, Todesschwadron und Nationalgarde *siehe S. 8*

Runde 1 für die ÖTV – ,,Lohnpause" in der Metall-Runde 2

Kommunale Arbeitgeber stecken zurück / Metall-Kapitalisten bieten 2,25% mehr Lohn

geh. Der ,,Punktsieger Kluncker" habe einen ,,wichtigen Durchbruch" in den Verhandlungen über die Kürzungen im öffentlichen Dienst erzielen können, als die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) am 28.1. aus der Front der öffentlichen Arbeitgeber herausgebrochen werden konnte, schreiben die Zeitungen. Sicher ist, daß Punkte für die ÖTV ge-

bucht werden können, als festgehalten wurde:

,,3. Zwischen der Gewerkschaft ÖTV und der VKA wird Einvernehmen erzielt, daß über die sich aus den gekündigten Zulagen-/Zuschlagtarifverträgen ergebenden materiellen Fragen in der Lohnrunde verhandelt wird.
4. Mit Rücksicht auf dies Einvernehmen empfiehlt die VKA ihren Mitgliedern, die für die Monate Januar und Februar 1982 getroffene Regelung über die ungekürzte Zahlung von Zulagen/Zuschlägen bis zum Abschluß der Lohnrunde anzuwenden, und zwar auch hinsichtlich des Ortszuschlags."

Zu diesem Zugeständnis war Baum nicht bereit. Allerdings verzichten auch die Gemeinden nicht auf die beabsichtigte Kürzung. ,,Die VKA wird deshalb die Zahlung unter dem Vorbehalt der Verrechnung veranlassen."

Baum hatte stattdessen verlangt, sofort in Lohnverhandlungen einzutreten, in denen ,,ohne Vorbedingungen alle Fragen abgeklärt werden" – nachdem er im Vorgriff Fakten geschaffen hatte. Darauf konnte die ÖTV nicht eingehen. So schlecht Baums Position inzwischen geworden ist – vermutlich muß er auch einer solchen Verrechnungs-Lösung zustimmen – so steht doch die ÖTV ohne die Gemeinden auch ohne ihre streikfähigen Bereiche da, wenn Baum seinen harten Kurs weiterverfolgen sollte. Die abgesagte Urabstimmung hat den Druck auf die Bundesregierung jedenfalls gelockert.

Zwar hat die ÖTV Punkte gemacht,

vielleicht kann man auch die erste Runde für sie werten. Die Frage ist jedoch, ob nicht durch die wiederholten Beteuerungen H. Klunckers, man werde einen Abschluß machen, der von den Gegenheiten im öffentlichen Dienst ausgehe, für die zweite Runde, die um den Lohn, Minuspunkte bereits auf dem Papier stehen.

Jedenfalls ist die Zeit bis zu dem

normalen Verhandlungstermin am 5.3. schon kurz, wo noch keine Forderung aufgestellt ist. Unklar ist auch, wie sie aussehen müßte: hoch? (da sind 220 DM Festgeld und mehr im Gespräch), im Volumen so wie Metall? (also 7,5%) oder sollte die Struktur sein wie bei Metall (so daß alle Eingruppierten unterhalb des Facharbeiterecklohns einen Mindestbetrag in Höhe der Preissteigerungsrate auf ihn bezogen erhielten)?

Jedenfalls würde letztere die Metaller stärken, die ja augenscheinlich auch die Lohnführer sein werden. Dort haben die Kapitalisten in der zweiten Runde einheitlich ein Angebot von 3% gemacht, aber die Lohnerhöhung soll erst mit 3 Monaten Verzögerung ab Mai erfolgen.

So wird aus den 3% auf ein Jahr gerechnet 2,25%. Die verschönen die Kapitalisten mit der Westrick-Formel auf 2,4% und weisen auf die Langzeitwirkung hin. Die Lohnpause sei der ,,Deckungsbeitrag der Arbeitnehmer für die Stahlpreiserhöhungen", haben die Metallkapitalisten vernehmen lassen. Jetzt sollen die Metallarbeiter nicht nur die Preiserhöhungen für ihre Lebensmittel tragen, sondern auch noch die Preiserhöhungen für die Rohstoffe der Kapitalisten. Sollen die Kapitalisten den Deckungsbeitrag doch bei ihresgleichen aus der Stahlbranche reklamieren – für die Arbeiter geht es um den Deckungsbeitrag für die gestiegenen Kosten der Reproduktion der Arbeitskraft, und der muß von den Kapitalisten gezahlt werden.

E. Loderer hat erklärt, es werde kei-

ne Lohnpause geben. Mundorf vom Handelsblatt, der es ja wissen muß, hat die Angebotsphilosophie von Gesamtmetall gedolmetscht: alle machen in der 2. Runde dies Angebot – 3% mit Lohnpause; in der 3. Runde wird dann auf die Lohnpause verzichtet. Danach gibt es keine weiteren Zugeständnisse mehr. Nach dem Scheitern der Verhandlungen soll in der Schlichtung

nochmal was zugestanden werden, um dann zu einem (schnellen) Abschluß zu kommen. Auf keinen Fall soll auf die ,,Novellierung" der Metallforderung, die Mindestbeträge oder den 100-DM-Betrag eingegangen werden, das koste unten Arbeitsplätze.

Zwar sind dieses Mal seitens der Gewerkschaft erstmals einheitlich solche Forderungen aufgestellt, jedoch zeigen sich die weichen Punkte bei der IG Metall. In NRW mußte die Verhandlungskommission von einer knapper Mehrheit der Tarifkommission gezwungen werden, eine Mindestforderung aufzunehmen. Jetzt hat der dortige Verhandlungsführer K.H. Bräuer erklärt: ,,Ich frage die Arbeitgeber, ob sie bereit sind, den gegenwärtigen Beschäftigungsstand in diesen Beschäftigungsgruppen zu garantieren, wenn wir mit uns – etwa über Sockelbeträge – reden ließen." Tun sie aber nicht – weil sie ihre Argumentation selbst nicht ernst nehmen. Unabhängig von der jeweiligen Lohnhöhe rationalisieren sie Arbeitsplätze weg, wenn der Lohn höher ist als eine dort einsetzbare Maschine kosten würde. Wer sollte denn auch einen solchen Pakt mit dem Teufel überprüfen und gegebenenfalls durchsetzen? Man muß sich ja nicht selbst zum Tölpel machen. Daran, daß gerade die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen einen solchen Mindestbetrag brauchen, um ihre Arbeitskraft für diesen Arbeitsplatz zu erhalten, hat sich nichts geändert. Die Finanzierung des Beschäftigungsprogramms mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer muß auch in die Rechnung einbezogen werden.

Die Demokratie blamiert sich

Von Hans-Gerhart Schmierer

Die offiziellen Repräsentanten der Demokratie warfen sich demonstrativ in die Bresche, die ihnen der Militärputsch in Polen geschlagen zu haben schien. Aber kaum jemand folgte ihnen. Reagan hatte ungebeten die Schirmherrschaft für den von Solidarność-Vertretern auf einer Versammlung in Brüssel ausgerufenen Tag der Solidarität mit Solidarność übernommen. In der vom Weißen Haus inszenierten Fernsehschau stellte er sich als langjähriger Gewerkschafter vor. In der McCarthyzeit hat er sich tatsächlich um die Säuberung der Schauspielergewerkschaft von „unamerikanischen Elementen" verdient gemacht. Zwei Tage nach dem Solidaritätstag hat er aus seinem präsidialen Sonderfonds 55 Millionen $ Militärhilfe für die Militärjunta in El Salvador beschlossen, nachdem er auf parlamentarischem Weg mit dieser Aktion gescheitert war. Charlton Heston, Frank Sinatra und Bob Hope waren leicht für die Fernsehschau zu gewinnen, aber die geplanten Massenauftriebe für die Schau wurden zum Reinfall. Helmut Schmidt, der mit seinem Herzen von Anfang an auf der Seite der polnischen Arbeiter stand, seine Hand aber am Puls der Osthändler und Banker hat, die sich vom Militär eine Normalisierung der Geschäfte erhoffen, nahm die Gelegenheit wahr, um in der amerikanischen Fernsehsendung herauszustreichen, daß die Bürger der Bundesrepublik schon über 2 Millionen Päckchen nach Polen gesandt hätten, in einem Wert von mehr als 200 Millionen Deutschmarks. Rot geworden ist er dabei keineswegs.

Soll man sich also freuen, daß der Tag der Solidarität mit Solidarność weitgehend zu einer Pleite geworden ist? Aber in Westdeutschland sei das ja gar nicht der Fall gewesen. Im Gegenteil, ARD und ZDF wie auch ein Teil der Presse strichen über 100 Solidaritätsdemonstrationen heraus, zu denen der DGB aufgerufen hätte, und nahmen die Gelegenheit war, eine Retourkutsche gegenüber der ausländischen Kritik an mangelnder westdeutscher Solidarität zu landen. „Weniger als erwartet" hätten sich zu den amerikanischen Demonstrationen eingefunden, in Brüssel sei nur eine Handvoll Gewerkschafter dem Aufruf zur Solidarität gefolgt.

Wahr ist, daß in Westdeutschland einige Solidaritätsdemonstrationen stattgefunden haben (Übersicht S. 13). Normalerweise werden Demonstrationen in der BRD und Westdeutschland eher heruntergespielt. Diesmal konnte man den seltenen Fall erleben, daß alles darangesetzt wurde, um auch eher bescheidene Aktivitäten an die große Glocke zu hängen.

Es war schon ein Trauerspiel, wie die Ablehnung der sowjetischen Invasion in Afghanistan durch breite Massen zwischen der Propaganda der Sowjetunion und ihrer Anhänger auf der einen Seite und dem vom US-Präsidenten verordneten Widerstand als selbständige Kraft zerrieben worden ist. Genauso wie das kampucheanische Volk bleibt das afghanische Volk in seinem Widerstand gegen die sowjetische Invasion ohne aktive Massenunterstützung im Westen. Das Trauerspiel droht sich mit Polen zu wiederholen. Bisher ist die sozialistische und demokratische Linke nicht in der Lage, gegenüber den Taten des Sozialimperialismus eine selbständige Position zu entwickeln, die es ihr erlauben würde, die internationalen Widersprüche zu nutzen, um den Bewegungsspielraum für die Unabhängigkeitskämpfe gegenüber dem Sozialimperialismus zu erweitern. Das ist nicht nur in Westdeutschland und Westberlin der Fall. Die Spaltung Europas durch die beiden Supermächte hat auch die internationale Solidarität in Europa gespalten. Der Internationalismus der II. Internationale ist bereits im Ersten Weltkrieg vollends untergegangen. Der Internationalismus der III. Internationale ist am Großmachtchauvinismus der SU zerbrochen. Der Internationalismus der Neuen Linken hat sich bisher bloß auf die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt erstreckt. Seit die Dritte Welt zum Aggressionsobjekt der SU geworden ist, funktioniert er auch dort nur noch zur Hälfte. Auf Osteuropa hat sich dieser Internationalismus nie erstreckt. Die Entwicklung der notwendigen internationalen Solidarität, deren Grundlage Demokratie und Selbstbestimmungsrecht sein müssen, scheint in Widerspruch zu stehen mit bestimmten Seiten des Weltbildes, das die Linke in den letzten Jahrzehnten sich gemacht hat.

Verhandeln mit dem Senat oder nicht?

Kreuzberger Besetzerrat macht Einigungsvorschlag in der umstrittenen Frage

nia. Westberlin. Seit mehr als einem Jahr wird von den Westberliner Instandbesetzern immer wieder die Frage diskutiert, ob um die Sicherung der besetzten Häuser verhandelt werden soll oder nicht. Der erste, sehr ernsthafte Versuch wurde am 12.12.80 durch die provokative Räumung am Fraenkelufer und die sich daran anschließenden Straßenschlachten und Verhaftungen zunichte gemacht. Der zweite, von den Besetzern mehr geduldete als gewollte, Versuch des „Vermittlerkreises" um ein Treuhandmodell endete mit der Wahl des CDU-Senats, der bestenfalls bereit war, über Umzugsmöglichkeiten zu diskutieren. Aber die Besetzer setzten zu diesem Zeitpunkt sowieso in erster Linie auf die Verbreiterung der Patenbewegung und die Verankerung in den Kiezen, um die Häuser zu halten. Aber auch die Zehntausende, die praktisch Woche für Woche auf die Straße gingen, konnten den 22. September mit der Räumung der acht Häuser und dem Tod von Rattay nicht verhindern.

Verhandlungen, Gespräche; das wurde ab diesem Zeitpunkt zum Un-Thema in den Besetzerräten. „Lieber geräumt werden, als sich mit den S. an einen Tisch setzen. – Der Kampf geht weiter, auch wenn sie uns die Häuser nehmen. – Sie werden keine Ruhe mehr kriegen." Wachsende Stärke der Bewegung schien der beste Schutz vor Räumungen. Und tatsächlich, als sich im Oktober die Informationen verdichteten, daß eine neue Räumungswelle anstünde, waren die Paten und Unterstützer wieder da, und es wurde nicht geräumt. Und nach dem Vorstoß der Kreuzberger SPD, für den Bezirk eine politische Lösung zu diskutieren, erklärten zwei senatseigene Gesellschaften inoffiziell, daß sie diese Ergebnisse abwarten und vor Ostern nicht räumen würden.

Aber die Vorbereitungen für die nächsten Räumungen sind weitergelaufen. Für ein Haus nach dem anderen werden Baugenehmigungen und Finanzierungsbewilligungen erteilt, so daß dem Senat nur noch die Räumungsanträge der Eigentümer fehlen, um wieder loszuschlagen.

Gleichzeitig ist der öffentliche Druck der Unterstützerbewegung immer geringer geworden. Es werden zwar mehr und mehr Alternativen zur CDU-Wohnungspolitik diskutiert und gefordert (zuletzt auf den „wohnungspolitischen Tagen", s. KVZ 4/82), und das ist ein Fortschritt, aber in bezug auf die besetzten Häuser wächst die Rat- und Hilflosigkeit. Zudem machen Gerüchte über individuelle Verhandlungen einzelner Häuser die Runde, und wirken zersetzend. Hieß es noch vor einigen Wochen: „Wir verhandeln nicht, weil wir uns nicht spalten lassen wollen", so ist inzwischen unleugbar, daß die befürchtete Spaltung in Verhandlungswillige und sog. Autonome längst existiert, und sich bei der nächsten Konfrontation auswirken muß.

Insgesamt herrscht ein Status quo, von dem jeder weiß, daß er im Frühjahr, wenn es von den Witterungsbedingungen her wieder möglich ist, zu bauen, zu Ende gehen wird.

In dieser Situation sind die Besetzerräte von Kreuzberg 36 und 61 zu der Auffassung gekommen, daß nur, wenn beide Positionen wieder offen diskutiert werden können und jeder weiß, wo die einzelnen Häuser stehen, es noch möglich sein wird, zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen, und haben über die taz alle besetzten Häuser aufgerufen, trotz der „unüberwindlichen Gegensätze" in der Verhandlungsfrage sich auf eine Gesamtlösung zu einigen:

„Die Häuser, die keine Legalisierung wollen, treiben die Diskussion über ihre Form von Enteignung voran, erarbeiten auf möglichst breiter Basis die Formen von Widerstand und lassen sich über den Stand der Verhandlungen informieren. Die Häuser, die eine Legalisierung wollen, beginnen – nach Absprachen untereinander – mit Gesprächen und Verhandlungen, die – jeweils entsprechend der Nachgiebigkeit der Eigentümer – bis zur Formulierung von Verträgen führen können.

Gemeinsam bleibt die Erklärung aller Häuser, daß kein Vertrag unterschrieben wird, wenn nicht der Senat folgende zwei Forderungen erfüllt:

1. Für alle besetzten Häuser gibt es einen Räumungsstop von mindestens einem Jahr.
2. Unsere Gefangenen werden freigelassen."

Auf dem Gesamtbesetzerrat am 30.1. zeichnete sich eine knappe Mehrheit für Verhandlungen entsprechend dem Vorschlag von K 36 und K 61 ab. Bis zum 21.2. sollen beide Positionen ihre Vorstellungen konkretisieren, um dann eine endgültige Entscheidung zu fällen. Damit werden zum ersten Mal seit Dezember 80 von seiten der Besetzer *Verhandlungen ohne Vorbedingungen* möglich!

Das Problem, das sich derzeit allerdings stellt, ist, einen Verhandlungspartner zu finden. Der Senat läßt derzeit noch keine Bereitschaft erkennen, und die einzelnen Eigentümer werden nur dann dazu bereit sein, wenn sie – wie die Neue Heimat schon im Sommer erklärte –, ihre „Unkosten" ersetzt bekommen. Aus ideologischen Gründen kann sich der CDU-Senat aber kaum leisten, dies direkt und massenhaft zu tun.

Aber der zur Zeit einzig sinnvolle – den derzeitigen Kräfteverhältnissen entsprechende – Schritt ist der Vorschlag der Kreuzberger Besetzerräte auf jeden Fall. Er bietet eine konkrete Ansatzmöglichkeit für die Paten und Unterstützer, den Senat ideologisch unter Druck zu setzen, seine vielbeschworene „Dialogbereitschaft" zu beweisen, und zu einer politischen Lösung zu kommen. Selbst aus Teilen der SPD und FDP ist der Senat Anfang der Woche aufgefordert worden, auf die sich abzeichnende Verhandlungsbereitschaft der Besetzer einzugehen.



aus: L'Humanité Rouge, Zeitung der PC-ml Frankreich

seinem Herzen von Anfang an auf der Seite der polnischen Arbeiter stand, seine Hand aber am Puls der Osthändler und Banker hat, die sich vom Militär eine Normalisierung der Geschäfte erhoffen, nahm die Gelegenheit wahr, um in der amerikanischen Fernsehsendung herauszustreichen, daß die Bürger der Bundesrepublik schon über 2 Millionen Päckchen nach Polen gesandt hätten, in einem Wert von mehr als 200 Millionen Deutschmarks. Rot geworden ist er dabei keineswegs.

Soll man sich also freuen, daß der Tag der Solidarität mit Solidarność weitgehend zu einer Pleite geworden ist? Aber in Westdeutschland sei das ja gar nicht der Fall gewesen. Im Gegenteil, ARD und ZDF wie auch ein Teil der Presse strichen über 100 Solidaritätsdemonstrationen heraus, zu denen der DGB aufgerufen hätte, und nahmen die Gelegenheit war, eine Retourkutsche gegenüber der ausländischen Kritik an mangelnder westdeutscher Solidarität zu landen. „Weniger als erwartet" hätten sich zu den amerikanischen Demonstrationen eingefunden, in Brüssel sei nur eine Handvoll Gewerkschafter dem Aufruf zur Solidarität gefolgt.

die internationalen Widersprüche zu nutzen, um den Bewegungsspielraum für die Unabhängigkeitskämpfe gegenüber dem Sozialimperialismus zu erweitern. Das ist nicht nur in Westdeutschland und Westberlin der Fall. Die Spaltung Europas durch die beiden Supermächte hat auch die internationale Solidarität in Europa gespalten. Der Internationalismus der II. Internationale ist bereits im Ersten Weltkrieg vollends untergegangen. Der Internationalismus der III. Internationale ist am Großmachtchauvinismus der SU zerbrochen. Der Internationalismus der Neuen Linken hat sich bisher bloß auf die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt erstreckt. Seit die Dritte Welt zum Aggressionsobjekt der SU geworden ist, funktioniert er auch dort nur noch zur Hälfte. Auf Osteuropa hat sich dieser Internationalismus nie erstreckt. Die Entwicklung der notwendigen internationalen Solidarität, deren Grundlage Demokratie und Selbstbestimmungsrecht sein müssen, scheint in Widerspruch zu stehen mit bestimmten Seiten des Weltbildes, das die Linke in den letzten Jahrzehnten sich gemacht hat.

nehmen. – Sie werden keine Ruhe mehr kriegen." Wachsende Stärke der Bewegung schien der beste Schutz vor Räumungen. Und tatsächlich, als sich im Oktober die Informationen verdichteten, daß eine neue Räumungswelle anstünde, waren die Paten und Unterstützer wieder da, und es wurde nicht geräumt. Und nach dem Vorstoß der Kreuzberger SPD, für den Bezirk eine politische Lösung zu diskutieren, erklärten zwei senatseigene Gesellschaften inoffiziell, daß sie diese Ergebnisse abwarten und vor Ostern nicht räumen würden.

Aber die Vorbereitungen für die nächsten Räumungen sind weitergelaufen. Für ein Haus nach dem anderen werden Baugenehmigungen und Finanzierungsbewilligungen erteilt, so daß dem Senat nur noch die Räumungsanträge der Eigentümer fehlen, um wieder loszuschlagen.

Gleichzeitig ist der öffentliche Druck der Unterstützerbewegung immer geringer geworden. Es werden zwar mehr und mehr Alternativen zur CDU-Wohnungspolitik diskutiert und gefordert (zuletzt auf den „wohnungspolitischen Tagen", s. KVZ 4/82), und das ist ein Fortschritt, aber in bezug auf die besetzten Häuser wächst die Rat- und Hilflosigkeit. Zudem machen Gerüchte über individuelle Verhandlungen einzelner Häuser die Runde, und wirken

gen informieren. Die Häuser, die eine Legalisierung wollen, beginnen – nach Absprachen untereinander – mit Gesprächen und Verhandlungen, die – jeweils entsprechend der Nachgiebigkeit der Eigentümer – bis zur Formulierung von Verträgen führen können.

Gemeinsam bleibt die Erklärung aller Häuser, daß kein Vertrag unterschrieben wird, wenn nicht der Senat folgende zwei Forderungen erfüllt:

schlag der Kreuzberger Besetzerräte auf jeden Fall. Er bietet eine konkrete Ansatzmöglichkeit für die Paten und Unterstützer, den Senat ideologisch unter Druck zu setzen, seine vielbeschworene „Dialogbereitschaft" zu beweisen, und zu einer politischen Lösung zu kommen. Selbst aus Teilen der SPD und FDP ist der Senat Anfang der Woche aufgefordert worden, auf die sich abzeichnende Verhandlungsbereitschaft der Besetzer einzugehen.



aus: L'Humanité Rouge, Zeitung der PC-ml Frankreich

Kontingentierung in IC-Zügen für Wehrpflichtige?

gkr. IC-Züge sind vornehmlich für Geschäftsreisende. Die Bundesbahn hat diese Auffassung mit ihrer neuesten Ankündigung nachhaltig unterstrichen: Ab 23. Mai sollen auf der Nord-Süd-Strecke der Bundesbahn je Intercity nur noch 144 Plätze für Wehrpflichtige ausgegeben werden. An Wochenenden waren und sind, logischerweise, eine große Zahl von Wehrpflichtigen in IC-Zügen unterwegs, seit es dort die 2. Wagenklasse gibt – etwa 10000 auf der Nord-Süd-Strecke pro Wochenende. Schließlich ist das bei den oft ermüdenden Heimfahrten wenigstens die schnellste Verbindung. Hanns Brauser, Bundesjugendsekretär des DGB, der sich namens des DGB gegen diese Maßnahme aussprach, teilte gleichzeitig mit, daß nach einer Umfrage des DGB Hamburg schon heute die Rheinländer Fahrtzeiten von 9 und mehr Stunden für Hin- und Rückreise in Kauf nehmen müssen. Leicht einzusehen, daß sich diese Fahrtzeiten um einige Stunden verlängern würden, wenn die Soldaten auf die langsameren und selterner vekehrenden D-Züge angewiesen wären. Selbst das Handelsblatt sorgte sich, ob nicht so bei der für die Sicherheit der BRD so wichtigen Truppe die Moral beeinträchtigt würde.

Urteile des Germanistenprozesses rechtskräftig

kvz. Das Bundesverfassungsgericht hat die im Germanistenprozeß von den drei betroffenen Studenten erhobene Verfassungsbeschwerde nach etwas mehr als vier Wochen nicht zur Entscheidung angenommen. Damit ist das Urteil des Landgerichts Heidelberg, das im November durch den Bundesgerichtshof bestätigt wurde, mit den dort ausgesprochenen hohen Gefängnisstrafen vollstreckbar. Das Verfassungsgericht hat offen gelassen, ob die Entscheidung nach „einfachem Recht" zweifelsfrei ist. Jedenfalls sei sie nicht willkürlich. Daß das in einem Hörsaal gesprochene Wort als Gewalt abgeurteilt werden kann, soll nach dieser Entscheidung voraussehbar sein. Das Bestimmtheitsgebot – das Grundgesetz bestimmt, daß nur bestraft werden kann, wenn die strafbewehrte Handlung durch ein Gesetz ausreichend umschrieben ist – sei nicht verletzt. Auch die Umstellung der Verurteilung in einigen Fällen mit der Begründung, die Dozenten seien mit einem „empfindlichen Übel bedroht worden" (empfindliches Übel = längere Diskussionsforderungen in der Vorlesung) ohne die angeklagten Studenten überhaupt zu diesem neuen Vorwurf zu hören, ist durchgegangen. Das Bundesverfassungsgericht folgt hier in seiner Argumentation dem Bundesgerichtshof, der es „ausgeschlossen hatte, daß sich die Angeklagten anders hätten verteidigen können". In den letzten Wochen hat die vds an fast allen größeren Hochschulen Protestveranstaltungen gegen das Urteil organisiert.

Trotz Raumverbot Veranstaltung gegen Ausländererlaß

wos. Westberlin. Der hiesige Wissenschaftssenator Kewenig (CDU) hatte dem AStA der TU als Mitveranstalter das Audi-Max für eine Protestveranstaltung gegen den Ausländererlaß verboten. Begründung: Er dürfe kein „allgemeinpolitisches Mandat" wahrnehmen. Zuvor hatte bereits TU-Präsident Starnick das Nötige eingeleitet. Eine Polen-Veranstaltung des FU-AStA am selben Abend fiel demgegenüber nicht unter dieses Mandat. Kewenig rührte sich dort nicht. – Daß es gegen den Ausländererlaß des Innensenators ging, war nicht opportun – gehen die Herren doch davon aus, daß er jetzt angewendet werden kann, wo sich der erste Sturm der Empörung gelegt zu haben scheint. Die Aktionseinheit hat dann Miete bezahlt. Um die 800 Leute sind gekommen; sie werden den Kampf fortsetzen.

Solidaritätsaktion: WDR in Köln besetzt

osh. Köln. Um den Kämpfen am Frankfurter Flughafen politisch das Rückgrat zu stärken, hatte eine Aktionseinheit von Häuserrat, ca. 20 Friedensinitiativen, Bunten, Grünen, AStA, DKP, KBW u.a. am 30.1. einen Aktionstag durchgeführt. Auf der Demonstration am Mittag waren 1200, die mit Parolen wie „Fliegen Sie ab Startbahn West in den III. Weltkrieg" den Protest gegen die US-Militärpolitik ausdrückten. Die Demonstration ließ sich die Festnahme eines Teilnehmers wegen Zünden eines Knallers nicht gefallen, sperrte die Straße vor dem Polizeipräsidium und zog erst nach der Freilassung weiter. Nach der Abschlußkundgebung besetzten ca. 50 das Zentralgebäude des Westdeutschen Rundfunks, entrollten an der Fassade Transparente und führten zwecks Ausstrahlung einer Presseerklärung Verhandlungen. Vor dem WDR lief eine Solidaritätsversammlung. WDR Verhandlungspartner war Dieter Gütt, der unter Hinweis aufs Prinzip, sich nicht dem Druck der Straße zu beugen, und unter Hinweis darauf, die Sache sei reaktionär, weil es besser wäre, für Polen zu demonstrieren, eine Ausstrahlung ablehnte. Gütt um 18.05 im WDR-II-Tageskommentar (sinngemäß): Es hätten sich in die Polen-Solidarität Startbahngegner eingemischt, die mit „randalierenden Aktionen" der Polen-Solidarität geschadet hätten. Mit „vermummter Aggressivität" sei gegen die demokratisch beschlossene Startbahn agitiert worden. Erreicht wurde nach ca. zwei Stunden zum einen, daß die Besetzer trotz starker Polizeiübermacht ohne Personalienfeststellung das Haus verlassen konnten, zum anderen, daß die örtliche Presse jetzt die Verschweigeberichterstattung über den gesamten Startbahn-Widerstand durchbrechen wird.

mine · Termine · Termine · Termine · Te

Februar

6. **o.O.** Landesbezirkskonferenz des DGB-Landesbezirks Hessen (bis 7.2.)
   Frankfurt. Landesversammlung der Grünen, Hessen (bis 7.2.)
   Bonn. Aktionskonferenz gegen Atomwaffen in Europa, auf Einladung der Aktion Sühnezeichen / Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (bis 7.2.)
8. **Washington.** Reagan legt den Haushalt '83 vor
   Hannover. Tarifverhandlungen Metallindustrie für Niedersachsen
9. **Madrid, Spanien.** Beginn der neuen Sitzungsperiode der KSZE-Folgekonferenz
10. **Havanna, Kuba.** X. Weltgewerkschaftskongreß des Weltgewerkschaftsbundes (WGB), bis 15.2.
11. **Westberlin.** Landesbezirkskonferenz des DGB-Landesbezirks Berlin
   o.O. Tarifverhandlungen Metallindustrie Hessen
12. **Bonn.** Vorbereitungstreffen für eine zentrale Demonstration zu Polen.
   Osnabrück. Landesbezirkskonferenz des DGB-Landesbezirks Niedersachsen (bis 13.2.)
   o.O. Landesbezirkskonferenz des DGB-Landesbezirks Nordmark (bis 13.2.)
   Westberlin. Internationale Berliner Filmfestspiele, bis 23.2.
14. **Westberlin.** Kongreß für klinische Psychologie und Psychotherapie. Veranstalter: DGVT. GwG, bis 19.2



Bauplatzbesetzung – und weiter?

Perspektiven der Bewegung gegen die Startbahn West

Die Bauplatzbesetzung auf dem Gelände der geplanten Startbahn West hat am letzten Wochenende stattgefunden. Es war die zweitgrößte Kundgebung im Wald, an der sich ungefähr 25000 beteiligten. Das von der Landesregierung noch am Vorabend der Bauplatzbesetzung angeordnete Verbot wurde durchbrochen. Trotzdem wirft die Bauplatzbesetzung eine Reihe von Problemen auf.

Der Landesregierung ist es gelungen, praktisch den Ausnahmezustand über die Region zu verhängen. Das Gebiet um die Startbahn West wurde zur Bannmeile erklärt. Die angrenzenden Gemeinden waren Aufmarschgebiete von Einsatztruppen aus allen Bundesländern. Der Einsatz dieser Truppen erfolgte mit beispielloser Brutalität. Sicher ist, daß Molotowcocktails auf dem Bauplatzgelände flogen. Ebenso sicher wissen die Bürgerinitiativen aber – und zwar von zuverlässigen Quellen aus den Reihen der Polizei – daß zivile Beamte in den Reihen der Demonstranten mit solchen Wurfgeschossen auch ausgerüstet waren. Schon am Sonntag früh um 8 Uhr wurde ein Holzfällersonderkommando auf dem 2. Bauabschnitt eingesetzt, um bis abends die Rodungsarbeiten fortzusetzen. In Walldorf selbst trieben sich zivile Beamte herum. Als die entdeckt und von der Bevölkerung gestellt wurden, konnten sie sich nur unter dem Schutz von einigen Hundertschaften retten. Mit Ausnahmezustand kann nicht nur das kriegsmäßige Vorgehen der eingesetzten Polizeitruppen gekennzeichnet werden, sondern vor allem Erscheinungen, die die Rechte der gewählten Gemeindevertretung betreffen. Per Handschlag hat sich alles Gerede von den sogenannten Selbstverwaltungsrechten der Gemeinden als hohl herausgestellt. Den Bürgermeistern wurde die Anordnungsbefugnis über das, was im Gemeinderat abläuft, entzogen. Sie sehen sich der Regierungsgewalt der Landesregierung gegenübergestellt, die selbst die Ausweispflicht eines Bürgermeisters gegenüber den Polizeitruppen des Landes anordnen kann. Mittlerweile ist dem Bürgermeister von Walldorf auch klipp und klar erklärt worden, daß weiterhin Polizeitruppen und Zivilbeamte im Gemeindegebiet eingesetzt werden.

Die Strömungen innerhalb der Bürgerinitiativen

Die Einschätzungen über das Wochenende sind ziemlich unterschiedlich. Relativ einheitlich ist jedoch die Auffassung verbreitet, daß man die Bauplatzbesetzung nicht umstandslos als Erfolg oder Niederlage ansehen kann. Auf die Aktion selbst bezogen konzentriert sich die Diskussion darauf, mit Zahlen zu operieren. Einige sagen, es seien viele gewesen, andere schätzen die Beteiligung eher als zu gering ein. Kritisiert wird die Perspektivlosigkeit auf dem besetzten Gelände selbst. Wahr daran ist, daß die konkrete Situation, wie sie am Samstag vorgefunden wurde, von den Bürgerinitiativen nicht vorausgesehen worden ist. Die Vorbereitungen in den letzten Wochen hatten sich im wesentlichen darauf bezogen, eine Taktik festzulegen, wie wir auf den Bauplatz überhaupt kommen oder was wir machen, wenn es nicht gelingt, den Stacheldraht zu überwinden. Tatsächlich gab es keinen Stacheldraht, und die Polizei hatte das Gelände wenigstens

genübergestellt, die selbst die Ausweispflicht eines Bürgermeisters gegenüber den Polizeitruppen des Landes anordnen kann. Mittlerweile ist dem Bürgermeister von Walldorf auch klipp und klar erklärt worden, daß weiterhin Polizeitruppen und Zivilbeamte im Gemeindegebiet eingesetzt werden.

Die Strömungen innerhalb der Bürgerinitiativen

Die Einschätzungen über das Wochenende sind ziemlich unterschiedlich. Relativ einheitlich ist jedoch die Auffassung verbreitet, daß man die Bauplatzbesetzung nicht umstandslos als Erfolg oder Niederlage ansehen kann. Auf die Aktion selbst bezogen konzentriert sich die Diskussion darauf, mit Zahlen zu operieren. Einige sagen, es seien viele gewesen, andere schätzen die Beteiligung eher als zu gering ein. Kritisiert wird die Perspektivlosigkeit auf dem besetzten Gelände selbst. Wahr daran ist, daß die konkrete Situation, wie sie am Samstag vorgefunden wurde, von den Bürgerinitiativen nicht vorausgesehen worden ist. Die Vorbereitungen in den letzten Wochen hatten sich im wesentlichen darauf bezogen, eine Taktik festzulegen, wie wir auf den Bauplatz überhaupt kommen oder was wir machen, wenn es nicht gelingt, den Stacheldraht zu überwinden. Tatsächlich gab es keinen Stacheldraht, und die Polizei hatte das Gelände wenigstens

für kurze Zeit freigegeben. Dies hat zu einer relativ chaotischen Situation geführt, in der es nicht gelungen ist, die Kräfte zu sammeln und das besetzte Gebiet tatsächlich auch zu halten. Die meisten sehen selbstkritisch, daß es die Polizei geschafft hat, ein Verwirrspiel zu organisieren. Noch um 15.30 Uhr lautete der Einsatzbefehl bei den Polizeitruppen auf Rückzug hinter die Linien von Baulos 2. Daß es dann doch gelungen ist, nach wenigen Stunden das besetzte Gebiet zu räumen und mit wilden Verfolgungsjagden nachzusetzen, wird schon damit begründet, daß die Ortsgruppen der BI nicht darauf eingestellt waren, ein heilloses Wegrennen beim Anblick der Polizei organisiert zu verhindern.

Das Hauptproblem lag darin, daß wir nicht wußten, was wir auf dem besetzten Gebiet machen. An den konkreten Widerstandsformen wie dem Bau von Barrikaden, Ausheben von Gräben und dem sägeblatt-feindlichen Vernageln der Bäume waren nur wenige beteiligt. Insgesamt werden diese konkreten Fehler der *Durchführung* der Bauplatzbesetzung ziemlich einheitlich gesehen.

Andererseits sind die Einschätzungen über die *politische Wirkung* und den Stellenwert der Bauplatzbesetzung in der weiteren Auseinandersetzung um die Startbahn West umstritten. Die Diskussion droht erneut in eine prinzipielle und ziemlich leere Gewaltdebatte abzugleiten. Dabei stehen sich Positionen, die das Konzept des gewaltfreien Widerstandes als falsch ansehen, und die Gegenposition schroff gegenüber.

Unser Widerstand muß ein politischer bleiben und darf kein militärischer werden, sagen jetzt einige Vertreter der Bürgerbewegung. Dabei geht es der Form nach um die Frage, ob „die BI sich aufrafft, um die Gewaltfreiheit ihrer Aktion sicherzustellen und einen klaren Trennungsstrich gegenüber all denen zieht, die uns mit ihrer Militanz nicht vorwärtsbringen, sondern von der Bevölkerung isolieren" (so Alexander Schubart).

Unter *politischem* Widerstand wird dabei nur noch die Berechtigung des moralischen Angriffs auf die Landes-

– und weiter?

Perspektiven der Bewegung gegen die Startbahn West

Die Bauplatzbesetzung auf dem Gelände der geplanten Startbahn West hat am letzten Wochenende stattgefunden. Es war die zweitgrößte Kundgebung im Wald, an der sich ungefähr 25000 beteiligten. Das von der Landesregierung noch am Vorabend der Bauplatzbesetzung angeordnete Verbot wurde durchbrochen. Trotzdem wirft die Bauplatzbesetzung eine Reihe von Problemen auf.

Unser Widerstand muß ein politischer bleiben und darf kein militärischer werden, sagen jetzt einige Vertreter der Bürgerbewegung. Dabei geht es der Form nach um die Frage, ob „die BI sich aufrafft, um die Gewaltfreiheit ihrer Aktion sicherzustellen und einen klaren Trennungsstrich gegenüber all denen zieht, die uns mit ihrer Militanz nicht vorwärtsbringen, sondern von der Bevölkerung isolieren" (so Alexander Schubart).

Unter politischem Widerstand wird dabei nur noch die Berechtigung des moralischen Angriffs auf die Landes-

regierung verstanden, als *militärisch* bereits das Vernageln von Bäumen. Die „Verletzung von Menschen durch Menschen, ob Demonstrant, Polizist oder Holzfäller", wird als unvereinbar angesehen: „Mensch ist Mensch". Mir scheint das alles ziemlich illusorisch. Der Widerspruch politisch – militärisch existiert in dieser Form nicht. Molotowcocktails und Stahlkugeln, die wirklich nichts nützen und auch in der jetzigen Situation abgelehnt werden müssen, haben relativ wenig mit militärischem Vorgehen zu tun. Die Position „Mensch ist Mensch" abstrahiert völlig von den konkreten Verhältnissen. Was heißt schon, „wir werden bei Aktionen an Mauer und Stacheldraht nicht auf eine Konfrontation mit der Polizei hinsteuern"? Doch in der Realität dann nichts anderes, als daß wir überhaupt nicht mehr Widerstand leisten. Niemand ist für die Verletzung von Menschen aus Lust an der Sache. Von daher ist es eine Illusion, den bestehenden Gewaltapparat, den die Landesregierung nunmal einsetzt, völlig beiseite zu lassen. Die Erfahrungen und die Worte Börners, daß zukünftig *jede* Demonstration gegen die Startbahn West von der Landesregierung als Gewaltakt angesehen werden wird, sollten eigentlich genügen, um zu wissen, daß egal, was wir machen, Polizeitruppen eingesetzt werden. Da entspricht die auch geäußerte Meinung, daß die wenigsten Lust haben, sich zusammenschlagen zu lassen, mehr der Realität. Wenn jetzt erneut die von der Landesregierung gesteuerte „Gewaltdebatte" ausbricht, sollten wir von den

Bürgerinitiativen aus eher die Bedingungen klären, unter denen die Bauplatzbesetzung stattgefunden hat und die wir jetzt vorfinden.

Vor der Bauplatzbesetzung

Die Landesregierung hatte versucht, eine Lage zu schaffen, in der die Demonstration nicht stattfinden konnte. Die ganze Woche über wurden Verhaftungen durchgeführt, das Hüttendorf geräumt und schließlich das Verbot der Demonstration ausgesprochen. Politisch bestand die Schwierigkeit darin,

Bürgerinitiativen aus eher die Bedingungen klären, unter denen die Bauplatzbesetzung stattgefunden hat und die wir jetzt vorfinden.

Vor der Bauplatzbesetzung

Die Landesregierung hatte versucht, eine Lage zu schaffen, in der die Demonstration nicht stattfinden konnte. Die ganze Woche über wurden Verhaftungen durchgeführt, das Hüttendorf geräumt und schließlich das Verbot der Demonstration ausgesprochen. Politisch bestand die Schwierigkeit darin,



daß bei dem Beschluß des Plenums der Bürgerinitiativen, den Bauplatz zu besetzen, sowie der 2. Bauabschnitt beginnt, nicht gesehen wurde, daß der Beginn der Bauarbeiten mit der Entscheidung des Staatsgerichtshofes notwendig zusammenfallen wird. Spätestens nach dem Scheinmoratorium, das die Legitimation dieses Gerichts herausstellen sollte, war ersichtlich, daß mit der negativen Entscheidung auch die Bauarbeiten weitergehen würden. Obwohl die Bürgerinitiativen mit einer negativen Entscheidung des Gerichts rechneten, haben sie doch eher – wie das Kaninchen auf die Schlange starrt – den Spruch erwartet. Es würde nicht den Tatsachen entsprechen, wenn wir sagen, daß dieser Gerichtsentscheid keine Wirkung entfaltet hat. Wenn bei den großen Aktionen im Oktober und November immer noch die Legitimation dieses Widerstandes durch den Antrag auf Volksbegehren gesichert schien, so waren nach dem Urteilsspruch diese Bedingungen weggefallen. Im Oktober und November letzten Jahres waren die Angriffe der Regierung zu Recht mit großen Gegenangriffen beantwortet worden. Nachdem aber sowohl im Wald durch die fortschreitenden Rodungsarbeiten vollendete Tatsachen geschaffen waren, als auch der Staatsgerichtshof den Antrag auf Volksbegehren abgelehnt hatte, waren die Bedingungen für eine Bauplatzbesetzung ungleich schwerer. Von daher war abzusehen, daß eine umstandslose Verbreiterung der Bewegung nicht möglich war. Dabei wäre es insbesondere auf eine Erhöhung unserer Mobilisierungskraft in der Region angekommen. Die Demonstration selbst hat aber gezeigt, daß dies gerade nicht der Fall war. Letztendlich blieb den Bürgerinitiativen nichts anderes übrig, als zu dieser Demonstration aufzurufen, nur glaube ich, daß sich die Bedingungen nach der Bauplatzbesetzung nicht einfach verbessert haben und die Bauplatzbesetzung nicht als Bezugspunkt des weiteren Widerstandes herangezogen werden kann. Daß jetzt eine Politik der Großdemonstra-

wenn wir sagen, daß dieser Gerichtsentscheid keine Wirkung entfaltet hat. Wenn bei den großen Aktionen im Oktober und November immer noch die Legitimation dieses Widerstandes durch den Antrag auf Volksbegehren gesichert schien, so waren nach dem Urteilsspruch diese Bedingungen weggefallen. Im Oktober und November letzten Jahres waren die Angriffe der Regierung zu Recht mit großen Gegenangriffen beantwortet worden. Nachdem aber sowohl im Wald durch die fortschreitenden Rodungsarbeiten vollendete Tatsachen geschaffen waren, als auch der Staatsgerichtshof den Antrag auf Volksbegehren abgelehnt hatte, waren die Bedingungen für eine Bauplatzbesetzung ungleich schwerer. Von daher war abzusehen, daß eine umstandslose Verbreiterung der Bewegung nicht möglich war. Dabei wäre es insbesondere auf eine Erhöhung unserer Mobilisierungskraft in der Region angekommen. Die Demonstration selbst hat aber gezeigt, daß dies gerade nicht der Fall war. Letztendlich blieb den Bürgerinitiativen nichts anderes übrig, als zu dieser Demonstration aufzurufen, nur glaube ich, daß sich die Bedingungen nach der Bauplatzbesetzung nicht einfach verbessert haben und die Bauplatzbesetzung nicht als Bezugspunkt des weiteren Widerstandes herangezogen werden kann. Daß jetzt eine Politik der Großdemonstra-

tionen nicht mehr fortgesetzt werden kann, wird auch von den Bürgerinitiativen gesehen. Die Delegiertenkonferenz hat beschlossen, jetzt vorerst nicht mehr dazu aufzurufen.

Wie geht es weiter?

Insgesamt haben sich die Bedingungen in der Auseinandersetzung um die Startbahn West kompliziert. Die Börnersche Machtpolitik steht scheinbar glänzend da. Dies zeigt nicht zuletzt der Frankfurter Parteitag der SPD, wo sich kein Kritiker der Startbahn West mehr erhob. Börner sieht sich mittlerweile in der Lage, den Ausbau des Frankfurter Flughafens als „dringlicher denn je" und besonders „aktuell angesichts der Notwendigkeit eines Beschäftigungsprogramms" zu propagieren. Am Dienstag haben CDU und DGB eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der der Ausbau des Frankfurter Flughafens um die Startbahn West, der Bau des Kernkraftwerkes Biblis C und der Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage zu den besonders wichtigen Investitionsvorhaben gezählt werden. Mit dem offiziellen Programm des DGB, das ausdrücklich *gesellschaftlich* sinnvolle Investitionen fordert, hat diese Erklärung nichts mehr gemeinsam. Am Wochenende wird die Landesdelegiertenkonferenz des DGB stattfinden. Es liegen mehrere Anträge vor, die die ausdrückliche Ablehnung des Startbahnbaus fordern. Die Schwäche der Anträge ist, daß sie die Entwicklung – insbesondere die drückende Krise – des letzten Jahres nicht-mitüberdenken und die bisher eher inoffiziell eingenommene Position des DGB: Arbeitsplätze kontra Ökologie nicht kritisieren.

Auch wenn diese Ausgangsbedingungen nicht gerade rosig sind, so hat der Verlauf des bisherigen Widerstandes Fragen aufgeworfen, die auch eine fortschrittliche Beantwortung möglich machen. In den letzten Monaten ist ziemlich deutlich geworden, daß allein durch Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und den Versuch, ein

Frankfurter Flughafens als „dringlicher denn je" und besonders „aktuell angesichts der Notwendigkeit eines Beschäftigungsprogramms" zu propagieren. Am Dienstag haben CDU und DGB eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der der Ausbau des Frankfurter Flughafens um die Startbahn West, der Bau des Kernkraftwerkes Biblis C und der Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage zu den besonders wichtigen Investitionsvorhaben gezählt werden. Mit dem offiziellen Programm des DGB, das ausdrücklich gesellschaftlich sinnvolle Investitionen fordert, hat diese Erklärung nichts mehr gemeinsam. Am Wochenende wird die Landesdelegiertenkonferenz des DGB stattfinden. Es liegen mehrere Anträge vor, die die ausdrückliche Ablehnung des Startbahnbaus fordern. Die Schwäche der Anträge ist, daß sie die Entwicklung – insbesondere die drückende Krise – des letzten Jahres nicht-mitüberdenken und die bisher eher inoffiziell eingenommene Position des DGB: Arbeitsplätze kontra Ökologie nicht kritisieren.

Auch wenn diese Ausgangsbedingungen nicht gerade rosig sind, so hat der Verlauf des bisherigen Widerstandes Fragen aufgeworfen, die auch eine fortschrittliche Beantwortung möglich machen. In den letzten Monaten ist ziemlich deutlich geworden, daß allein durch Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und den Versuch, ein

Volksbegehren durchzuführen, derartige Großprojekte kaum zu verhindern sind. Das Problem der Durchsetzung von wirkungsvollen Einspruchsrechten der Gemeinden ist durch die Erfahrungen des letzten Jahres aufgeworfen und stellt in gewisser Weise den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Bewegungen bei der Frage her, wie derartige Großprojekte effektiv bekämpft werden können. Die Antwort ist vermutlich, daß in die Auseinandersetzung die Forderungen nach einem Vetorecht der Gemeinden gegen solche Maßnahmen der Zentralgewalt und obligatorische Volksabstimmung bei Zurückweisung des Vetos mitaufgenommen werden müßten.

Ausgehend von der jetzigen Lage sehen die Bürgerinitiativen, daß die weitere Auseinandersetzung zunächst wieder in der betroffenen Region geführt werden soll, um die Kräfte erneut zu sammeln. Dieser Schritt allein reicht aber wahrscheinlich nicht aus, sondern es müßte öffentlich durch eine Bürgerversammlung oder Abstimmung in der betroffenen Bevölkerung festgestellt werden, wo sie jetzt steht, wie sie zu dem Urteil des Staatsgerichtshofs Stellung nimmt, welche Erfahrungen sie aus der Auseinandersetzung gezogen hat, um positiv auch die Forderungen aufstellen zu können, die die Ergebnisse aus der bisherigen Auseinandersetzung festhalten. In diesem Zusammenhang könnte auch Börners zynische Behauptung widerlegt werden, die Ablehnung der Startbahn West habe nicht einmal in der betroffenen Region die Mehrheit.

bl.Frankfurt

Sind gesellschaftliche Planung und kapitalistische Produktion prinzipiell unvereinbar?

Leserbrief zu dem Artikel „Diskussion mit den SOST: Alternativen zur Stadtentwicklung Westberlins" in KVZ 52/1981, S. 7

„Der gesellschaftlichen Planung steht nur vordergründig gesehen die Marktlogik, d.h. die Anarchie des Marktes gegenüber, die Logik des Kapitals ist im wesentlichen Profitlogik." Mit diesem theoretischen Argument versucht *wat* in KVZ 52/1981 nachzuweisen, daß der Vorschlag der SOST für eine alternative Energiepolitik in Berlin zum Scheitern verurteilt ist. So einfach stellt sich das Problem aber nicht. Allgemein formuliert lautet es: Kann der Staat, bei Beibehaltung kapitalistischer Marktmechanismen, wirtschaftliche Rahmenbedingungen vorgeben, die positive Entwicklungen für die Volksmassen zur Folge haben, ohne den Kapitalisten den Anreiz fürs Geschäft zu nehmen?

Bevor ich auf die speziellen Bedingungen Westberlins eingehen will, ist es nützlich festzustellen, daß eine negative Beantwortung des Problems für zahlreiche Regierungen der Dritten Welt einem Verdammungsurteil gleichkommen würde. Die Bemühungen Zimbabwes zum Beispiel, eine bessere Verteilung des Nationaleinkommens zu erreichen, ohne die im Land tätigen ausländischen Konzerne sofort zu vertreiben, wären damit von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Festzuhalten ist, daß die Triebkraft des Kapitals der Höchstprofit ist. Die praktischen Folgerungen aus diesem theoretischen Satz müssen aber jeweils von den gegebenen Umständen ausgehen. Das Kapital ist bestrebt, den *unter den gegebenen Umständen möglichen* Höchstprofit zu realisieren, und diese Umstände sind in verschiedenen Ländern und in verschiedenen geschichtlichen Epochen verschieden. Im Zeitalter des Imperialismus werden sie in großem Maße von der Tatsache bestimmt, daß der Markt, und zwar nicht nur der Warenmarkt sondern vor allem auch der Kapitalmarkt, weltweiten Charakter angenommen hat: Wo das Kapital Beschränkungen des möglichen Höchstprofits vorfindet, weicht es in Regionen aus, wo es auf bessere Bedingungen hoffen kann. Profitlogik und Marktlogik sind deshalb keine gegensätzlichen oder unabhängigen Kategorien; sondern Profitlogik setzt sich über Marktlogik durch, und zwar international. Für eine alternative Wirtschaftspolitik, gleichgültig ob sie für die kommunale, regionale oder nationale Ebene entworfen wird, stellt sich deshalb zuallererst das Problem, ob es auf der betreffenden Ebene möglich ist, die freie Beweglichkeit des Kapitals

Welt einem Verdammungsurteil gleichkommen würde. Die Bemühungen Zimbabwes zum Beispiel, eine bessere Verteilung des Nationaleinkommens zu erreichen, ohne die im Land tätigen ausländischen Konzerne sofort zu vertreiben, wären damit von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Festzuhalten ist, daß die Triebkraft des Kapitals der Höchstprofit ist. Die praktischen Folgerungen aus diesem theoretischen Satz müssen aber jeweils von den gegebenen Umständen ausgehen. Das Kapital ist bestrebt, den *unter den gegebenen Umständen möglichen* Höchstprofit zu realisieren, und diese Umstände sind in verschiedenen Ländern und in verschiedenen geschichtlichen Epochen verschieden. Im Zeitalter des Imperialismus werden sie in großem Maße von der Tatsache bestimmt, daß der Markt, und zwar nicht nur der Warenmarkt sondern vor allem auch der Kapitalmarkt, weltweiten Charakter angenommen hat: Wo das Kapital Beschränkungen des möglichen Höchstprofits vorfindet, weicht es in Regionen aus, wo es auf bessere Bedingungen hoffen kann. Profitlogik und Marktlogik sind deshalb keine gegensätzlichen oder unabhängigen Kategorien; sondern Profitlogik setzt sich über Marktlogik durch, und zwar international. Für eine alternative Wirtschaftspolitik, gleichgültig ob sie für die kommunale, regionale oder nationale Ebene entworfen wird, stellt sich deshalb zuallererst das Problem, ob es auf der betreffenden Ebene möglich ist, die freie Beweglichkeit des Kapitals

entscheidend einzudämmen. Mit anderen Worten (und ins Praktische gewandt): Ist es möglich, die Beweglichkeit des Kapitals so einzudämmen, daß das Kapital gezwungen wird, sein Streben nach Höchstprofit in den vorgeschriebenen Grenzen zu verfolgen?

Beispiele dafür, daß dies möglich ist, lassen sich in der Dritten Welt zur Genüge finden. Viele Länder der Dritten Welt erzielen einen großen Teil ihrer Einnahmen aus dem Verkauf von Rohstoffen. Wo sie infolge geologischer Bedingungen über ein Monopol an bestimmten Rohstoffen verfügen, wo die Imperialisten also *unter allen Bedingungen* darauf angewiesen sind, die Rohstoffe aus diesen Ländern zu beziehen, ist der Spielraum bei der Festlegung der Bedingungen, unter denen das Kapital in diesen Ländern operieren darf, relativ groß. Die Bestrebungen der Dritten Welt sind daher auch darauf gerichtet, durch Zusammenschlüsse faktische Monopole zu schaffen. Die OPEC ist das vielleicht bekannteste Beispiel dafür, was sich in dieser Richtung (zumindest für einige Zeit) erreichen läßt. Natürlich versuchen die Imperialisten, das Monopol aufzubrechen. Das kann aber nur durch politische Schachzüge geschehen und nicht durch Boykott der betreffenden Produktion oder durch Ausweichen auf andere Produktionszweige.

In Europa sind die Bedingungen anders, das Problem bleibt dasselbe. Es stellt sich heute aktuell in Griechenland und in Frankreich, und es stellt sich offenbar auf kommunaler Ebene in Westdeutschland für die Alternativen Listen. Die Praktikabilität der Vorschläge für eine alternative Entwicklung Westberlins entscheidet sich deshalb nicht an der Auflösung des vermeintlichen Widerspruchs Marktlogik gegen Profitlogik sondern ganz praktisch an der Möglichkeit oder Unmöglichkeit, die durch die Kommunalverfassung gezogenen Grenzen zu sprengen. Heute erscheint es illusionär, dabei schnelle Änderungen erwarten zu wollen. Gerade deshalb scheint es mir aber nicht abwegig zu sein, bei der kommunalen Energieplanung anzusetzen. Beim Wohnungsbau zum Beispiel ist es schwer vorstellbar, daß staatliche Vorschriften die Baukapitalisten davon abhalten könnten, Westberlin den Rücken zu kehren, sobald der dort zu erwartende Profit hinter dem in Westdeutschland realisierbaren zurückbleibt; müssen die Westberliner eben ohne Wohnungen auskommen! Daß Westberlin ohne Energie auskommen soll, ist dagegen auch nach kapitalistischer Logik nicht machbar, und da es ja zunächst um den Bau anderer Kraftwerke als der bisher geplanten geht, ist über die Höhe des dabei realisierbaren

chen die Imperialisten, das Monopol aufzubrechen. Das kann aber nur durch politische Schachzüge geschehen und nicht durch Boykott der betreffenden Produktion oder durch Ausweichen auf andere Produktionszweige.

In Europa sind die Bedingungen anders, das Problem bleibt dasselbe. Es stellt sich heute aktuell in Griechenland und in Frankreich, und es stellt sich offenbar auf kommunaler Ebene in Westdeutschland für die Alternativen Listen. Die Praktikabilität der Vorschläge für eine alternative Entwicklung Westberlins entscheidet sich deshalb nicht an der Auflösung des vermeintlichen Widerspruchs Marktlogik gegen Profitlogik sondern ganz praktisch an der Möglichkeit oder Unmöglichkeit, die durch die Kommunalverfassung gezogenen Grenzen zu sprengen. Heute erscheint es illusionär, dabei schnelle Änderungen erwarten zu wollen. Gerade deshalb scheint es mir aber nicht abwegig zu sein, bei der kommunalen Energieplanung anzusetzen. Beim Wohnungsbau zum Beispiel ist es schwer vorstellbar, daß staatliche Vorschriften die Baukapitalisten davon abhalten könnten, Westberlin den Rücken zu kehren, sobald der dort zu erwartende Profit hinter dem in Westdeutschland realisierbaren zurückbleibt; müssen die Westberliner eben ohne Wohnungen auskommen! Daß Westberlin ohne Energie auskommen soll, ist dagegen auch nach kapitalistischer Logik nicht machbar, und da es ja zunächst um den Bau anderer Kraftwerke als der bisher geplanten geht, ist über die Höhe des dabei realisierbaren

Profits noch nichts gesagt. Es ist also denkbar, daß die Kapitalisten ihren Anreiz erhalten sehen können und gleichzeitig eine positive Entwicklung im Energiesektor eingeleitet werden kann. Zur Entscheidung kommt es erst bei der Frage der Finanzierung, also des kommunalen Haushalts. Das ist ein anderes Problem, über das hier nichts weiter gesagt werden soll als so viel, daß es von der anfangs zitierten falschen These nicht berührt wird.

Abschließend zwei Bemerkungen, um Mißverständnisse vorzubeugen. Es gibt die Vorstellung (man lese zum Beispiel im Bericht der Nord-Süd-Kommission nach), ein Abbau der wirtschaftlichen Ungleichheiten in der Welt ließe sich durch allgemeine Begrenzung der Profite des imperialistischen Kapitals erreichen. Dabei wird übersehen, daß sich das Kapital nicht mit irgend welchem Profit zufrieden gibt sondern auf Höchstprofit aus ist. Daraus folgen dann Strategien, die sich in Appellen an die Vernunft der Kapitalisten zusammenfassen lassen, und nicht Strategien zur Beschränkung der Bedingungen, die den *Höchst*profit bestimmen. Das andere Extrem ist die Vorstellung, der Staat könne der Kontrolle der Kapitalisten so weit entzogen werden, daß über die Bestimmung der Rahmenbedingungen für die Profitmacherei dem Kapitalismus eines Tages gänzlich die Luft abgeschnürt wird. Bevor es dazu kommt, werden die Kapitalisten ganz andere Mittel auffahren als Wirtschaftsmaßnahmen. Darum geht es aber beim Entwurf für eine alternative Westberliner Energiepolitik gar nicht. Es geht darum, eine neue Lage im Kräfteverhältnis der Klassen für positive Entwicklungen zu nutzen, ohne damit gleich das Profitsystem umstürzen zu wollen. Die von *wat* vorgetragenen theoretischen Argumente können mir nicht einsichtig machen, warum das nicht möglich sein sollte.

m.t., Sydney

Nichts aufregendes abgespielt

Zu dem Artikel zur Sitzung des Nationalen Volkskongresses der VR China in der KVZ 51/1981, Seite 10

Auch nachdem jetzt der Kongreß beendet ist, die übrigen Berichte und einige Diskussionsbeiträge der Tagung veröffentlicht sind, kann man sagen, daß sich nichts Aufregendes abgespielt hat. Der Bericht von Zhao Ziyang ist mit einer unwesentlichen Änderung angenommen worden. Der Bericht über den Staatshaushalt von Wang Bingqian wiederholt im großen und ganzen die Ausführungen Zhao Ziyangs und bezeichnet die Erreichung bzw. Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen Staatseinnahmen und -ausgaben weiterhin als Hauptaufgabe.

Die breite Veröffentlichung der Auseinandersetzung in der Presse, wie es im Rahmen der 3. Tagung des Nationalen Volkskongresses 1980 noch der Fall war, blieb diesmal, zumindest in dem Ausmaß, aus. Es wurden Beiträge von Delegierten abgedruckt, die über die Verschwendung in der Wirtschaft ihrer Provinz berichteten, die sich für den weiteren Ausbau der „Verbotenen Stadt" einsetzten, sich für die Schaffung einer Kunst und Literatur aussprachen, die sich mehr mit den Bedürfnissen der Bauern befaßt, usw. usf. – alles Dinge, die unter dem Stichwort Kritik laufen, sich aber bereits in Einklang mit der festgelegten Linie befinden. Die „China Daily" überschrieb ihre Berichterstattung dann auch in Anspielung auf den Beschluß zur Durchführung einer „Freiwilligen Baumpflanzaktion" passend: „From Trees to Literature".

Als den größten Mangel kann man wohl das Fehlen des 6. Fünfjahrplans bezeichnen, dessen zweites Jahr nunmehr begonnen hat. Hierfür sind sicherlich nicht nur ökonomische Gründe oder, was die chinesische Planwirtschaft heute immer noch kennzeichnet, die völlig unzureichende statistische Erfassung verantwortlich zu machen. Nach wie vor gibt es Auseinandersetzungen um die Wirtschaftsreform und ihre Durchführung. Praktischer Widerstand existiert in der Wirtschaftsverwaltung der verschiedenen Ebenen. So macht z.B. Zhao in seinem Bericht u.a. „manche Genosse, die die Notwendigkeit der Umstellung der Produktion auf andere Erzeugnisse (Verlagerung des Produktionsschwerpunktes auf Konsumgüter des täglichen Bedarfs, scw) nicht genügend und rechtzeitig erkannt haben", für unplanmäßige Einbußen im Bereich der Schwerindustrie verantwortlich. Die Schwierigkeiten bei der Durchführung der Wirtschaftsreform spiegeln sich in der Kampfansage gegen den Bürokratismus wider. Im Frühjahr 1981 wurden Maßnahmen zur Rezentralisierung beschlossen, die auf den ersten Blick dem Reformkurs widersprechen (vgl. KVZ 23/81 und Beijing Rundschau 11/81).

Die Maßnahmen waren aber einmal notwendig, um die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen, und zum anderen, was in diesem Zusammenhang das wichtigere ist, um den Widerstand der Bürokratie zu überwinden. Das bedeutet m.E. eine Stärkung des Reformflügels, was sich ja auch in personellen Veränderungen gezeigt hat.

Der Kompromißcharakter des Berichts von Zhao Ziyang ist Zeugnis des Linienkampfes. Fraglich erscheint mir aber, ob es sich nach wie vor in erster Linie um einen innerparteilichen Linienkampf handelt, der vor einem Jahr noch an Hua Guofeng und Deng Xiaoping festgemacht werden konnte. Nachdem Hu Yaobang nun den Parteivorsitz übernommen hat, ist klar, daß die „Reformer" die Mehrheit haben. An dem Gerücht, daß es Widerstand in der Armee gibt, scheint etwas dran zu sein: Im Juni 1981 schrieb die KVZ: „Wie oft in China, findet der Kampf zwischen verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei in Form einer Auseinandersetzung über Werke der Kunst und Literatur statt." Damals ging die Kritik an dem Drehbuchautor Bai Hua von der Armeezeitung „Jiefangjun Bao" aus. Er soll in seinem Film „Sonne und Menschen" den Anarchismus und bürgerlichen Liberalismus verherrlicht haben.

Während der 4. Tagung des NVK veröffentlichte nun die „Rote Fahne" (theor. KP-Organ) einen Aufsatz von Hu Qiaomu, ZK-Mitglied und Präsident der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, der sich mit Problemen der ideologischen Arbeit in Literatur und Kunst auseinandersetzt. Festgehalten wird zwar an der Bai Hua-Kritik, doch wird die Form der Auseinandersetzung, wie sie von der Armeezeitung geführt wurde, zurückgewiesen. Mit Kritik und Selbstkritik solle die Auseinandersetzung geführt werden und nicht mit „Abkanzelung" oder der Forderung nach Armee- oder Parteiausschluß, wie es damals verlangt wurde. Die Hauptkritik Hus gilt aber der 1942 gehaltenen Mao-Rede „Aussprache über Literatur und Kunst in Yan'an", die bislang die Richtlinie für die Arbeit in Kunst und Literatur darstellte und auch heute noch für viele Kräfte (insbesondere in der Armee) ein Tabu ist. Kritisiert werden Maos Theorien der absoluten Unterordnung der Literatur und Kunst unter die Politik und die absolute Trennung politischer Kriterien von künstlerischen Kriterien.

scw., Beijing

Themen im Brennpunkt: sendler broschur
Rainer Werning

Der Bericht von Zhao Ziyang ist mit einer unwesentlichen Änderung angenommen worden. Der Bericht über den Staatshaushalt von Wang Bingqian wiederholt im großen und ganzen die Ausführungen Zhao Ziyangs und bezeichnet die Erreichung bzw. Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen Staatseinnahmen und -ausgaben weiterhin als Hauptaufgabe.

Die breite Veröffentlichung der Auseinandersetzung in der Presse, wie es im Rahmen der 3. Tagung des Nationalen Volkskongresses 1980 noch der Fall war, blieb diesmal, zumindest in dem Ausmaß, aus. Es wurden Beiträge von Delegierten abgedruckt, die über die Verschwendung in der Wirtschaft ihrer Provinz berichteten, die sich für den weiteren Ausbau der „Verbotenen Stadt" einsetzten, sich für die Schaffung einer Kunst und Literatur aussprachen, die sich mehr mit den Bedürfnissen der Bauern befaßt, usw. usf. – alles Dinge, die unter dem Stichwort Kritik laufen, sich aber bereits in Einklang mit der festgelegten Linie befinden. Die „China Daily" überschrieb ihre Berichterstattung dann auch in Anspielung auf den Be-

bezeichnen, dessen zweites Jahr nunmehr begonnen hat. Hierfür sind sicherlich nicht nur ökonomische Gründe oder, was die chinesische Planwirtschaft heute immer noch kennzeichnet, die völlig unzureichende statistische Erfassung verantwortlich zu machen. Nach wie vor gibt es Auseinandersetzungen um die Wirtschaftsreform und ihre Durchführung. Praktischer Widerstand existiert in der Wirtschaftsverwaltung der verschiedenen Ebenen. So macht z.B. Zhao in seinem Bericht u.a. „manche Genosse, die die Notwendigkeit der Umstellung der Produktion auf andere Erzeugnisse (Verlagerung des Produktionsschwerpunktes auf Konsumgüter des täglichen Bedarfs, scw) nicht genügend und rechtzeitig erkannt haben", für unplanmäßige Einbußen im Bereich der Schwerindustrie verantwortlich. Die Schwierigkeiten bei der Durchführung der Wirtschaftsreform spiegeln sich in der Kampfansage gegen den Bürokratismus wider. Im Frühjahr 1981 wurden Maßnahmen zur Rezentralisierung beschlossen, die auf den ersten Blick dem Reformkurs widersprechen (vgl. KVZ 23/81 und Beijing Rundschau 11/81).

Während der 4. Tagung des NVK veröffentlichte nun die „Rote Fahne" (theor. KP-Organ) einen Aufsatz von Hu Qiaomu, ZK-Mitglied und Präsident der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, der sich mit Problemen der ideologischen Arbeit in Literatur und Kunst auseinandersetzt. Festgehalten wird zwar an der Bai Hua-Kritik, doch wird die Form der Auseinandersetzung, wie sie von der Armeezeitung geführt wurde, zurückgewiesen. Mit Kritik und Selbstkritik solle die Auseinandersetzung geführt werden und nicht mit „Abkanzelung" oder der Forderung nach Armee- oder Parteiausschluß, wie es damals verlangt wurde. Die Hauptkritik Hus gilt aber der 1942 gehaltenen Mao-Rede „Aussprache über Literatur und Kunst in Yan'an", die bislang die Richtlinie für die Arbeit in Kunst und Literatur darstellte und auch heute noch für viele Kräfte (insbesondere in der Armee) ein Tabu ist. Kritisiert werden Maos Theorien der absoluten Unterordnung der Literatur und Kunst unter die Politik und die absolute Trennung politischer Kriterien von künstlerischen Kriterien. *scw., Beijing*

Stadt Rüsselsheim droht mit Räumung des Kultur-Cafes

dag. Vor etwas mehr als einem Jahr haben in Rüsselsheim Alt Haßloch Jugendliche ein leerstehendes städtisches Gebäude instandbesetzt und seitdem ist es als Freies Kulturcafe benutzt worden. Verhandlungen mit der Stadt über einen Mietvertrag sind bisher daran gescheitert, daß die Stadt sich nicht auf eine Nullmiete einlassen wollte, statt dessen ca. 1500 DM Miete kassieren wollte und ca. 1300 DM als „Förderung" anbot, ohne jedoch die Förderung zeitlich mit der Mietdauer zu koppeln. Bei der derzeitigen Rotstiftpolitik der Stadt kann man sich an 5 Fingern abzählen, daß die Förderung eines der nächsten Sparziele des Magistrats geworden wäre.

In der vorletzten Woche hat der zuständige Dezernent Jäger während der Ruhetage des Cafes die Heizung stillegen, die Stromzähler aus der Wand reißen und neue Türschlösser einbauen lassen, alles mit dem Argument Bausicherung. Etwa 40 Leute protestierten am nächsten Tag in seinen Amtsräumen dagegen und forderten die Wiederherstellung des alten Zustandes als Voraussetzung für weitere Verhandlungen über den Mietvertrag. Jäger lehnte ab. Es fanden sich in seinem Zimmer Unterlagen, aus denen hervorging, daß er die sogenannte Sicherung des Cafes veranlaßt hatte, um einen erneuten Hausfriedensbruch zu provozieren, Handhabe zu schaffen, um eine Räumung in Angriff nehmen zu können.

Oberbürgermeister Winterstein wollte das Dienstzimmer seines Dezernenten polizeilich räumen lassen, dem kamen die ungebetenen Bürger durch einen Besuch bei Winterstein im Rathaus zuvor. Fazit der Unterredung dort: Verhandeln will der Oberbürgermeister erst dann weiter, wenn die Besetzer das Cafe freiwillig geräumt haben und sich verpflichten, vor Vertragsabschluß nicht wieder hineinzugehen. Die Besetzer wollen nur dann verhandeln, wenn die Stadt den alten Zustand wiederherstellt. Während dieser Unterredung hatte die Stadt Türen und Fenster im Cafe vernageln lassen.

Themen im Brennpunkt: sendler broschur

Nationalitätenpolitik der KP China

Thomas Heberer

Erfolgsmeldungen und Berichte über „Harmonie und Eintracht der Nationalitätenfamilie Chinas" bestimmten lange Zeit das ausländische Bild von den 55 nationalen Minderheiten in China. Nach der politischen Änderung, die mit dem Sturz der „Viererbande" im Herbst 1976 einsetzte, erfuhr der Interessierte dann mehr über die Verhältnisse in den Minoritätengebieten. Während der Kulturrevolution, so hieß es in der chinesischen Presse, soll teilweise eine „faschistische Diktatur" über die Minoritäten ausgeübt worden sein. Die

sendler broschur

Die Broschüre enthält einen Artikel von und ein Interview mit Zhou Enlai zur Nationalitätenfrage

Broschüre, DIN A5
96 Seiten 5,50 DM
Bestellnummer: 0061

Rainer Werning
KAMPUCHEA NACH 1975

Wiederaufbau im Zeichen einer Illusion?
Ein Essay

Kampuchea 1975 bis 1979 — Befreiung oder Terror? Würde die Antwort auf diese Frage davon abhängen, was in der Mehrzahl der Artikel und Berichte der nordamerikanischen und europäischen Presse steht, wäre die Frage entschieden. Danach hätte zwischen 1975 und 1979 in Kampuchea das »Mörderregime« Pol Pots geherrscht und einen Terror ausgeübt, der zur Selbstausrottung des



kampucheanischen Volkes geführt hätte. Rainer Werning geht in seinem Essay detailliert der Entstehungsgeschichte einiger dieser Aussagen nach und widerlegt sie. Anhand der

sendler broschur

Broschüre, DIN A5
48 Seiten, 4,00 DM
Bestellnummer: 0060

BUCHVERTRIEB HAGER
Postfach 111162 · 6000 Frankfurt 11

Amnestie-Antrag, Kulturveranstaltung

Der Widerstand gegen die Inhaftierung von Rechtsanwalt Härdle und andere Skandalurteile wird fortgesetzt

res.Heidelberg. Unter dem Thema ,,Sofortige Freilassung und keine Berufsverbot für Rechtsanwalt Härdle" findet am 10. Februar in der Heidelberger Stadthalle eine Kulturveranstaltung statt. Es werden die ,,3 Tornados" (die im Moment gerade mit ihrem ,,Krippenspiel" für Schlagzeilen sorgen), ,,Der Wahre Anton" (eine Theatergruppe aus Köln) und Walter Mossmann (Freiburg) auftreten. Die Veranstaltung wird von der Anwaltsinitiative Heidelberg / Mannheim / Ludwigshafen organisiert. Sie reiht sich ein in eine Reihe von Aktivitäten gegen die Inhaftierung von Rechtsanwalt Härdle aus Heidelberg, der am 11.11.1981 seine 22monatige Haftstrafe antreten mußte. Über seine Beschwerde bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Sraßburg wird in Kürze entschieden werden, ebenso wie sich bald entscheiden wird, ob die Anklage, die der Generalstaatsanwalt beim Ehrengericht für Rechtsanwälte eingereicht hat, verhandelt wird. Diese Anklageschrift verfolgt das ausdrückliche Ziel, Rechtsanwalt Härdle mit einem Berufsverbot zu belegen.

Inzwischen haben die Grünen im Landtag einen Amnestie-Antrag eingereicht, der sowohl die bisher in Heidelberg aus den verschiedensten Anlässen verurteilten Studenten (z.B. Germanistik-Streik) als auch Rechtsanwalt Härdle betreffen soll. Die SPD hat einen Amnestie-Antrag eingereicht, der die Heidelberger, Freiburger und Tübinger Studentenverurteilungen aufheben soll. Die Amnestiebegehren werden auch von einigen FDP-Abgeordneten unterstützt. Über diese Anträge ist ebenfalls noch nicht entschieden.

Der Bezirksvorstand der IG Druck und Papier Rhein-Neckar, dem sich auch der Vertrauensleutekörper der Universitätsklinik Heidelberg angeschlossen hat, faßte inzwischen einen Beschluß. In diesem Beschluß heißt es u.a.: ,,... Insbesondere in Heidelberg, wo in den letzten Jahren zahlreiche Prozesse gegen Studenten mit extrem hohen Strafen geführt worden sind, dürfte das Urteil gegen den Rechtsanwalt Dr. Härdle eindeutig politisch motiviert sein und auf ein Berufsverbot abzielen. Der Bezirksvorstand der IG Druck Rhein-Neckar fordert die Freilassung von Rechtsanwalt Dr. Härdle bis zur Klärung des Vorgangs vor der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg und wendet sich entschieden gegen ein Berufsverbot. Er unterstützt das Vorhaben von Mitgliedern der Oppositions-Parteien SPD, Grüne und FDP im baden-württembergischen Landtag auf eine Amnestie hinzuwirken und einen Untersuchungsausschuß ... einzurichten."

Wie diese Erklärung zeigt, ist der Kampf gegen das Skandal-Urteil der Heidelberger-Justiz noch nicht abgeschlossen. Es wird weiterhin nötig und wichtig sein, vor allem in gewerkschaftlichen Gremien Beschlüsse zu fassen und die Forderung nach sofortiger Freilassung und gegen ein Berufsverbot zu unterstützen.



Hinweise zu den Arbeitsgruppen

AG ,,Gesundheitspolitik"

hak. Bei dem Treffen am 23./24.1. zur ,,Ambulanten Versorgung" (20 Teilnehmer) ging es zunächst vorrangig um die ökonomischen Interessen der niedergelassenen Ärzte als Hauptakteure in der ambulanten Versorgung.

Die Organisationsform der 50000 Einzelpraxen macht es möglich, die ökonomische (Geld-)Seite der medizinischen Versorgung weitgehend von dem Gebrauchswert dieser Versorgung zu trennen. Das Mittel dazu ist die ,,Gebührenordnung für Ärzte", die sich in gewissem Umfang vollständig von der medizinischen Leistung löst. Im wesentlichen legt die Gebührenordnung den vorgesehenen Zeitaufwand fest und bei den technischen Leistungen den Investitionsaufwand. Durch die Entwicklung der Produktivkräfte haben sich dabei starke Verzerrungen ergeben (z.B. bei Laborgemeinschaften). Bei den niedergelassenen Ärzten selbst wird, wenn die Praxis erst einmal mit dem notwendigen medizinischen Standard und entsprechenden Investitionen eingerichtet ist, der ökonomische Faden sehr schnell zum Hauptgesichtspunkt, und muß es auch werden. – Ausgangspunkt dieses ersten Teils war, daß man die Triebkräfte der niedergelassenen Ärzte kennen muß, um für Reformen praktikable Vorschläge zu machen. Auch Gruppenpraxen (ca. 6000) haben an diesen ökonomischen Gegebenheiten nur wenig geändert.

Im zweiten Teil ging es um eine Bewertung der Reformvorschläge des DGB. Dabei bleibt festzuhalten, daß es zwar eine Reihe vernünftiger Ansätze gibt (z.B. gemeindenahe Gesundheitszentren, unabhängiges Arzneimittel-Institut, Weiterbildungs-Kontrolle des Allgemeinarztes), daß die DGB-Mehrheitsposition aber noch wesentlich die Regierungsposition stützt, indem die wenigen praktikablen Vorschläge deren Linie stützen und der Rest leicht zu Makulatur verkommt. Die vom DGB angegebene Reformrichtung scheint aber richtig: Schwerpunktverschiebung auf Pflege/Betreuung und auf Prävention. Schaffung von dezentralen, gemeindenahen Versorgungsformen mit demokratischer Beteiligung.

Im dritten Teil ging es um die Kritik der ,,Alternativen Medizin" (wobei dieser Begriff selbst schlecht ist, wie am Beispiel er Psychosomatik zu sehen, die auch als ,,Außenseiter" begonnen hat). Die Diskussion mußte knapp bleiben. M.E. ergaben sich dabei als Schwerpunkte: 1. Die Demokratie in der Anwendung der Medizin zu verwirklichen. (Also: kommunale Planung, gemeindenahe Zentren. Zu überlegen wäre, welche gesetzlichen Maßnahmen sein müßten, damit sich die örtlichen Institutionen entwickeln können, was bisher nur als ,,Modell" geht.) 2. Die Medizin für den gesellschaftlichen Fortschritt zu nutzen. (In der Tradition der Sozialmedizin, z.B. bei Umweltschutz, Arbeitsmedizin.) 3. Die wissenschaftliche Organisation der Medizin-Anwendung zu fördern. (z.B. Kooperationsformen, Qualitätskontrollen.)

Das nächste Treffen findet am 17./18. April statt. Thema: Erweiterte Kooperationsformen in der ambulanten Versorgung. Behandelt werden:

1. Historische Erfahrungen der Ambulatorien in der Weimarer Republik.
2. Erfahrungen mit Ambulatorien in anderen Ländern (Effektivität, Kompetenzen, Kosten)
3. Gemeindenahe Psychiatrie als Organisationsmodell.
4. Erfahrungen mit Gruppenpraxen.
5. Gegenwärtige Möglichkeiten und Versuche der gemeindenahen Versorgung in der BRD.

(Literaturlisten werden den Teilnehmern vom 23./24.1. zugeschickt, für weitere Interessenten sind sie über die Redaktion erhältlich.)

,,Einladung, doch über Polen nachzudenken"

Gesprächsforum an der Bremer Universität über die Unterstützung für Polen

frn.Bremen. ,,Der Sozialismus sowjetischer Prägung hat abgewirtschaftet. Wie oft muß der Sozialismus der Sowjetunion sich noch entlarven, bis die Linke in Westeuropa und der BRD das endlich zur Kenntnis nimmt?", rief der Bremer Professor Eichwede den etwa 180 Teilnehmern der Schlußdiskussion eines Gesprächsforums am 27. und 28. Januar in der Bremer Universität zu. Es sei noch nicht abzusehen, ob der 13.12. der letzte Coup gewesen sei, oder ob es noch weitere Reformen geben werde, ob gar doch die Sowjetunion noch offen einmarschiere. In jedem Fall aber bliebe Osteuropa ein Unruhefaktor im Machtbereich der Sowjetunion. Nicht nur um eine ökonomische Krise handle es sich, sondern auch um eine Legitimationskrise für die Herrschenden. Nirgends sonst habe er bisher so wenig Menschen getroffen, die sich als überzeugte Sozialisten gezeigt hätten wie in Osteuropa. Dem Argument, Solidarność habe überzogen und sei eben zu weit gegangen, gemessen an den Möglichkeiten praktischer Politik, setzte Eichwede entgegen: wo kämen wir hier in Westdeutschland hin, wenn wir uns nach den Möglichkeiten des Bonner Konsenses richten würden.

Ein größerer Kreis von Professoren aus unterschiedlichen politischen und hochschulpolitischen Gruppen hatte zu der Veranstaltung aufgerufen. Anlaß war die Betroffenheit und Enttäuschung dieser Intellektuellen über die laue Reaktion gerade auch bei der Intelligenz auf die Verhängung des Kriegsrechts in Polen. ,,Polen heute ruft in mir die gleichen Gefühle wach wie Chile 1973", sagte einer der Veranstalter. Beschämend fanden sie, daß zuerst gar nichts sich gerührt habe, dann nur ein einzelner Mann sicht protestierend gemeldet habe, Heinrich Böll. Den Gründen hierfür wollten sie mit dem Gesprächsforum nachgehen.

Am ersten Tag wurden einzelne Themen in 5 parallelen Arbeitskreisen behandelt. An den vorbereiteten Beiträgen dieser Kreise waren zweimal auch Kollegen der Solidarność-Delegation beteiligt. Am zweiten Tag wurden die Ergebnisse dieser Arbeitskreise im Plenum zusammengefaßt, bevor dann die Schlußdebatte stattfand. Insgesamt beteiligten sich etwa 200 Menschen, darunter auch etliche Leute aus der Stadt. Immer war die DKP und ihre Studentenorganisation MSB vertreten.

Ich besuchte einen Arbeitskreis, der sich mit der Einordnung der polnischen Ereignisse in den Ost-West-Konflikt und in die Friedensbewegung befaßte. In einem längeren, mit viel Zustimmung aufgenommenen Beitrag vertrat Rudolf Bahro die These, daß sich in Polen der Zusammenbruch des großangelegten Versuchs der SU zeige, eine Industrialisierung erster Klasse zustande zu bringen. Eine Industrialisierung, wie der Imperialismus sie vorgeführt habe, mit der aber mittlerweile auch er beim Versuch scheiterte, sie rund um den ganzen Erdball auszudehnen.

Die Akkumulation sei in der SU ganz auf die Militärmaschine gerichtet, meinte Bahro. Der gesamte Impuls der Oktober-Revolution stecke heute in dieser Maschinerie. Natürlich verteidige die SU in Polen nicht den Sozialismus, sondern lediglich ihr militärisches Glacis. ,,Entlassen" könne sie Polen aber nur dann, wenn es gelänge, die Lage in den imperialistischen Metropolen wesentlich zu ändern. Dies sei unsere Aufgabe, die wir bisher überhaupt nicht erfüllt hätten, weswegen man sich auch nicht wundern dürfe über die Militärdiktatur in Polen.

Die Polen seien mit ihrer großen Volksbewegung praktisch aus dem Warschauer Pakt ausgetreten, wenn ihre Unterschrift auch nicht zurückgezogen wurde. Ganz Osteuropa sei mehr oder minder für die SU bereits verloren, von der deswegen auch keine direkte Bedrohung für den Westen ausginge. Denn ihre Truppen seien gebunden, den eigenen Herrschaftsbereich zu halten. Diese Lage schaffe Freiraum für europäische Initiativen z.B. die BRD runterzukriegen von der NATO. Dafür müßte die Friedensbewegung Realitäten schaffen.

Ein Exil-Chilene sagte, man könne nicht gegen die Militärdiktatur in Chile auftreten und zu Polen schweigen. Die immer mehr entschwindende Tradition des Sozialismus entschwinde auch in der Dritten Welt. Es sei doch kein Zufall, daß die Sandinisten sich so und nicht etwa Sozialisten nennen. Nicht gegen den Sozialismus seien sie, aber dagegen, durch all das belastet zu werden, was die SU in seinem Namen vollbringe.

Scharfe Töne und Formen nahm die Debatte an, als Mitglieder der DKP das Militärregime verteidigten. Auslöser für eine anhaltende Kontroverse wurden den Ausführungen einer Vertreterin der Russell-Friedens-Initiative zur Zukunft der Friedensbewegung. Sie meinte, auch künftig werde es zweifellos zu gleichen Terminen Aktionen mit Beteiligungen von oder parallel mit DKP-nahen Gruppen geben. Aber schwer könne sie sich vorstellen, daß man noch gemeinsame Aufrufe zustande bringen könne. Denn in Aufrufen der Friedensbewegung könne man Polen nicht aussparen. Am schärfsten drückte Bahro die vorherrschende Stimmung in dieser Frage aus: die Position, daß die SU friedliebend sei, müsse in aller Schärfe und Konsequenz aus der Friedensbewegung vertrieben werden. Er betonte: die Position, nicht die Menschen, die diese Position verträten.

Die Kontroverse mit der DKP war auch das vorherrschende Element auf der Abschlußdiskussion. Hier traten zwei Professoren ganz offen für das Regime Jaruzelski ein, das notgedrungen mit militärischen Mitteln die Grundlagen des Sozialismus verteidige. Ähnlich bürgerlichen Journalisten, die die kapitalistischen Krisen dem Versagen einzelner Manager anlasten, machten sie für die ökonomische Krise Polens und den Vertrauensverlust der PVAP deren Fehler verantwortlich. Diese Fehler habe Solidarność geschickt ausgenutzt, um systematisch Obstruktion zu betreiben und mit christlichen, nationalistischen und demokratischen Verbrämungen Anti-Sozialismus zu verbreiten. Jaruzelski verspreche dagegen, und das müsse man glauben, sozialistische Erneuerung.

Beifall ernteten die DKP-Redner nicht, im Gegenteil mußte sich der Versammlungsleiter Mühe geben, daß sie zu Ende sprechen durften. Viel Beifall gab es für eine Replik von Ralf Fücks (Moderne Zeiten), der ausführte, daß die von der DKP wohl als Grundlage des Sozialismus gemeinten Prinzipien Staatseigentum, zentrale Planwirtschaft und Ein-Parteiendiktatur gerade nicht Sozialismus bedeuten. Wie solle die Arbeiterklasse sich selbst befreien, wenn ihr Versuch dazu von einer Militärmaschine erdrückt wird, noch dazu im Namen der Arbeiterklasse.

Arbeitsgruppe ,,Sozialismus"

Nachdem auf dem letzten Treffen des Arbeitskreises ,,Das Finanzkapital" von Hilferding besprochen wurde, sollen nun die beiden Bücher: Bucharin, Imperialismus und Weltwirtschaft; Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus diskutiert werden. Dabei wird der Schwerpunkt bei der Schrift von Bucharin liegen. Anhand von Thesen soll schließlich versucht werden, die klassische Imperialismustheorie (Hilferding, Bucharin, Lenin) einer Kritik zu unterziehen. Vor allem, was die Analyse der Entstehungsgeschichte des monopolistischen Kapitalismus betrifft. Soweit noch Zeit bleibt, wird anhand eines Referates zur Schrift von Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals, diskutiert, ob der Arbeitskreis sich noch intensiver mit der Analyse Luxemburgs befassen oder direkt übergehen soll zu den neueren Theorien der Weltmarktbewegung des Kapitals und der Unterentwicklung der Dritten Welt. Nächster Termin: 27./28 Februar.

verurteilten Studenten (z.B. Germanistik-Streik) als auch Rechtsanwalt Härdle betreffen soll. Die SPD hat einen Amnestie-Antrag eingereicht, der die Heidelberger, Freiburger und Tübinger Studentenverurteilungen aufheben soll. Die Amnestiebegehren werden auch von einigen FDP-Abgeordneten unterstützt. Über diese Anträge ist ebenfalls noch nicht entschieden.
Der Bezirksvorstand der IG Druck
Mitgliedern der Oppositions-Parteien SPD, Grüne und FDP im baden-württembergischen Landtag auf eine Amnestie hinzuwirken und einen Untersuchungsausschuß ... einzurichten."
Stadthalle HD
Eintritt:
Sofortige Freilassung-kein Berufsverbot für Rechtsanwalt Härdle!
Anwaltsinitiative HD-MA-LU
Gegebenheiten nur wenig geändert.
Im zweiten Teil ging es um eine Bewertung der Reformvorschläge des DGB. Dabei bleibt festzuhalten, daß es zwar eine Reihe vernünftiger Ansätze gibt (z.B. gemeindenahe Gesundheitszentren, unabhängiges Arzneimittel-Institut, Weiterbildungs-Kontrolle des Allgemeinarztes), daß die DGB-Mehrheitsposition aber noch wesentlich die Regierungsposition stützt, indem die wenigen praktikablen Vorschläge deren Linie stützen und der Rest leicht zu Makulatur verkommt. Die vom DGB
latorien in der Weimarer Republik.
2. Erfahrungen mit Ambulatorien in anderen Ländern (Effektivität, Kompetenzen, Kosten)
3. Gemeindenahe Psychiatrie als Organisationsmodell.
4. Erfahrungen mit Gruppenpraxen.
5. Gegenwärtige Möglichkeiten und Versuche der gemeindenahen Versorgung in der BRD.
(Literaturlisten werden den Teilnehmern vom 23./24.1. zugeschickt, für weitere Interessenten sind sie über die Redaktion erhältlich.)
,,Einladung, doch über Polen nachzudenken"
Gesprächsforum an der Bremer Universität über die Unterstützung für Polen
Arbeitsgruppe ,,Sozialismus"
Nachdem auf dem letzten Treffen des Arbeitskreises ,,Das Finanzkapital" von Hilferding besprochen wurde, sollen nun die beiden Bücher: Bucharin, Imperialismus und Weltwirtschaft; Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus diskutiert werden. Dabei wird der Schwerpunkt bei der Schrift von Bucharin liegen. Anhand von Thesen soll schließlich versucht werden, die klassische Imperialismustheorie (Hilferding, Bucharin, Lenin) einer Kritik zu unterziehen. Vor allem, was die Analyse der Entstehungsgeschichte des monopolistischen Kapitalismus betrifft. Soweit noch Zeit bleibt, wird anhand eines Referates zur Schrift von Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals, diskutiert, ob der Arbeitskreis sich noch intensiver mit der Analyse Luxemburgs befassen oder direkt übergehen soll zu den neueren Theorien der Weltmarktbewegung des Kapitals und der Unterentwicklung der Dritten Welt. Nächster Termin: 27./28 Februar.

Veranstaltungen

Arbeitsgruppen:

Entwicklungstendenzen des westdeutschen Kapitalismus
Beginn: Samstag, 6.2.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 7.2.1982, gegen 16.00 Uhr

Fragen der Friedensbewegung
Beginn: Samstag, 20.2.1982, 13.00 Uhr
Ende: Sonntag, 21.2.1982, gegen 16.00 Uhr

Erfahrungen der Diktatur des Proletariats
(siehe letzte KVZ)
Beginn: Samstag, 20.2.1982, 13.00 Uhr
Ende: Sonntag, 21.2.1982, gegen 16.00 Uhr

Bildungswesen
Zur nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe werden Referate zu den Auffassungen Krupskajas in bezug auf die Polytechnische Erziehung vorbereitet, sowie die Äußerungen/Forderungen der Gewerkschaften. In der weiteren Arbeit des Arbeitskreises soll überprüft werden, welche Ansätze von Polytechnischer Erziehung in Alternativschulen sowie im staatlichen Schulwesen bereits vorhanden sind.
Beginn: Samstag, 27.2.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 28.2.1982, gegen 16.00 Uhr

Imperialismus
(siehe oben)
Beginn: Samstag, 27.2.1982, 14.00 Uhr
Ende: sonntag, 28.2.1982, gegen 13.00 Uhr

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

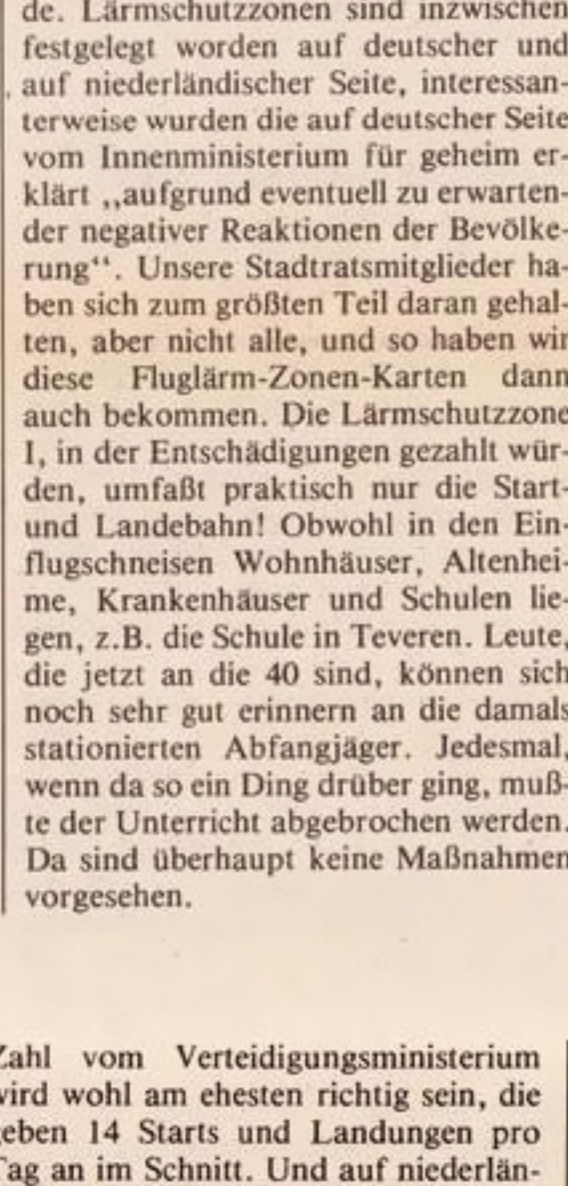
Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

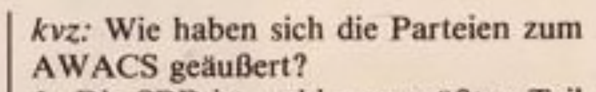
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234

ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

NATO-Frühwarnsystem AWACS





gem. Am 5. Februar 1982 soll das erste von insgesamt 18 AWACS-Frühwarn-Flugzeugen in Geilenkirchen-Teveren stationiert werden. An diesem Tag rufen deutsche und niederländische Friedensinitiativen zu einer Demonstration in Geilenkirchen auf. Das folgende Interview führten wir am 23.1.82 mit einem Sprecher des Arbeitskreises für Abrüstung und Frieden, Geilenkirchen.

kvz: Wie ist Euer Arbeitskreis entstanden, was habt ihr bisher gemacht?

L: Der Arbeitskreis ist entstanden vor etwas über einem Jahr, im Dezember 1980. Und da war vordringlich natürlich die relativ kurz bevorstehende AWACS-Stationierung. Wir haben als erste Aktion am 14.2.81 eine Demonstration gemacht, auf der damals etwa 500 Leute waren; und 2 Monate später schon wieder einen Ostermarsch mit etwa 700 – 800 Leuten, was uns zeigte, daß auch bei uns in der Gegend der Widerstand langsam gewachsen ist. Wir haben uns auch mit anderen Sachen auseinandergesetzt: Wir haben nämlich in Geilenkirchen neben dem AWACS auch noch 36 Pershing Ia-Raketen, was von vorneherein bewirkt, daß man sich mit wesentlich mehr Punkten der Militarisierung auseinandersetzt. Wir haben eben auch ein bißchen festgestellt, das muß man gleich kritisch sagen, daß ein großer Teil der Friedensbewegung so ein bißchen auf die neuen Raketen fixiert ist und gar nicht sieht, daß da ein Zusammenhang besteht zwischen den neuen Raketen, der AWACS-Stationierung, den Tornados und was uns da noch alles ins Haus kommt.

kvz: Was bedeutet AWACS?

L: AWACS ist im Grunde genommen erst einmal ein vierstrahliges Düsenflugzeug vom Typ Boeing 707 320B, auf das von der Firma Westinghouse in den USA ein hochmoderner Radarkopf draufgesetzt worden ist. Die Konzeption, fliegende Radarsysteme einzusetzen, ist nicht neu, ist auch nicht auf die NATO beschränkt. Die UdSSR hat ein ähnliches Flugzeug, MOSS, das ist auch schon im indisch-pakistanischen Krieg 1971 eingesetzt worden. Es gibt da also eine längere Entwicklung. Die Amerikaner haben einen Vorläufer des AWACS erstmals im Vietnamkrieg ausprobiert. Das neue am AWACS ist, daß es in erheblich größerem Maße in der Lage ist, die eigenen Luftangriffsverbände, und da gibt es eine ganze Menge, die von der Bundeswehr auch offen so bezeichnet werden, zu leiten. Jedes einzelne AWACS-Flugzeug kann bis zu 400 gegnerische und eigene Flugzeuge erfassen, unterscheiden und dirigieren.

kvz: Welche Auswirkungen hat denn jetzt die Stationierung des AWACS hier auf die Region?

L: Einmal haben wir festgestellt, daß sich der Wohnungsmarkt in Geilenkirchen katastrophal verschlechtert hat. Leute, die nicht das große Geld haben, bekommen kaum noch eine Wohnung. Die Preise sind im letzten Jahr von 5 auf 10 DM pro Quadratmeter gestiegen. Die AWACS-Bediensteten zahlen fast jeden Preis, da sie 80% Mietzuschuß erhalten. Im Fliederweg in Geilenkirchen ist ein privates Altersheim geschlossen worden, 2 Wochen später zogen da kanadische AWACS-Leute ein. Das wird wohl kaum Zufall gewesen sein.

Weiterhin wurden am Anfang rund 3000 neue Arbeitsplätze versprochen, obwohl abzusehen war, daß das niemals soviele zivile Arbeitsplätze werden, aber das hat man eben nicht ausdrücklich dazu gesagt. Die Leute hier waren davon begeistert, weil wir eh schon relativ hohe Arbeitslosenzahlen damals hatten. Übriggeblieben sind an zivilen Arbeitsplätzen hier für die Gegend theoretisch 200, von denen sind viele Funk-Elektroniker, Computerfachleute, die es hier gar nicht in dem Maße gibt. D.h. es ist eine sehr geringe Anzahl von Arbeitsplätzen übrig für ein riesiges Geld. Das hat zur Folge, daß wir jetzt im Dezember 1981 11,4% Arbeitslose hatten. Es ist zu erwarten, daß die Arbeitslosenquote weiter steigen wird. Ein gutes Indiz dafür ist auf der niederländischen Seite: Brunssum. Die haben vor einigen Jahren auch ein militärisches Zentrum bekommen, AFCENT, das ist ein NATO-Hauptquartier für Mitteleuropa, und die haben dort in Brunssum im Moment 14% Arbeitslose, und das ist noch eine kosmetische Zahl, wie uns die niederländischen Freunde sagten.

Damals wurde großartig versprochen, daß keinerlei Abholzungen vorgenommen werden und daß auch die Teverner Heide (ein Naturschutzgebiet) nicht weiter angetastet würde, und daß auch niemand enteignet würde. All das ist nicht wahr: Es sind eine ganze Anzahl Bäume für die Blitzbefeuerungsanlagen umgehauen worden. Es sind mindestens 15 Morgen bestes Ackerland zwangsenteignet worden von Bauern, die das nicht freiwillig abgegeben haben.

kvz: Und die Auswirkungen des Flugbetriebs?

L: Die verschiedenen Behörden geben sehr unterschiedliche Angaben zur Anzahl der Starts und Landungen, die Zahl vom Verteidigungsministerium wird wohl am ehesten richtig sein, die geben 14 Starts und Landungen pro Tag an im Schnitt. Und auf niederländischer Seite hat es schon geheißen, daß wegen der Polen-Krise das Ganze von vorneherein eventuell erhöht würde. Lärmschutzzonen sind inzwischen festgelegt worden auf deutscher und auf niederländischer Seite, interessanterweise wurden die auf deutscher Seite vom Innenministerium für geheim erklärt ,,aufgrund eventuell zu erwartender negativer Reaktionen der Bevölkerung''. Unsere Stadtratsmitglieder haben sich zum größten Teil daran gehalten, aber nicht alle, und so haben wir diese Fluglärm-Zonen-Karten dann auch bekommen. Die Lärmschutzzone I, in der Entschädigungen gezahlt würden, umfaßt praktisch nur die Start- und Landebahn! Obwohl in den Einflugschneisen Wohnhäuser, Altenheime, Krankenhäuser und Schulen liegen, z.B. die Schule in Teveren. Leute, die jetzt an die 40 sind, können sich noch sehr gut erinnern an die damals stationierten Abfangjäger. Jedesmal, wenn da so ein Ding drüber ging, mußte der Unterricht abgebrochen werden. Da sind überhaupt keine Maßnahmen vorgesehen.

kvz: Wie haben sich die Parteien zum AWACS geäußert?

L: Die SPD ist wohl zum größten Teil von den Leuten, die da drin sind, dagegen. Interessanterweise ist aber der Fraktionsvorsitzende im Stadtrat von Geilenkirchen jetzt selber AWACS-Angestellter, der leitet das deutsche Casino. Vielleicht hat das Schweigen der SPD zu vielen Dingen damit auch einiges zu tun. Die CDU ist wohl bis auf die lokalen Leute in Teveren und wo von der Basis ein bißchen Druck gemacht wird, doch mehr dafür. Und da die eine satte Mehrheit im Stadtrat haben, ist auf dem Wege nicht viel zu holen.

kvz: Was habt Ihr selbst gegen die Stationierung unternommen?

L: Wir haben angefangen, in Teveren von Haus zu Haus zu gehen und mit den Leuten zu sprechen; sehen, wie die argumentieren, was sie dabei empfinden, und davon lernen. Und eben auch unsere Argumente mit ihnen auszutauschen. Davon versprechen wir uns sehr viel. Wir haben da viel gelernt von Friedensfreunden aus den Niederlanden und aus Dänemark. Am 5.2. selbst werden wir hier in Geilenkirchen eine Demonstration machen. Nur, wir haben eigentlich, wie der Paul aus den Niederlanden so schön sagt, keine Lust mehr, gegen AWACS spazieren zu gehen. Daraus folgen dann konsequenterweise effektivere, auffälligere und wirkungsvollere Aktionen. Beispiele aus anderen Gegenden gibt es genug, die Verhinderung des Übungsplatzes in Larzac in Frankreich ist nur ein Beispiel unter vielen.

kvz: Wie hat sich die übernationale Zusammenarbeit mit den niederländischen Freunden entwickelt?

L: Schon sehr früh haben wir Kontakt gehabt mit den Niederländern. Im Moment treffen wir uns fast wöchentlich mit den Niederländern in einer kleinen Gruppe und im großen Plenum alle 3 – 4 Wochen. Wir wollen versuchen, das auch nach der Demonstration aufrecht zu erhalten, weil eben nicht nur die AWACS-Stationierung, sondern noch andere Sachen, z.B. ein Waffendepot auf niederländischer Seite unweit von hier zu erwarten ist, und vor allem, weil wir festgestellt haben, daß die sozialen Probleme, die ich für Geilenkirchen aufgezählt habe, auf der niederländischen Seite fast identisch sind. Die nächste größere Aktion, die wir gemeinsam machen, ist der Ostermarsch nach Arsbeck (Pershing-Lager), für den am gesamten Niederrhein und in der Region Limburg mobilisiert werden soll.

AWACS – ein industrielles Großprogramm

Die westdeutsche Industrie hat sich ihren Anteil an diesem bisher teuersten NATO-Projekt gesichert.
Direkt beteiligt an der Entwicklung und Herstellung von AWACS (deutscher Anteil insgesamt: 591 Mio. DM) sind u.a.:
– Dornier (Flugzeugausstattung):

– Elektronik-System-Gesellschaft (Software): 23 Mio. DM
– CAE Stolberg (AWACS-Trainer): 15,7 Mio. DM

Außerdem: Diehl (Bodenprüfgeräte) und Liebherr (Antennenantrieb).
Indirekt beteiligt durch Kompensationsgeschäfte sind:

Daimler-Benz, MAN, Still und VW

keten, was von vorneherein bewirkt, daß man sich mit wesentlich mehr Punkten der Militarisierung auseinandersetzt. Wir haben eben auch ein bißchen festgestellt, das muß man gleich kritisch sagen, daß ein großer Teil der Friedensbewegung so ein bißchen auf die neuen Raketen fixiert ist und gar nicht sieht, daß da ein Zusammenhang besteht zwischen den neuen Raketen, der AWACS-Stationierung, den Tornados und was uns da noch alles ins Haus kommt.

kvz: Was bedeutet AWACS?

L: AWACS ist im Grunde genommen erst einmal ein vierstrahliges Düsenflugzeug vom Typ Boeing 707 320B, auf das von der Firma Westinghouse in den USA ein hochmoderner Radarkopf draufgesetzt worden ist. Die Konzeption, fliegende Radarsysteme einzusetzen, ist nicht neu, ist auch nicht auf die NATO beschränkt. Die UdSSR hat ein ähnliches Flugzeug, MOSS, das ist auch schon im indisch-pakistanischen Krieg 1971 eingesetzt worden. Es gibt da also eine längere Entwicklung. Die Amerikaner haben einen Vorläufer des AWACS erstmals im Vietnamkrieg ausprobiert. Das neue am AWACS ist, daß es in erheblich größerem Maße in der Lage ist, die eigenen Luftangriffs-

den, aber das hat man eben nicht ausdrücklich dazu gesagt. Die Leute hier waren davon begeistert, weil wir eh schon relativ hohe Arbeitslosenzahlen damals hatten. Übriggeblieben sind an zivilen Arbeitsplätzen hier für die Gegend theoretisch 200, von denen sind viele Funk-Elektroniker, Computerfachleute, die es hier gar nicht in dem Maße gibt. D.h. es ist eine sehr geringe Anzahl von Arbeitsplätzen übrig für ein riesiges Geld. Das hat zur Folge, daß wir jetzt im Dezember 1981 11,4% Arbeitslose hatten. Es ist zu erwarten, daß die Arbeitslosenquote weiter steigen wird. Ein gutes Indiz dafür ist auf der niederländischen Seite: Brunssum. Die haben vor einigen Jahren auch ein militärisches Zentrum bekommen, AFCENT, das ist ein NATO-Hauptquartier für Mitteleuropa, und die haben dort in Brunssum im Moment 14% Arbeitslose, und das ist noch eine kosmetische Zahl, wie uns die niederländischen Freunde sagten.

Damals wurde großartig versprochen, daß keinerlei Abholzungen vorgenommen werden und daß auch die Teverner Heide (ein Naturschutzgebiet) nicht weiter angetastet würde, und daß auch niemand enteignet würde. All das ist nicht wahr: Es sind eine

Zahl vom Verteidigungsministerium wird wohl am ehesten richtig sein, die geben 14 Starts und Landungen pro Tag an im Schnitt. Und auf niederländischer Seite hat es schon geheißen, daß wegen der Polen-Krise das Ganze von vorneherein eventuell erhöht würde. Lärmschutzzonen sind inzwischen festgelegt worden auf deutscher und auf niederländischer Seite, interessanterweise wurden die auf deutscher Seite vom Innenministerium für geheim erklärt ,,aufgrund eventuell zu erwartender negativer Reaktionen der Bevölkerung''. Unsere Stadtratsmitglieder haben sich zum größten Teil daran gehalten, aber nicht alle, und so haben wir diese Fluglärm-Zonen-Karten dann auch bekommen. Die Lärmschutzzone I, in der Entschädigungen gezahlt würden, umfaßt praktisch nur die Start- und Landebahn! Obwohl in den Einflugschneisen Wohnhäuser, Altenheime, Krankenhäuser und Schulen liegen, z.B. die Schule in Teveren. Leute, die jetzt an die 40 sind, können sich noch sehr gut erinnern an die damals stationierten Abfangjäger. Jedesmal, wenn da so ein Ding drüber ging, mußte der Unterricht abgebrochen werden. Da sind überhaupt keine Maßnahmen vorgesehen.

auf die lokalen Leute in Teveren und wo von der Basis ein bißchen Druck gemacht wird, doch mehr dafür. Und da die eine satte Mehrheit im Stadtrat haben, ist auf dem Wege nicht viel zu holen.

kvz: Was habt Ihr selbst gegen die Stationierung unternommen?

L: Wir haben angefangen, in Teveren von Haus zu Haus zu gehen und mit den Leuten zu sprechen; sehen, wie die argumentieren, was sie dabei empfinden, und davon lernen. Und eben auch unsere Argumente mit ihnen auszutauschen. Davon versprechen wir uns sehr viel. Wir haben da viel gelernt von Friedensfreunden aus den Niederlanden und aus Dänemark. Am 5.2. selbst werden wir hier in Geilenkirchen eine Demonstration machen. Nur, wir haben eigentlich, wie der Paul aus den Niederlanden so schön sagt, keine Lust

L: Schon sehr früh haben wir Kontakt gehabt mit den Niederländern. Im Moment treffen wir uns fast wöchentlich mit den Niederländern in einer kleinen Gruppe und im großen Plenum alle 3 – 4 Wochen. Wir wollen versuchen, das auch nach der Demonstration aufrecht zu erhalten, weil eben nicht nur die AWACS-Stationierung, sondern noch andere Sachen, z.B. ein Waffendepot auf niederländischer Seite unweit von hier zu erwarten ist, und vor allem, weil wir festgestellt haben, daß die sozialen Probleme, die ich für Geilenkirchen aufgezählt habe, auf der niederländischen Seite fast identisch sind. Die nächste größere Aktion, die wir gemeinsam machen, ist der Ostermarsch nach Arsbeck (Pershing-Lager), für den am gesamten Niederrhein und in der Region Limburg mobilisiert werden soll.

AWACS – ein industrielles Großprogramm

Die westdeutsche Industrie hat sich ihren Anteil an diesem bisher teuersten NATO-Projekt gesichert.
Direkt beteiligt an der Entwicklung und Herstellung von AWACS (deutscher Anteil insgesamt: 591 Mio. DM) sind u.a.:
– Dornier (Flugzeugausstattung):
175 Mio. DM
– AEG-Telefunken (Radarteile): 98 Mio. DM
– Siemens (Datenverarbeitungsanlage): 90 Mio. DM
– MTU München (Triebwerkteile): 58 Mio. DM
– SEL (Computerteile): 50 Mio. DM

– Elektronik-System-Gesellschaft (Software): 23 Mio. DM
– CAE Stolberg (AWACS-Trainer): 15,7 Mio. DM

Außerdem: Diehl (Bodenprüfgeräte) und Liebherr (Antennenantrieb).
Indirekt beteiligt durch Kompensationsgeschäfte sind:

Daimler-Benz, MAN, Still und VW liefern Radfahrzeuge für die US-Truppen in Europa für insgesamt 210 Mio. DM. Für 190 Mio. DM wollen sich die US-Truppen ein deutsches Fernmeldesystem anschaffen. Rheinmetall soll 100 Mio. DM Lizenzgebühr von den Amerikanern für die 120-mm-Panzer-Kanone erhalten.

Stichwort: AWACS

AWACS heißt: Airborne warning and control system, also: fliegendes Frühwarn- und Kontrollsystem.

AWACS besteht aus insgesamt 18 Flugzeugen vom Typ Boeing 707, ergänzt durch ein zum Teil neu entwickeltes Hochleistungsradar und umfangreiche Datenverarbeitungs- und -übertragungsanlagen.

12 Flugzeuge sollen im Fliegerhorst Geilenkirchen-Teveren an der deutsch-niederländischen Grenze stationiert werden, die restlichen 6 auf Flugplätzen in Norwegen, Italien, Türkei und Griechenland. Die AWACS-Flugzeuge können in der Luft betankt werden und sollen ab 1985 rund um die Uhr den Luftraum über Europa überwachen. Bei einer Flughöhe von 9000 Metern können sie tieffliegende Flugzeuge in einer Entfernung von 400 bis 3500 km auffassen.

AWACS bedeutet jedoch nicht nur ein mobiles Radarsystem, sondern auch einen fliegenden Gefechtsstand: ,,AWACS wird es uns ermöglichen, unsere Streitkräfte wirksamer einzusetzen. Wir werden unsere Abfangjäger zum richtigen Zeitpunkt und am richtigen Ort placieren können. Wir werden unsere Angriffsflugzeuge viel besser an der gegnerischen Abwehr vorbeiführen können', so US-General Evans, Kommandeur der alliierten Luftstreitkräfte in Mitteleuropa, in der Flug-Revue im August 1978.

Am 16.12.1978 hat die NATO die Einführung dieses bisher teuersten Aufrüstungsprojekts auf Vorschlag der Amerikaner beschlossen. Die 18 Flugzeuge sollen ca. 4,3 Mrd. DM kosten; die Integration in das bestehende Frühwarnsystem 1 – 1,5 Mrd. DM und die Unterhaltungskosten für 10 Jahre ca. 2,5 Mrd. DM. Insgesamt soll das AWACS also ca. 8 Mrd. DM kosten (NATO-Preisschätzungen von 1977). Außer Frankreich und Island beteiligen sich alle übrigen 13 NATO-Länder an der Finanzierung (USA: 42,4%; BRD: 30,7%, unter der Bedingung, daß AWACS in Westdeutschland stationiert wird).

Zum 150. Jahrestag wieder ein Hambacher Fest

Gegen die regierungsoffiziellen Feiern wird eine eigene Veranstaltung vorbereitet

kvz.Neustadt. Vor dem 27. Mai '82, an dem vor 150 Jahren das Hambacher Fest stattgefunden hat, veranstaltet die rheinland-pfälzische Landesregierung eine Festwoche. Der 27. Mai wird als Verfassungstag begangen samt einer Rede von Bundespräsident Carstens.

Auf Anregung verschiedener Friedensinitiativen hatten bereits im vergangenen Jahr Treffen zur Vorbereitung einer eigenen Veranstaltung zum Hambacher Fest stattgefunden. Im Vorbereitungsausschuß waren Vertreter der Grünen, des BBU, Lilo Rademacher vom DGB, ein Vertreter der Humanistischen Union ...

Der Sprecher des Vorbereitungsausschusses betonte die Notwendigkeit, die dringendsten nationalen Probleme der Deutschen aufzugreifen. Zu fünf Schwerpunkten sollten deshalb Diskussionsforen stattfinden: 1. Pressefreiheit und Pressezensur, 2. Abbau demokratischer Rechte – Berufsverbote, 3. Zur Darstellung der Geschichte in den Schulbüchern, 4. Abrüstung und soziale Demontage, 5. Umweltschutz. Entsprechend sollten die Redner auf der Kundgebung zu den Schwerpunkten sprechen, wie sie auf dem Aufruf genannt sind. Alfred Mechtersheimer zu Entspannung und Abrüstung, Hans Peter aus Stuttgart zu den Berufsverboten, zum Bereich soziale Gerechtigkeit soll Leonhard Mahlein angesprochen werden und nach der Diskussion soll der Vorbereitungsausschuß eine Sprecherin der Bewegung gegen Startbahn West oder Antiatomkraftbewegung einladen. Als weiterer Redner ist Bernt Engelmann angesprochen worden. Zugesagt hat bis jetzt Alfred Mechtersheimer.

In der Diskussion ging es hauptsächlich um den Antrag eines der Landessprecher der Grünen Rheinland-Pfalz, Willi Tatge, als 5. Redner einen Vertreter von Solidarność einzuladen. Das ,,Kompromißangebot'' der Friedenskomitees war ein Forum zu Polen unter Einbeziehung der Themen Türkei u.a. Hauptargumente von Roland Vogt, BBU, und Willi Tatge waren die Bedeutung der Bewegung in Polen um soziale und demokratische Rechte wie im Hinblick auf eine Bewegung für Blockfreiheit in Ost und West. Weiter der Hinweis, daß auch das Ansetzen an den historischen Bezügen europäische und internationale Fragen, insbesondere die polnische Frage, auf die Tagesordnung setzen würde. Dabei könne man die Forderungen von Solidarność nach Selbstbestimmung in den Betrieben und nach freien, selbstbestimmten Gewerkschaften all denjenigen, die Solidarität mit den polnischen Arbeitern heucheln, gut entgegenhalten.

Dagegen wurde gesagt, daß die Polenfrage so umstritten sei, daß sie nicht kundgebungsreif sei, sondern ausschließlich auf einem Forum diskutiert werden sollte. Alfred Mechtersheimer habe davor gewarnt, daß die Polenfrage zu einer Spaltung der Friedensbewegung führe, habe sich aber vorbehalten, in seiner Rede, je nachdem, wie die Lage in Polen bis dahin sei, dazu Stellung zu nehmen. Einer meinte, wenn er zu Polen etwas hören wolle, gehe er zur Rede von Dr. Vogel. Die internationale Seite des Hambacher Festes würde außerdem durch Delegationen aus den Friedensbewegungen in anderen Ländern hergestellt.

Auf die Frage, was die Versammlung eigentlich zum Hambacher Fest beschließen würde, wenn Kräfte anwesend wären, die einen Militärputsch in Chile oder der Türkei vor 6 Wochen rechtfertigen würden, kam keine Antwort. Genausowenig auf die Frage, ob es denn die Meinung auf der Versammlung gäbe, daß wenn ein Redner von Solidarność auf der Kundgebung reden würde, ein gemeinsamer Kampf gegen Mittelstreckenraketen nicht mehr möglich sei.

Abgestimmt wurde diese Frage nicht, auch nicht, ob ein Forum zu Polen gemacht wird, das, wie die Grünen meinten, dann wenigstens ein zentrales Forum sein müßte. Die Grünen und der BBU wollen die weitere Unterstützung des Aufrufs von den Entscheidungen der zuständigen Vorstände im Februar und März abhängig machen.

Vorschläge für eine Neuorientierung sozialdemokratischer Ausländerpolitik

Während die Bundesregierung und die Landesregierungen alleine auf eine restriktive Ausländerpolitik setzen, wurden auf dem SPD-Parteitag in Hessen Süd nützliche Forderungen für eine umfassende Gleichstellung und Integration der Ausländer vorgelegt.

wal.Frankfurt. Auf dem SPD-Unterbezirksparteitag Hessen-Süd am 29./30.1.82 wurde vom Unterbezirksvorstand ein fünfzehnseitiger Antrag „Sozialdemokratische Ausländerpolitik in der BRD – Eine notwendige Neuorientierung" vorgelegt. Dieser Antrag entwickelt sehr umfassend gute Forderungen zur Ausländerpolitik und steht in krassem Gegensatz zur gegenwärtigen Ausländerpolitik der Bundes- und Landesregierungen. Der Forderungskatalog umfaßt alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens: Rechtliche und politische Gleichstellung, Sicherung der Familienzusammenführung, Einbürgerung, arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung, gleichberechtigte politische Betätigung, Verbesserung der Wohnsituation, Sozialarbeit, Bildung vom Elementarbereich bis zur Berufsschule und Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Eingliederung (MBSE) sowie kulturelle Betätigung. Die Forderungen für fast alle Bereiche sind hier auszugsweise dokumentiert.

Ausgegangen wird in dem Papier davon, daß die BRD faktisch ein Einwanderungsland ist. Ausländerpolitisches Handeln darf deshalb nicht auf eine zeitlich befristete Integration ausgerichtet sein, sondern muß ausgehen von einer umfassenden rechtlichen und politischen Gleichstellung und gleiche Chancen verwirklichen, die die Voraussetzung für die gleichberechtigte persönliche, soziale, kulturelle und berufliche Entwicklung sind. Diesem Anspruch werden die Forderungen des Antrags durchaus gerecht. Und es muß jetzt einiges getan werden, um diese Forderungen durchzusetzen.

Der SPD-Ortsverein Dornbusch hat auch einen Antrag vorgelegt, der das Vorstandspapier in wesentlichen Punkten erheblich einschränkt. Z.B. das kommunale Wahlrecht könne nur dann eingeführt werden, wenn es vom Europa-Parlament für die EG beschlossen wird. Das deutet darauf hin, daß die Positionen zur Ausländerpolitik auch im SPD-Bezirk Hessen-Süd umstritten sind, wie sie insgesamt im Widerspruch zur praktischen Politik der Bundesregierung und auch der sozialdemokratischen Landesregierungen stehen. Die beiden Anträge wurden mit nur wenigen Gegenstimmen von dem Parteitag als Materialien an die Ortsvereine gegeben.

Entscheidend wird es sein, die Proteste gegen die neuen Ausländererlasse und den Kampf um die folgenden Forderungen vom DGB und den Einzelgewerkschaften her zu organisieren, wobei es nützlich und wichtig ist, daß man sich dabei auf richtige Forderungen von SPD-Untergliederungen stützen kann, auch wenn diese nicht in Beschlüssen festgehalten sind und so leicht die Möglichkeit besteht, daß sie als „Material" versanden werden.

1. Rechtliche und politische Gleichstellung

1.1. Aufenthalt sichern:

(...)

– Ausländern ist nach fünfjährigem rechtmäßigem Aufenthalt die Aufenthaltsberechtigung zu erteilen;
– die Koppelung von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis ist aufzuheben;

(...)

– die Einschränkungen der politischen Betätigung, die der Gleichstellung entgegenstehen, sind zu beseitigen;
– Verbot der Ausweisung von
a) Ausländern, weil sie Sozialhilfe in Anspruch nehmen;
b) Ausländern, die sich seit fünf Jahren ununterbrochen und rechtmäßig in der BRD aufhalten;
c) Ausländern, deren Ehegatten und minderjährige Kinder sich im Bundesgebiet aufhalten;
d) minderjährigen Kindern und Jugendlichen, deren Eltern sich im Bundesgebiet aufhalten;
e) Ausländern, deren Ehegatten Deutsche sind;
f) Ausländern, die in der BRD geboren und/oder aufgewachsen sind;
g) Ausländern, die den Wehrdienst in ihren Ländern verweigern und deshalb den Paß entzogen bekommen. Diesen Ausländern ist ein Fremdenpaß auszustellen.

(...)

Die Einbürgerung ist entschieden zu erleichtern, d.h. nach fünf Jahren Aufenthalt ist jedem Ausländer die Möglichkeit zu geben, ohne weitere Formalitäten sich einbürgern zu lassen. Dies ist als Rechtsanspruch zu verwirklichen.

(...)

1.4. Arbeis- und sozialrechtliche Gleichstellung verwirklichen:

(...)

– Paragraph 19 Arbeitsförderungsgesetz ist dahingehend zu ändern, daß die Erteilung bzw. Verlängerung einer Arbeitserlaubnis nach erstmaliger rechtmäßiger Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik nicht mehr von der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes abhängig zu machen ist;
– die in dem Gesetz bei der Vermittlung arbeitsloser Arbeitnehmer vorgesehene Vorrangstellung der deutschen und anderer EG-Angehöriger ist zu streichen;
– die Auflagen, die die Arbeitserlaubnis auf einen Betrieb, eine Beschäftigungsart, Branche oder Region binden, dürfen nicht mehr zulässig sein;
– den Ehegatten und jugendlichen Ausländern ist nach erfolgter Familienzusammenführung der Rechtsanspruch auf Arbeitserlaubnis zu verwirklichen, somit die Möglichkeit des Zuganges auf den Arbeitsmarkt zu öffnen, die Wartezeitregelung ist aufzuheben;

(...)

– Unabhängig von der Aufenthaltsdauer und der Nationalität ist den aus-

Dies ist als Rechtsanspruch zu verwirklichen.

(...)

1.4. Arbeis- und sozialrechtliche Gleichstellung verwirklichen:

(...)

– Paragraph 19 Arbeitsförderungsgesetz ist dahingehend zu ändern, daß die Erteilung bzw. Verlängerung einer Arbeitserlaubnis nach erstmaliger rechtmäßiger Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik nicht mehr von der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes abhängig zu machen ist;
– die in dem Gesetz bei der Vermittlung arbeitsloser Arbeitnehmer vorgesehene Vorrangstellung der deutschen und anderer EG-Angehöriger ist zu streichen;
– die Auflagen, die die Arbeitserlaubnis auf einen Betrieb, eine Beschäftigungsart, Branche oder Region binden, dürfen nicht mehr zulässig sein;
– den Ehegatten und jugendlichen Ausländern ist nach erfolgter Familienzusammenführung der Rechtsanspruch auf Arbeitserlaubnis zu verwirklichen, somit die Möglichkeit des Zuganges auf den Arbeitsmarkt zu öffnen, die Wartezeitregelung ist aufzuheben;

(...)

– Unabhängig von der Aufenthaltsdauer und der Nationalität ist den aus-

ländischen Arbeitnehmern für alle ihre Kinder, also auch für ihre in ihrem Herkunftsland lebenden Kinder, das volle und gleiche Kindergeld zu zahlen wie den Deutschen;

(...)

1.5. Gleichberechtigte politische Betätigung ermöglichen – als politisch mündige Mitbürger akzeptieren –

– Allen Ausländern, die sich seit fünf Jahren in der Bundesrepublik rechtmäßig aufhalten bzw. leben, ist zumindest das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene zu gewähren;
– Ausländerbeiräte können das Wahlrecht bzw. volle politische Gleichstellung nicht ersetzen. Sie sind vielmehr als Ergänzung dazu zu verstehen, wenn sie
a) in unmittelbarer, direkter und geheimer Wahl errichtet werden;
b) bei den ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger berührenden Angelegenheiten und Fragen Anhörungs-, Mitbestimmungs-, Antrags- und Vetorechte erhalten.

2. Wohnsituation verbessern:

(...)

– Es sind Sofortprogramme für Neubau an Sozialwohnungen aufzustellen und durchzuführen;

(...)

– die Diskriminierung der Ausländer bei der Vergabe von Wohnraum ist zu beseitigen. Dies setzt voraus, daß alle Wohnungen bei den „kommunalen Wohnungsvermittlungsstellen" anzumelden sind und die Vergabe über diese Stellen erfolgen darf;
– es ist eine gezielte Politik bei der Wohnungsvergabe zu betreiben, die integriertes, d.h. gemeinsames Wohnen von Deutschen und Ausländern zum Ziele hat. Deshalb müssen die städtischen und gemeinnützigen Gesellschaften eine entsprechende Quotierung bei der Wohnungsvergabe vornehmen, die drei Ziele zu verfolgen hat:
a) Integriertes Wohnen ermöglichen
b) Weitere Ghettobildungen verhindern
c) Bestehende Ghettos allmählich aufzulösen

(...)

4. Bildung für alle:

bis zur Berufsschule und Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Eingliederung (MBSE) sowie kulturelle Betätigung. Die Forderungen für fast alle Bereiche sind hier auszugsweise dokumentiert.

Ausgegangen wird in dem Papier davon, daß die BRD faktisch ein Einwanderungsland ist. Ausländerpolitisches Handeln darf deshalb nicht auf eine zeitlich befristete Integration ausgerichtet sein, sondern muß ausgehen von einer umfassenden rechtlichen und politischen Gleichstellung und gleiche Chancen verwirklichen, die die Voraussetzung für die gleichberechtigte

nur wenigen Gegenstimmen von dem Parteitag als Materialien an die Ortsvereine gegeben.

Entscheidend wird es sein, die Proteste gegen die neuen Ausländererlasse und den Kampf um die folgenden Forderungen vom DGB und den Einzelgewerkschaften her zu organisieren, wobei es nützlich und wichtig ist, daß man sich dabei auf richtige Forderungen von SPD-Untergliederungen stützen kann, auch wenn diese nicht in Beschlüssen festgehalten sind und so leicht die Möglichkeit besteht, daß sie als „Material" versanden werden.

se Stellen erfolgen darf;
– es ist eine gezielte Politik bei der Wohnungsvergabe zu betreiben, die integriertes, d.h. gemeinsames Wohnen von Deutschen und Ausländern zum Ziele hat. Deshalb müssen die städtischen und gemeinnützigen Gesellschaften eine entsprechende Quotierung bei der Wohnungsvergabe vornehmen, die drei Ziele zu verfolgen hat:
a) Integriertes Wohnen ermöglichen
b) Weitere Ghettobildungen verhindern
c) Bestehende Ghettos allmählich aufzulösen

(...)

4. Bildung für alle:

(...)

Der Kindergartenbesuch für alle ausländischen Kinder bei gemeinsamer Förderung mit deutschen Kindern ist erklärtes Ziel.
– Schaffung eines bedarfsgerechten, ortsnahen Platzangebotes; in der Übergangszeit Priorität für 5jährige;

(...)

– Gebührenfreiheit für deutsche und ausländische Kinder;

(...)

– Reduzierung der Gruppenstärke entsprechend dem Anteil der Ausländerkinder (Doppelzählung);

(...)

– Ausländische Schüler sind grundsätzlich in den deutschen Regelklassen gemeinsam mit den deutschen Schülern zu unterrichten und zu fördern; die Doppelzählung der ausländischen Schüler bei der Lehrerzuweisung ist zu verwirklichen.
– Je nach Ausländeranteil und Zusammensetzung der „Problemgruppen" sind unterschiedliche Förderprogramme mit äußerer und innerer Differenzierung in den einzelnen Schulen zu entwickeln. (Städtische und ländliche Bereiche, Leistungsstandard von Schule zu Schule, zusätzlicher Förderunterricht in Deutsch.)
– Wissensvermittlung über die Herkunftsländer ist in den deutschen Regelunterricht für alle Kinder einzubeziehen. (Multikulturelle Bildung.)
– Für die im Grundschulalter eingereisten Ausländer und die Kinder, die auf Grund mangelner Deutschkenntnisse nicht sofort in die Regelklasse integriert werden können, sind Vorbereitungskurse einzurichten.

Die Voraussetzungen hierfür:
- Die Vorbereitungskurse dauern maximal ein Jahr und umfassen nicht mehr als zwei Altersstufen.
- Ein Wechsel in Regelklassen muß jederzeit möglich sein.
- Ab acht Schülern ist ein Vorbereitungskurs einzurichten. Er darf nicht mehr als fünfzehn Schüler umfassen.
- Unterricht ist nur von deutschen Lehrern zu erteilen.
- Die stärkere Anbindung an die Regelklassen muß gewährleistet bleiben.
- Schwerpunkt der Vorbereitungskurse ist intensiver Deutschunterricht, zusätzlich wird auf den Stoff der Regelklassen vorbereitet.
- In den Fächern, wo die Sprachkenntnisse nicht die dominierende Rolle spielen, ist gemeinsamer Unterricht mit deutschen Schülern zu organisieren.
- Für diese Kurse sind besondere Lehrpläne mit entsprechenden Unterrichtsmaterialien zu erstellen.

– Nationalschulen und -Klassen sind abzuschaffen.
– Die Errichtung von Eingangsstufen ist für die Lernchancen ausländischer Kinder besonders wichtig.

4.3 Hauptschulabschluß sichert die Zukunft nicht – integrierte Gesamtschule verwirklichen

(...)

Das bestehende Bildungs- und Ausbildungssystem wird diesen Anforderungen nicht gerecht. Es ist noch immer ein Mittel zur Verteilung ungleicher Lebenschancen und weitgehend den Verwertungsinteressen des Kapitals untergeordnet. Statt Anlagen zu fördern und soziale Unterschiede auszugleichen, dient insbesondere das dreigliedrige Schulsystem der gesellschaftlichen Auslese.

Die ausländischen Kinder sind hier besonders betroffen. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Hauptschulen bereits zu „Restschulen", ja zu „Ausländer-Sonderschulen" geworden sind.

Notwendig ist auch in diesem Zusammenhang ein integriertes und durchlässiges Bildungssystem, das die Schüler nicht einseitig auf einen bestimmten Bildungsgang festlegt und eine individuelle Kombination zwischen verschiedenen Kursen, Fächern und Bildungsgängen erlaubt.

(...)

– Die Wahl der Muttersprache ist als 1. Fremdsprache, wenn möglich im Rahmen des Pflichtunterrichts, zu ermöglichen.
– Die Leistung im Fach Deutsch ist wie die Leistung in einer Fremdsprache zu bewerten.

(...)

– Eine dreizehnjährige Bildungspflicht, die auch durch zehn allgemeinbildende Schuljahre und eine mindest dreijährige Berufsausbildung erfüllt werden kann, ist für alle zu verwirklichen.

(...)

– Das oft voreilige Abschieben ausländischer Schüler auf Sonderschulen und Hauptschulen hat zu unterbleiben.

(...)

– Um Konflikten vorzubeugen, müssen auch die deutschen Eltern ausreichend über die Situation ihrer ausländischen Mitbürger aufgeklärt werden.
– Die Beteiligung der ausländischen Eltern am Schulgeschehen muß gezielt gefördert werden; ihre Mitwirkung an den Organen der Elternvertretung ist sicherzustellen.
– Es ist ausreichende Nachtmittagsbetreuung mit Hausaufgabenhilfe, Sozialbetreuung, Spielnachmittag, Jugendclub, Kulturarbeit sicherzustellen.

(...)

– Keine Einstellung ausländischer Lehrer ohne obligatorische einjährige Ausbildungszeit in der Bundesrepublik sowie ohne ausreichende Deutschkenntnisse.

(...)

5. Berufliche Bildung:

(...)

– die Berufsschule muß die Möglichkeit bieten, einen Schulabschluß nachträglich zu erwerben;

(...)

– neben Berufsschulunterricht sind weiterhin Fördermaßnahmen anzubieten (Doppelzählung, Förderunterricht, Integration von Sozialpädagogen);
– es sind besondere Angebote für erwachsene Ausländer zu machen zum nachträglichen Erwerb einer beruflichen Qualifikation im Rahmen der Regelförderung (AFG);

5.2. MBSE-Maßnahmen

Die bisherige Konzeption der MBSE-Kurse ist nicht geeignet, strukturell und personell bedingte Defizite im Schul- und Berufsbildungsbereich auszugleichen. Schon deshalb nicht, weil eine curriculare Konzeption ebenso fehlt, wie eine Abstimmung mit den Inhalten der Berufsschule.

(...)

Erforderlich ist gleichzeitig die Errichtung außerbetrieblicher Ausbildungsstätten vor allem in Regionen mit hohem Ausländeranteil.

Unter diesem Gesichtspunkt können MBSE-Kurse nur als Übergangsmaßnahmen akzeptiert werden. Auch dies nur dann, wenn sie inhaltlich und methodisch auf das Ziel „Vorbereitung auf eine Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf" ausgerichtet werden.

Als Übergangsmaßnahmen müssen die MBSE-Kurse mindestens folgende Anforderungen erfüllen:

1. Die Finanzierung von MBSE aus öffentlichen Mitteln muß mit einer ausreichenden öffentlichen Kontrolle und Mitbestimmung einhergehen. Dies betrifft sowohl Inhalte, Personal, Einrichtung und Ausstattung der Maßnahmen. Diese Aufgabe ist den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter zu übertragen und es ist darauf zu achten, daß sie ihrer Kontrollfunktion verstärkt nachkommen. Dabei ist die Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte der beteiligten Betriebe und der öffentlichen Träger sicherzustellen.
2. Ziel muß die Berufsvorbereitung bleiben. Eine anschließende Berufsausbildung muß sichergestellt sein.
3. Die Träger der MBSE müssen ihre inhaltlichen Konzeptionen in Zusammenarbeit mit den Berufsschulen an den „Rahmenvorstellungen" des Sprachverbandes ausrichten. Die Voraussetzungen dafür sind in den Berufsschulen zu schaffen.
4. Ausländische Jugendliche dürfen nicht in MBSE isoliert werden. Deshalb sind zusätzlich zu betrieblichen Möglichkeiten die Maßnahmen in über- und außerbetrieblichen Lehrwerkstätten gemeinsam mit deutschen Jugendlichen durchzuführen.
5. Die Vollzeitschulpflicht muß auch ausnahmslos für ausländische Jugendliche gelten. Den Teilnehmern an MBSE muß Berufsschulunterricht von mindestens 12 Wochenstunden angeboten werden.
6. Für Jugendliche ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse sind Sprachintensivkurse mit sozialpädagogischer Hilfestellung zur Vorbereitung auf die Teilnahme an MBSE-Kursen einzurichten. Die Finanzierung ist über den Kultusminister sicherzustellen.

tegriert werden können, sind Vorbereitungskurse einzurichten.

Die Voraussetzungen hierfür:
- Die Vorbereitungskurse dauern maximal ein Jahr und umfassen nicht mehr als zwei Altersstufen.
- Ein Wechsel in Regelklassen muß jederzeit möglich sein.
- Ab acht Schülern ist ein Vorbereitungskurs einzurichten. Er darf nicht mehr als fünfzehn Schüler umfassen.
- Unterricht ist nur von deutschen Lehrern zu erteilen.
- Die stärkere Anbindung an die Re-

Rahmen des Pflichtunterrichts, zu ermöglichen.
– Die Leistung im Fach Deutsch ist wie die Leistung in einer Fremdsprache zu bewerten.

(...)

– Eine dreizehnjährige Bildungspflicht, die auch durch zehn allgemeinbildende Schuljahre und eine mindest dreijährige Berufsausbildung erfüllt werden kann, ist für alle zu verwirklichen.

(...)

– Das oft voreilige Abschieben ausländischer Schüler auf Sonderschulen und Hauptschulen hat zu unterbleiben.

(...)

– Um Konflikten vorzubeugen, müssen auch die deutschen Eltern ausreichend über die Situation ihrer ausländischen Mitbürger aufgeklärt werden.
– Die Beteiligung der ausländischen Eltern am Schulgeschehen muß gezielt gefördert werden; ihre Mitwirkung an den Organen der Elternvertretung ist sicherzustellen.
– Es ist ausreichende Nachtmittagsbetreuung mit Hausaufgabenhilfe, Sozialbetreuung, Spielnachmittag, Jugendclub, Kulturarbeit sicherzustellen.

(...)

– Keine Einstellung ausländischer Lehrer ohne obligatorische einjährige

Personal, Einrichtung und Ausstattung der Maßnahmen. Diese Aufgabe ist den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter zu übertragen und es ist darauf zu achten, daß sie ihrer Kontrollfunktion verstärkt nachkommen. Dabei ist die Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte der beteiligten Betriebe und der öffentlichen Träger sicherzustellen.
2. Ziel muß die Berufsvorbereitung bleiben. Eine anschließende Berufsausbildung muß sichergestellt sein.
3. Die Träger der MBSE müssen ihre inhaltlichen Konzeptionen in Zusammenarbeit mit den Berufsschulen an den „Rahmenvorstellungen" des Sprachverbandes ausrichten. Die Voraussetzungen dafür sind in den Berufsschulen zu schaffen.
4. Ausländische Jugendliche dürfen nicht in MBSE isoliert werden. Deshalb sind zusätzlich zu betrieblichen Möglichkeiten die Maßnahmen in über- und außerbetrieblichen Lehrwerkstätten gemeinsam mit deutschen Jugendlichen durchzuführen.
5. Die Vollzeitschulpflicht muß auch ausnahmslos für ausländische Jugendliche gelten. Den Teilnehmern



„. . . im Bereich der Theologie und nicht in dem der Vernunft“

Auszüge aus der Antwort der KPI auf Angriffe der Prawda

mah. „Wir haben von sowjetischer Seite eine kritische Antwort erwartet . . . Es ist aber keine Kritik gekommen. Es ist ein Angriff auf die italienischen Kommunisten gekommen, voll Beschimpfungen und bewußte Verfälschungen. Man benutzt das Wort ‚frevelhaft‘ . . . Wie ihr seht, sind wir hier eher in der Welt der Theologie als in der der Vernunft . . .“ Von langem Beifall begleitet kommentierte so Gian Carlo Pajetta den Prawda-Artikel gleich nach Erscheinen auf einer KPI-Versammlung in Rom. Die KPI-Zeitung „Unitá“ veröffentlichte in vollem Wortlaut den sowjetischen Artikel und am Tag danach eine Antwort der KPI-Führung . . .

Zu der Beschuldigung, die KPI mache mit den „Rechtsextremisten von Solidarność“ gemeinsame Sache, schreibt die Unitá: „Solidaność sind Millionen von Arbeitern beigetreten, die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse und des Volkes . . . Die Arbeiterklasse und die Mehrheit des Volkes sind Kräfte, die einzig die Macht in Polen als sozialistisch legitimieren können. Gegen sie militärisch zu intervenieren, heißt nicht den Sozialismus verteidigen, sondern die wesentliche Kraft der Revolution zu treffen . . . heißt also, gegen die Sache des Sozialismus handeln . . .“

Die KPI geht auf die Behauptung im Prawda-Artikel ein, in den Ländern des „realen Sozialismus“ sei alles in Ordnung (die Prawda lyrisch: „Dort pulsiert leuchtend das Leben, mit vollem Rhythmus . . .“) und fragt: „Woher entstehen aber die Krisen, die periodisch in diesem oder jenem Land des realen Sozialismus ausbrechen? Sicher gibt es Verschwörungen und imperialistische Intrigen, aber wurzeln diese Krisen nicht in etwas Tieferem, etwas, das das sowjetische Modell in Frage stellt, wie es sich historisch herausgebildet hat: betreffen sie nicht das Verhältnis zwischen Arbeitern und Produktionsprozeß; die effektive Teilnahme der Arbeiter und aller Bürger an der Festlegung der Produktionsentscheidungen, . . . der politischen Linie, . . . der Forschung und der Kultur?“

Zu der Prawda-Aufzählung der großen Anzahl von Aktivistên, Volksvertretern und Sowjetdeputierten (als Beweis für das demokratische Leben in der UdSSR) fragt die KPI zurück: „Aber in welcher Parteiversammlung, in welcher Gewerkschafts- und Produktionsversammlung, in welchem Sowjet hat der dissedente Kommunist, der dissidente Bürger die Möglichkeit, seinen Dissens zu äußern und wo wird das öffentlich bekannt gemacht?“ Zu dem Vorwurf, die KPI würde sich auf die Seite der NATO stellen und gegen den Frieden arbeiten, wird die Notwendigkeit der Auflösung der Blöcke bekräftigt und betont: „Doch sich an die Seite der unterdrückten Freiheit zu stellen, heißt gerade, nicht anderen die Verteidigung der Rechte und der Unabhängigkeit in Polen und Afghanistan zu überlassen . . . Wir waren und sind immer an der Seite der Völker, die Kämpfen, um in voller Unabhängigkeit über ihr Schicksal und ihr Leben selbst zu bestimmen. Wir sind gegen imperialistische Politik und gegen militärische Intervention von Außen . . . Diese Prinzipien sind von unserer Vorstellung von Sozialismus untrennbar.“ Und zu den Beschuldigungen, die KPI-Führung habe den „Marxismus-Leninismus verraten“: „Worauf man sich hier bezieht, ist eine politische und ideologische ‚Orthodoxie‘, die von einem Lehrpult proklamiert wird und die dazu geführt hat, daß man die Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus (insbesondere von Marx und Lenin) aus lebendigen Instrumenten zur Analyse und Erkennung einer sich verändernden Wirklichkeit und zur Veänderung dieser Wirklichkeit zu einem ideologischen System von Dogmen gemacht hat, mit der Rückkehr zur These des einen ‚Führungsstaates‘, mit hegemonialer Mentalität und hegemonialem Willen.“

Der Unitá-Artikel schließt mit der Bemerkung: „Es befremdet uns und macht uns Sorgen, daß die Führung der KPdSU aus zahlreichen gravierenden Ereignissen und Brüchen in der Vergangenheit (von Jugoslawien bis hin zu China) offensichtlich keine Lehre gezogen hat; Ereignisse, die erheblich der Sache des Sozialismus, des Friedens, der Freiheit und auch der Sowjetunion selbst geschadet haben und sich heute noch belastend auswirken.“

Anzeige

Neuerscheinung
Broschüre des Anti-H-Block-Komitee, Westdeutschland

Britischer Imperialismus in Irland

Diese Broschüre wurde erstmals 1931 von Workers Books, Dublin, herausgegeben. Elinor Burns gibt darin einen Überblick über die historische Entwicklung des irischen Volkes durch den britischen Imperialismus, basierend auf Dokumenten bis zum Jahr 1931. Sie liegt jetzt erstmals in deutscher Sprache vor.

Format DIN A4, 32 Seiten, Best.-Nr. 0087, DM 3,50

Bestellungen an Buchvertrieb Hager
Postfach 111162 · 6000 Frankfurt 11

Wahlfarce durch Massaker vorbereitet

Radio Venceremos sendet immer noch / Reagan schickt Waffen für 55 Mio. $ nach Salvador

cof. Reagan steht für das „Pathos der Freiheit“. Er hat es in den letzten Tagen gleich doppelt unter Beweis gestellt: in der Polen-Show – und in seiner Erklärung vor dem Kongreß, daß die salvadorianische Regierung große Anstrengungen zum Schutze der Menschenrechte unternehme. Nur nimmt ihm das inzwischen nicht mal mehr dieses keineswegs linkslastige parlamentarische Gremium so recht ab. Für die Polen-Heuchelei fand sich dort genausowenig eine Mehrheit wie dafür, rasch mal eben ein Sümmchen von 65 Mio. $ aus dem Haushaltsposten für die Junta in El Salvador lockerzumachen. Per Gesetz vom 29. Dezember hatte der Kongreß Auslandshilfe von einer Erklärung des Präsidenten binnen 30 Tagen abhängig gemacht, nicht nur über die Respektierung der Menschenrechte, sondern auch darüber, daß die Regierung El Salvadors eine politische Lösung suche.

Aber die USA haben für jeden „Notfall“ mit einer Ausnahmeregelung vorgesorgt: 55 Mio. $ wird Reagan aus einem Sonderfonds, über den der Präsident allein verfügen kann, an Duarte rüberschieben, und für eine politische Lösung des Bürgerkriegs sind ja die demokratischen Wahlem am 28. März vorgesehen. Der Dollarsegen ist für den Ersatz der fast zur Hälfte zerstörten Luftwaffe gedacht – womit die FMLN am Mittwoch letzter Woche bewiesen hat, daß sie den Regierungstruppen nicht länger allein im gebirgigen Hinterland ernsthaft zu schaffen macht.

In dieser Lage, wo ein Viertel bis ein Drittel des Territoriums von der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) – benannt nach einem Führer des Bauernaufstandes vor genau 50 Jahren, der mit der „Endlösung“ der Indianerfrage blutig erstickt wurde – kontrolliert werden, wo fast jeder Vorstoß der zehnmal so starken Regierungstruppen nach wenigen Tagen oder Stunden mit einem Rückzug endet, wo die Guerilla inzwischen keinen Partisanenkrieg mehr führt, sondern mit einer vor allem mit erbeuteten Waffen gut ausgerüsteten „Armee im Aufbau“ und intakten Funkverbindungen an vielen Orten zugleich Widerstand leistet und wirkungsvolle Sabotage wie Zerstörung der Verbindungslinien (Straßen und Brücken) und Lahmlegung der Stromversorgung in wichtigen Provinzstädten durchführt, bleibt den USA nichts anderes übrig, als auf die Wahlen zu setzen. My Lai in El Salvador – ein Vergleich, der in den Staaten selbst, angesichts der unbeschreiblich grausamen Massenmorde, mit denen sich das Militär, die Nationalgarde und die Todesschwadronen für die militärischen Niederlagen an der Zivilbevölkerung rächen, in allen Ritzen lauert, weckt unschöne Erinnerungen an die Niederlage der US-Truppen in Vietnam, die sie ja zum gut Teil nicht auf dem Schlachtfeld, sondern zu Hause erlitten haben.

Ist die Entscheidung von FMLN und FDR (Demokratisch-revolutionäre Front), sich nicht an den Wahlen zu beteiligen, denn klug? Fordern denn nicht Befreiungsbewegungen von Polen bis Kampuchea freie Wahlen? – „Wenn die Abstimmung unter befriedigenden Bedingungen stattfindet, wird das Land eine repräsentative Regierung haben, kann die wirtschaftliche Hilfe gesteigert werden und wird die Guerilla auf das Niveau einer außerhalb des Gesetzes stehenden Bande reduziert sein“, meint der erste Berater der US-Botschaft in San Salvador Ken Bleakeley, und „eine gewählte Regierung hat nicht das Recht, die Macht, die sie aus allgemeinen Wahlen erhalten hat, abzugeben.“ Das ist die von den USA favorisierte politische Lösung, die Verhandlungen auf jeden Fall ausschließt.

Grinsen und Achselzucken beobachtet deshalb der Korrespondent von *Le Monde* bei der Mehrzahl der Salvadorianer, die er nach ihrer Meinung zu den Wahlen befragt hat. Solange nicht einmal die physische Sicherheit von Politikern der Mitte und der Linken garantiert sei und ein Mann wie Guillermo Ungo, Vorsitzender der FDR, bei einem Antritt zur Wahl keine 24 Stunden mehr leben würde, hält selbst der frühere US-Botschafter White die freien Wahlen für eine Farce.

Nach dem von der Junta fabrizierten Wahlgesetz muß sich jede kandidierende Partei mit allen ihren Mitgliedern registrieren lassen – eine wunderbare Hilfestellung zur Ergänzung der Todeslisten der Nationalgarde. Andererseits wird es kein akzeptables Wahlregister geben und in großen Teilen des Landes, in den befreiten Gebieten, auch keine Wahlurnen, worin selbst die Rechten aus der Wahlkommission ein Problem sehen, denn sie müssen mit weniger als 50% Wahlbeteiligung rechnen. Darüberhinaus verschafft sich die Reaktion mit den Wahlen ein weiteres Kontroll- und Unterdrückungsmittel: Die beim Wahlakt in unauslöschliche Tinte (von nordamerikanischen Spezialisten geprüft) getauchte Wahlkarte soll künftig zusammen mit dem Personalausweis bei der kleinsten Personenkontrolle obligatorisch sein – ein ganz eigenes, wenngleich aus Südafrika wohlbekanntes Paßgesetz. Billiger für das Land wäre es, den Christdemokraten von vornherein die Mehrheit der Abgeordneten zuzugestehen, meint die Opposition.

Am 18. Januar haben die Führer aller fünf in der FDR zusammengeschlossenen Gruppen in einem Brief an Reagan ihre Bereitschaft erklärt, ohne Vorbedingungen mit Junta-Chef Duarte in Gegenwart anderer Regierungen zu verhandeln: „Der Bürgerkrieg kann nicht mit einem Konflikt zwischen der Regierung El Salvaldors und der Sowjetunion verglichen werden . . . Sie haben die Möglichkeit, zum Frieden beizutragen, indem Sie sich einer politischen Regelung nicht entgegenstellen“, schreibt die FDR. Doch Reagan wie die Junta vertreten den Standpunkt, nicht mit „Terroristen“ zu verhandeln; die Guerilla müsse erst die Waffen niederlegen, ist ihre Bedingung.



Neuerscheinung
Broschüre des Anti-H-Block-Komitee, Westdeutschland

Britischer Imperialismus in Irland

Diese Broschüre wurde erstmals 1931 von Workers Books, Dublin, herausgegeben. Elinor Burns gibt darin einen Überblick über die historische Entwicklung des irischen Volkes durch den britischen Imperialismus, basierend auf Dokumenten bis zum Jahr 1931. Sie liegt jetzt erstmals in deutscher Sprache vor.

Format DIN A4, 32 Seiten, Best.-Nr. 0087, DM 3,50

Bestellungen an Buchvertrieb Hager
Postfach 111162 · 6000 Frankfurt 11

lismus verteidigen, sondern die wesentliche Kraft der Revolution zu treffen . . . heißt also, gegen die Sache des Sozialismus handeln . . .“

Die KPI geht auf die Behauptung im Prawda-Artikel ein, in den Ländern des „realen Sozialismus“ sei alles in Ordnung (die Prawda lyrisch: „Dort pulsiert leuchtend das Leben, mit vollem Rhythmus . . .“) und fragt: „Wo-

stan zu überlassen . . . Wir waren und sind immer an der Seite der Völker, die Kämpfen, um in voller Unabhängigkeit über ihr Schicksal und ihr Leben selbst zu bestimmen. Wir sind gegen imperialistische Politik und gegen militärische Intervention von Außen . . . Diese Prinzipien sind von unserer Vorstellung von Sozialismus untrennbar.“ Und zu den Beschuldigungen, die KPI-Führung habe den „Marxismus-Leninismus verraten“: „Worauf man sich hier bezieht, ist eine politische und ideologische ‚Orthodoxie‘, die von einem Lehrpult proklamiert wird und die dazu geführt hat, daß man die Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus (insbesondere von Marx und Lenin) aus lebendigen Instrumenten zur Analyse und Erkennung einer sich verändernden Wirklichkeit und zur Veänderung dieser Wirklichkeit zu einem ideologischen System von Dogmen gemacht hat, mit der Rückkehr zur These des einen ‚Führungsstaates‘, mit hegemonialer Mentalität und hegemonialem Willen.“

Der Unitá-Artikel schließt mit der Bemerkung: „Es befremdet uns und macht uns Sorgen, daß die Führung der KPdSU aus zahlreichen gravierenden Ereignissen und Brüchen in der Vergangenheit (von Jugoslawien bis hin zu China) offensichtlich keine Lehre gezogen hat; Ereignisse, die erheb-

für den Ersatz der fast zur Hälfte zerstörten Luftwaffe gedacht – womit die FMLN am Mittwoch letzter Woche bewiesen hat, daß sie den Regierungstruppen nicht länger allein im gebirgigen Hinterland ernsthaft zu schaffen macht.

In dieser Lage, wo ein Viertel bis ein Drittel des Territoriums von der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) – benannt nach einem Führer des Bauernaufstandes vor genau 50 Jahren, der mit der „Endlösung“ der Indianerfrage blutig erstickt wurde – kontrolliert werden, wo fast jeder Vorstoß der zehnmal so starken Regierungstruppen nach wenigen Tagen oder Stunden mit einem Rückzug endet, wo die Guerilla inzwischen kei-

gierung haben, kann die wirtschaftliche Hilfe gesteigert werden und wird die Guerilla auf das Niveau einer außerhalb des Gesetzes stehenden Bande reduziert sein“, meint der erste Berater der US-Botschaft in San Salvador Ken Bleakeley, und „eine gewählte Regierung hat nicht das Recht, die Macht, die sie aus allgemeinen Wahlen erhalten hat, abzugeben.“ Das ist die von den USA favorisierte politische Lösung, die Verhandlungen auf jeden Fall ausschließt.

Grinsen und Achselzucken beobachtet deshalb der Korrespondent von *Le Monde* bei der Mehrzahl der Salvadorianer, die er nach ihrer Meinung zu den Wahlen befragt hat. Solange nicht einmal die physische Sicherheit von Politikern der Mitte und der Linken

zuzugestehen, meint die Opposition.

Am 18. Januar haben die Führer aller fünf in der FDR zusammengeschlossenen Gruppen in einem Brief an Reagan ihre Bereitschaft erklärt, ohne Vorbedingungen mit Junta-Chef Duarte in Gegenwart anderer Regierungen zu verhandeln: „Der Bürgerkrieg kann nicht mit einem Konflikt zwischen der Regierung El Salvaldors und der Sowjetunion verglichen werden . . . Sie haben die Möglichkeit, zum Frieden beizutragen, indem Sie sich einer politischen Regelung nicht entgegenstellen“, schreibt die FDR. Doch Reagan wie die Junta vertreten den Standpunkt, nicht mit „Terroristen“ zu verhandeln; die Guerilla müsse erst die Waffen niederlegen, ist ihre Bedingung.





„Befreites Gebiet“

Zusammenschluß von Oppositionellen in Israel

chm. Auf Initiative einiger Journalisten, Künstler, Schriftsteller und Studenten ist am 18.12.1981 der Aufruf erschienen, den wir hier dokumentieren. Unter der Überschrift „BEFREITES GEBIET“ wurde er als bezahlte Anzeige in der Tageszeitung Ha'aretz abgedruckt. Auf der anschließenden Versammlung unterschrieben ca. 90 von 130 Anwesenden den Text des Aufrufs. Immer mehr zeigen Interesse an einer Zusammenarbeit. Mit den drei Prinzipien, gegen Rassismus, gegen Diskriminierung und gegen nationale Unterdrückung wird ein breitangelegtes Bündnis angestrebt aller Kräfte, die nach dem Wahlsieg des Likudblocks unter Begins Führung nach möglichen Wegen suchen, aus der kriegstreiberischen Sackgasse, in die die israelische Politik von Regierung und Opposition den Nahen Osten unweigerlich führt, herauszukommen. Inzwischen ist die zweite Anzeige erschienen, in der der Dialog mit der PLO und ihre Anerkennung gefordert werden.

Sie preschen vor – mit und ohne Rollstuhl – all jene, die den verschiedenen politischen Lagern angehören, die Wahrer der Nationalen Eintracht. Ihnen ist es nicht genug, Häuser zu zertrümmern, die Bir-Zeit-Universität dichtzumachen, Geschäfte gewaltsam zu verschweißen, Zeitungen zu schließen – und all die anderen Unterdrückungsmaßnahmen. Nicht einmal die „Autonomie“ reicht ihnen mehr. Jetzt ist von offener Annexion die Rede. Gestern Jerusalem; heute die Golanhöhen. Und was morgen? Krieg – Massenschlachten von Juden und Arabern. Elend und Leid. Gräber auf beiden Seiten.

***

Israel 1981: Eine Gesellschaft ohne Opposition. Die offizielle Opposition – die Arbeitspartei – winselt nur noch. Und worüber? Über Geschäftsordnungsfragen, Prozedurales und das Image. Nicht ein einziges Wort über die Besatzung und von den Rechten des palästinensischen Volkes. Zwar gibt es Menschen, die schimpfen, spötteln, den Kopf schütteln, mit den Zähnen knirschen, verzweifeln, schweigen, aussteigen, auswandern . . . aber Opposition – die gibt es nicht. Nicht im Parlament und nicht auf der Straße.

Weil in der politischen Wüste Israels eine organisierte wahrhafte Stimme des Protestes fehlt und im Wissen um all die vereinzelt Vielen, die in verhaltenem Zorn verharren, haben wir, mit durchaus unterschiedlichen politischen Auffassungen – beschlossen, die Stimme des Protestes zu erheben. Wir haben uns auf der Basis von drei universellen Prinzipien zusammengefunden:

– gegen Rassismus . . . denn wir glauben, daß alle Menschen gleich sind

– gegen Diskriminierung von Volksgruppen . . . denn wir glauben, daß alle Volksgruppen gleich sind

– gegen nationale Unterdrückung . . . denn wir glauben, daß alle Völker gleich sind.

Ausgehend von diesen univesellen Prinzipien haben wir uns entschlossen, einen langen Weg zu beschreiten, und in der Tagespresse ein BEFREITES GEBIET zu schaffen, dort Fuß zu fassen und zu versuchen es zu erweitern.

Auf diesem befreiten Gebiet – eine wöchentliche Anzeige, vollbezahlt – werden wir nicht nur Ariel Sharon bekämpfen, sondern die Nationale Eintracht insgesamt, in der sich der „Ma'arach“ (Arbeitspartei) und der „Likud“ treffen.

***

Um ein befreites Gebiet in der Presse zu schaffen, das anfänglich einmal wöchentlich erscheinen soll, um die Taten der Regierenden anzuprangern und die Wahrheit, die hinter den Nachrichten steckt aufzuzeigen, sind mindestens 30000 Shekel monatlich nötig. (ca. 4400 DM)

Das bedeutet: Mindestens hundert Leute, die sich verpflichten, jeden Monat 100 Shekel aufzubringen in Einverständnis mit den drei oben genannten Prinzipien. SIE werden die wahren Hausherren des befreiten Gebietes sein.

Aus ihrer Mitte werden sie eine ständig sich erneuernde Redaktion wählen. Die Redaktion ist für die Herausgabe der wöchentlichen Anzeige veranwortlich. Ihr Sitzungen sind öffentlich.

***

Wenn Du über den wachsenden Rassismus in der israelichen Gesellschaft besorgt bist, wenn Du jegliche Diskriminierung von Menschen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Volksgruppe oder aufgrund ihrer Herkunft ablehnst; wenn Du wie wir der Auffassung bist, daß alle Völker der Welt – also auch die Israelis und die Palästinenser – das Recht auf nationale Selbstbestimmung haben, dann schließ Dich uns an. Alles, was Du tun mußt – und das ist nicht wenig, ist die Scheidelinie zwischen dem faulen nationalen Konsens und unserem – und Deinem – befreiten Gebiet zu überschreiten. Mit zunehmender Kraft werden wir sogar dieses Gebiet erweitern und unseren Teil beitragen zu einer Opposition, die es noch nicht gibt.

Ali Al-Azhari
Abraham Glezerman
Haim Hanegbi
Nomi Kiss
Muli Melzer
Jehuda Ne'eman
Ruhama Ne'eman
Kobi Niv
Avi Oz
Uri Ram
u.a.

Spenden für die Initiative an:
Dan Diner
Kto.Nr. 465160101
Dresdner Bank, Frankfurt
BLZ 50080000
Kennwort „Befreites Gebiet“

„Jetzt sind wir bei ernsteren Dingen angelangt“

Die letzten Diskussionen der Landeskommission von „Solidarność“ in der Lenin-Werft

gek. Die im folgenden dokumentierten Tonbandprotokolle von der letzten Sitzung der Landeskommission der Gewerkschaft am Vorabend des Militärputsches in der Danziger Lenin-Werft sind aus dem polnischen Untergrund einem französischen Journalisten zugespielt worden. Es sind offensichtlich nur Auszüge aus einer Debatte, von der die Teilnehmer nicht erwarteten, daß sie (vorerst) keine Fortsetzung mehr finden würde, trotz der schon einlaufenden Alarmmeldungen aus dem ganzen Land. Die Beiträge verdeutlichen, daß die Vertreter aller Richtungen in der Gewerkschaft sich über den revolutionären Charakter der eingetretenen Situation im Klaren waren – auch Lech Walesa –, daß sie aber nach wie vor eine friedliche, politische Lösung suchten, die allerdings der Arbeiter- und Volksbewegung wirkliche politische Macht verschaffen sollte. Gedacht war an eine Kombination parlamentarischer Mittel zugleich mit der Erringung sozialer Machtpositionen durch die Selbstverwaltungsbewegung. Das Bewußtsein, daß die Konterrevolution im Anmarsch sei, ist deutlich vorhanden; aber ihre tatsächlichen Möglichkeiten werden ersichtlich unterschätzt. Die Millionenbewegung stand der auf ihren nackesten Ausdruck reduzierten Staatsmacht mit offener Deckung gegenüber. Den ersten Schlag hat sie einstecken müssen. Aber: „Noch haben Sie diesen Krieg nicht gewonnen, Herr General!“, heißt es in einem von Z. Bujak, W. Kulerski und Z. Janas, den Führern des Warschauer Widerstands, unterzeichneten Flugblatt, das einen „Besatzungskodex“ verkündet. Oft in der Geschichte schon hat die Konterrevolution der Revolution den Weg bereitet.

Am 30. Januar, dem „Internationalen Tag der Solidarität“ mit dem polnischen Widerstand, ist es in Danzig erneut zu schweren Unruhen gekommen, wie zuletzt am 16./17. Dezember anläßlich des Jahrestags der Massaker von 1970 *(Bild)*. Der Auslöser war diesmal die Erhöhung der Lebensmittelpreise sowie anderer elementarer Verbrauchsgüter zum 1. Februar um durchschnittlich 300% – ein brutaler Akt der Abschöpfung „überschüssiger Kaufkraft“, der das soziale Elend sprunghaft weiter verschärft. Wie über Vertreter des Episkopats, die Zugang zu Walesa haben, durchgesickert war, hatte dieser zu Protesten aufgerufen, die allerdings nicht die Existenz der Gewerkschaft gefährden sollten. Die Demonstrationen haben erneut bei Betriebsschluß vor der Lenin-Werft begonnen; die Werft, wie eine Reihe anderer Großbetriebe, sind seit dem 1. Februar erneut geschlossen worden – lebendiger Beweis dafür, daß „Solidarność“ sich reorganisiert hat und nach wie vor in den Belegschaften der großen Betriebe ihren stärksten Rückhalt findet.



Seweryn Jaworski

50 Jahre alt, Stahlarbeiter aus der Huta Warszawa, stellv. Vorsitzender der „Solidarität“ in Warschau

Man muß zuerst einmal feststellen, daß die Gespräche mit der Regierung überhaupt kein Ergebnis gebracht haben. Damit werde ich anfangen, denn von daher ziehe ich meine Schlußfolgerungen.

Das grundlegende Problem, vor dem wir stehen, ist die Nominierung des „Sozialen Rats für die Volkswirtschaft“. Seine Rolle ist nicht die eines Hilfsorgans der Behörden, noch einer bloßen Informationsquelle für die Bevölkerung. Wenn notwendig, muß er die Funktion einer Koordinierungsstelle auf der Ebene des ganzen Landes erhalten: eine von allen gesellschaftlichen Kräften anerkannte, authentische Vertretung. Eine, die dank dieser Autorität auf die ganze Bevölkerung einwirken kann.

Meines Erachtens muß man einen solchen Rat schaffen, damit er im Fall eines aktiven Streiks und anderer Aktionen dieser Art sich für die Nützlichkeit dieser Aktionen im nationalen Interesse aussprechen kann ... Selbst wenn nicht aus Wahlen hervorgegangen, wäre er ohne Zweifel eine national anerkannte Vertretung ...

Ein anderes wichtiges Problem, über das ich hier sprechen will, ist das der Sicherheit der Gewerkschaft. Wir wissen, daß sie bedroht ist. Bei Gelegenheit verschiedener Streiks, zum Beispiel dem in der Feuerwehrhochschule in Warschau, hätte der Konflikt unübersehbare Konsequenzen haben und zu einer blutigen Konfrontation führen können. Diese Frage kann sich jederzeit wieder stellen.

Wenn wir keine fest aufgestellten Arbeitergarden haben, werden wir uns nicht gegen die eventuellen Provokationen von mit dem Staatsapparat verbundenen Gruppen wehren können. Ob es sich um die Partei oder die Regierung handelt, die Staatsmacht in diesem Land ist in Auflösung, aufgesplittert in divergierende Richtungen.

gewinnen, die andernfalls in den Sicherheitsorganen oder in den höheren Sphären der Partei zu einem Blutvergießen beitragen können. Ihnen eine Chance zu geben, wäre eine große Sache. (...)



Lösung würde ebenso in Ländern, die uns unterstützen, im Westen oder in Zentraleuropa, wie auch bei uns im Land selbst, begrüßt werden, bei uns, wo schon das Wort Konfrontation selbst einen wahren Schrecken auslöst, da man den Leuten eingeredet hat, obwohl das gar nicht wahr ist, daß Konfrontation Streik bedeutet.

Eine politische Lösung bedeutet Rückkehr zu alten Traditionen. Die Anerkennung nämlich eines Prinzips, das die Basis jedes demokratischen Staates bildet, das Prinzip der Suprematie (Überlegenheit, höheres Gewicht, d. Übers.) der Interessen der Nation über die einer Partei, von Gruppen, einer Gewerkschaft oder andern. Dies Prinzip findet überall da seine Verwirklichung in der Form von Repräsentativsystemen wie Reichstagen oder Parlamenten. Wir brauchen da nichts Neues erfinden.

Es handelt sich nur darum, daß diese Institutionen einen authentischen Charakter erhalten ... Folglich bin ich für vorgezogene Neuwahlen für den Reichstag und für die Volksräte auf al-

Mehrere unpopuläre Entscheidungen müssen bald getroffen werden. Derjenige, der sie treffen muß, darf nicht die Interessen besonderer sozialer oder politischer Gruppen repräsentieren. Ich mache also einen Vorschlag. Nach diesem Streik, wenn die Behörden sich mit keiner politischen Lösung einverstanden erklären, schlage man vor, die Formel einer provisorischen Regierung anzunehmen, die aus Spezialisten zusammengesetzt ist, welche erstens gar nicht die Ambition hätten, mehrere Jahre lang zu regieren oder das Monopol der Macht zu behalten; und die zweitens aus Personen zusammengesetzt wäre, die Interessen keiner besonderen Gruppe vertreten, sondern die für Lösungen zugunsten der ganzen Nation und die Verbesserung ihrer Existenzbedingungen eintreten.

Das wäre ein Element einer provisorischen politischen Lösung, bis zum Moment von Wahlen, bis das Prinzip der Suprematie der Nation über die Interessen sozialer Gruppen eingeführt würde. Sie hätte die Aufgabe, die Wahlen zum Reichstag und zu den Regionalräten zu organisieren und ihren guten Verlauf zu sichern. (...)



Lech Walesa

Wie ich euch im August vom Tor her-

hin er nach dem Sieg auf den Schultern getragen wurde, d. Übers.), so wiederhole ich es euch heute: der Kampf hat erst begonnen. Zugleich habe ich euch gesagt, daß man mich weder kaufen, noch töten, noch verkaufen kann und daß ich das Volk nicht verraten kann. Gebt das doch endlich zu. Solange ich hier an diesem Ort bin, bin ich nicht zu bestechen und habe ich keine Angst ...

Wir sind alle von Anfang an aufgebrochen, um zu siegen. Ich entschuldige mich bei allen, die meinen, daß Bydgoszcz (als Walesa einseitig den Generalstreik am 31. März gegen die Provokation der Miliz in Bydgoszcz absagte, d. Übers.) eine Niederlage, ein Schritt

zurückweicht. Nur, wie ich bei der Versammlung neulich (in Radom, d. Übers.) schon gesagt habe, bisher hatten wir es nur mit kleinen Problemen zu tun: die Preiserhöhungen, die Entlassungen und andere Sachen dieser Art.

Und jetzt, jetzt sind wir bei teuflisch ernsten Angelegenheiten angekommen, politischen, und wir müssen alle zusammen diskutieren, Seite an Seite, und nicht in Gruppen gespalten: was tun, und wie es anstellen, wenn es eine Konfrontation gibt, oder wenn wir die Konfrontation vermeiden, wie es anstellen, daß die Leute für uns sind, und was tun, wenn die Behörden uns verstehen, und daß wir unsere Ziele erreichen? Wenn wir darüber schon klare Vorstellungen hätten, könnten wir den Kampf beginnen. Aber vergessen wir heute nicht, daß die Leute essen wollen, und wahrhaftig ... (er unterbricht sich) ... Wir wissen, es gibt unterschiedliche Konzeptionen. Jasio (Kosename für Jan, d. Übers.) Rulewski hat gesprochen, andere auch. Ich habe auch eine Konzeption. Es ist dieselbe wie die von Jasio, außer daß Jasio eine Sache nicht gemerkt hat. Er hat von einer „provisorischen Regierung“ gesprochen. Aber diese provisorische Regierung wird nicht vom Himmel fallen. Einer muß damit anfangen. Diese Dreier-Konzeption (eines Triumvirats aus Partei, Kirche und Gewerkschaft, wie sie in den Treffen zwischen Jaruzelski, Glemp und Walesa erörtert worden war, d. Übers.), die ich vorher vertreten habe, die muß ja das vorbereiten, wovon Jasio gesprochen hat. Also dies Referendum, die Wahlen, die Abstimmung, die Kandidaten, die Listen etc. etc.

Ich war ein Anhänger dieser Linie, weil ich dachte, daß dies Trio – nicht direkt das Trio selbst – aber daß dies Trio zum Beispiel zehn Personen beauftragen würde. Jeder der drei würde drei benennen. Und die Partei würde sich nichts vergeben, weil außerdem noch die andern Parteien da wären (die mit der PVAP verbundenen Blockparteien, d. Übers.), die würden aber nur eine Stimme bekommen ... So habe ich im großen und ganzen die Dinge

Jetzt müssen wir uns Rechenschaft geben. Wir sind an einem Punkt angelangt, den ich erst für das Frühjahr vorhergesehen hatte, den ich noch hatte vermeiden wollen. Auch auf die Gefahr hin, daß ihr mich wieder kritisiert oder mich nicht in Ruhe laßt, wollte ich bis zum Frühjahr durchhalten. Ich wollte nicht, daß wir jetzt schon bei politischen Lösungen ankommen ... Jetzt bin ich zur Überzeugung gekommen, daß es keine anderen Lösungen gibt, daß die politischen Lösungen früher getroffen werden müssen als ich dachte.

Deshalb war Radom, was es war. (Walesa hatte auf dieser Sitzung erstmals ebenfalls von der Unvermeidlichkeit der Konfrontation gesprochen, d. Übers.) Deshalb habe ich aufgehört,

le auf der Ebene des ganzen Landes erhalten: eine von allen gesellschaftlichen Kräften anerkannte, authentische Vertretung. Eine, die dank dieser Autorität auf die ganze Bevölkerung einwirken kann.

Meines Erachtens muß man einen solchen Rat schaffen, damit er im Fall eines aktiven Streiks und anderer Aktionen dieser Art sich für die Nützlichkeit dieser Aktionen im nationalen Interesse aussprechen kann ... Selbst wenn nicht aus Wahlen hervorgegangen, wäre er ohne Zweifel eine national anerkannte Vertretung ...

Ein anderes wichtiges Problem, über das ich hier sprechen will, ist das der Sicherheit der Gewerkschaft. Wir wissen, daß sie bedroht ist. Bei Gelegenheit verschiedener Streiks, zum Beispiel dem in der Feuerwehrhochschule in Warschau, hätte der Konflikt unübersehbare Konsequenzen haben und zu einer blutigen Konfrontation führen können. Diese Frage kann sich jederzeit wieder stellen.

Wenn wir keine fest aufgestellten Arbeitergarden haben, werden wir uns nicht gegen die eventuellen Provokationen von mit dem Staatsapparat verbundenen Gruppen wehren können. Ob es sich um die Partei oder die Regierung handelt, die Staatsmacht in diesem Land ist in Auflösung, aufgesplittert in divergierende Richtungen. Ihre am meisten extremistischen Elemente sind bereit, Unruhen anzuzetteln – selbst bewaffnete Zusammenstöße –, um jede Möglichkeit eines Wechsels zunichtezumachen und den historischen Prozeß zurückzudrehen.

Deshalb also halte ich die Aufstellung von Arbeitergarden in allen Regionen, vor allem in den großen Betrieben für notwendig. Obwohl sie über keinerlei spezielle Ausrüstung verfügen, werden wir sie sicher benötigen. Sie werden eine Kraft bilden, mit der diese zu Konfrontation bereiten Gruppen rechnen müssen.

Ein weiteres wichtiges Problem, über das ich hier sprechen will, ist das einer nationalen Amnestie. Ich weiß, daß das nicht populär ist, aber ich will meine Argumente vortragen. Es ist ein wesentliches Problem. Man muß, mit Vermittlung der Gewerkschaft, eine allgemeine Amnestie für alle bis heute begangenen Akte proklamieren, egal welcher Art. Gewisse Personen im Staatsapparat und in den höheren Sphären der Partei, darunter solche, die ausgeschaltet worden sind, würden aufrichtig an dieser Etappe der Erneuerung teilnehmen wollen. Aber sie fürchten um ihre Haut, sie haben Furcht, man werde sie für die früheren Zeiten zur Rechenschaft ziehen.

Im Fall einer Konfrontation werden sie offen gegen uns Stellung beziehen. Mit allen Mitteln. Wenn wir ihnen aber eine Chance geben, in Übereinstimmung mit ihren Überzeugungen zu handeln und an der gesellschaftlichen Erneuerung teilzunehmen, wäre das eine Möglichkeit, diese Leute wiederzu-

tionen haben erneut bei Betriebsschluß vor der Lenin-Werft begonnen; die Werft, wie eine Reihe anderer Großbetriebe, sind seit dem 1. Februar erneut geschlossen worden – lebendiger Beweis dafür, daß „Solidarność“ sich reorganisiert hat und nach wie vor in den Belegschaften der großen Betriebe ihren stärksten Rückhalt findet.

gewinnen, die andernfalls in den Sicherheitsorganen oder in den höheren Sphären der Partei zu einem Blutvergießen beitragen können. Ihnen eine Chance zu geben, wäre eine große Sache. (...)



Jan Rulewski

37 Jahre, Ingenieur, Vorsitzender des Regionalkomitees von Bydgoszcz

Ich will hier das ausführen, was ich in Radom gesagt habe, als Element des strategischen Kampfes der Gewerkschaft, ausgehend von der grundsätzlichen Feststellung, daß wir in eine Periode der Konfrontation eingetreten sind. Diese Konfrontation ist seit August im Gange, aber sie nimmt unterschiedliche Formen an: Abschaltungen, freie Samstage, Solidaritäts- oder Warnstreiks, Kampf zwischen der Gewerkschaftspresse und der des Regimes. Es gibt Zeichen einer allgemeinen Konfrontation, deren Höhepunkt der Generalstreik, der aktive Streik sein muß.

Jeder von uns fühlt diese Konfrontation in sich, wie im ganzen Land. Aber das Leben eines Landes, einer Familie oder eines Individuums kann sich nicht auf Basis einer andauernden Konfrontation organisieren. Ein Arbeiter, ein Angestellter oder ein Ingenieur können nicht jeden Tag wählen, auf welche Seite sie sich schlagen. Die westlichen Gesellschaften, die demokratischen Zivilisationen haben seit langem die Form der politischen Auseinandersetzung rationalisiert, indem sie Institutionen wie das Parlament geschaffen haben, oder bei uns den Reichstag, den Sejm.

Ich will mich trotz allem nicht für eine Gewaltlösung, sondern für eine politische Lösung dieser Konfrontation aussprechen. Eine solche politische

Lösung würde ebenso in Ländern, die uns unterstützen, im Westen oder in Zentraleuropa, wie auch bei uns im Land selbst, begrüßt werden, bei uns, wo schon das Wort Konfrontation selbst einen wahren Schrecken auslöst, da man den Leuten eingeredet hat, obwohl das gar nicht wahr ist, daß Konfrontation Streik bedeutet.

Eine politische Lösung bedeutet Rückkehr zu alten Traditionen. Die Anerkennung nämlich eines Prinzips, das die Basis jedes demokratischen Staates bildet, das Prinzip der Suprematie (Überlegenheit, höheres Gewicht, d. Übers.) der Interessen der Nation über die einer Partei, von Gruppen, einer Gewerkschaft oder andern. Dies Prinzip findet überall da seine Verwirklichung in der Form von Repräsentativsystemen wie Reichstagen oder Parlamenten. Wir brauchen da nichts Neues erfinden.

Es handelt sich nur darum, daß diese Institutionen einen authentischen Charakter erhalten ... Folglich bin ich für vorgezogene Neuwahlen für den Reichstag und für die Volksräte auf al-len Ebenen. Das entscheidende Problem ist: Wie kommen wir dahin? Nicht durch die Methode des Immobilismus, den unsere Gewerkschaft an den Tag gelegt hat, nicht erst seit März, sondern seit dem August (1980, d. Übers.) ...

Ich gehe davon aus, daß die Strategie der Gewerkschaft es Millionen erlauben muß, sich auszudrücken, und deshalb schlage ich vor, als Ausdruck dieser Konfrontation, daß ein Referendum organisiert wird, in dem sich nicht nur die Führung der Gewerkschaft, sondern die Gewerkschaft als Ganze, ihre zehn Millionen Mitglieder ausdrücken können, und wenn andere gesellschaftliche Kräfte sich anschließen, die ganze Gesellschaft.

Aber – als kleines taktisches Spiel – dies Referendum sollte nicht nur Fragen zur Selbstverwaltung enthalten. Dies Referendum muß vielmehr ermöglichen, festzustellen, ob die Gesellschaft ein Vertrauensvotum für dieses Repräsentativsystem, diese Kammer, diese Regierung und dies ganze gegenwärtige System der Machtausübung erteilt ... Das ist dann auch eine Form der Konfrontation, aber eine Konfrontation, die entsprechend der Methode von Leszek Walesa nichts kostet.

Ich bin dementsprechend feindlich eingestellt gegen die Form der Entente, die die Partei uns vorschlägt. Ich werde mich kurz fassen. Für mich ist das so was wie ein „Örtchen“, wo Leszek Walesa die Plakette der „Solidarität“ an Albin Siwaks Brust heften könnte (Siwak, ein Baupolier, ist der Ultra im Politbüro der Partei, d. Übers.) ...



Lech Walesa

Wie ich euch im August vom Tor her-

hin er nach dem Sieg auf den Schultern getragen wurde, d. Übers.), so wiederhole ich es euch heute: der Kampf hat erst begonnen. Zugleich habe ich euch gesagt, daß man mich weder kaufen, noch töten, noch verkaufen kann und daß ich das Volk nicht verraten kann. Gebt das doch endlich zu. Solange ich hier an diesem Ort bin, bin ich nicht zu bestechen und habe ich keine Angst ...

Wir sind alle von Anfang an aufgebrochen, um zu siegen. Ich entschuldige mich bei allen, die meinen, daß Bydgoszcz (als Walesa einseitig den Generalstreik am 31. März gegen die Provokation der Miliz in Bydgoszcz absagte, d. Übers.) eine Niederlage, ein Schritt zurück war. Ich habe, trotz und gegen alle, vertreten, daß wir in Bydgoszcz,

reiten, wovon Jasio gesprochen hat. Also dies Referendum, die Wahlen, die Abstimmung, die Kandidaten, die Listen etc. etc.

Ich war ein Anhänger dieser Linie, weil ich dachte, daß dies Trio – nicht direkt das Trio selbst – aber daß dies Trio zum Beispiel zehn Personen beauftragen würde. Jeder der drei würde drei benennen. Und die Partei würde sich nichts vergeben, weil außerdem noch die andern Parteien da wären (die mit der PVAP verbundenen Blockparteien, d. Übers.), die würden aber nur eine Stimme bekommen ... So habe ich im großen und ganzen die Dinge

Jetzt müssen wir uns Rechenschaft geben. Wir sind an einem Punkt angelangt, den ich erst für das Frühjahr vorhergesehen hatte, den ich noch hatte vermeiden wollen. Auch auf die Gefahr hin, daß ihr mich wieder kritisiert oder mich nicht in Ruhe laßt, wollte ich bis zum Frühjahr durchhalten. Ich wollte nicht, daß wir jetzt schon bei politischen Lösungen ankommen ... Jetzt bin ich zur Überzeugung gekommen, daß es keine anderen Lösungen gibt, daß die politischen Lösungen früher getroffen werden müssen als ich dachte.

Deshalb war Radom, was es war. (Walesa hatte auf dieser Sitzung erstmals ebenfalls von der Unvermeidlichkeit der Konfrontation gesprochen, d. Übers.) Deshalb habe ich aufgehört, der gute Walesa zu sein – denn einer



wenn wir diesen Generalstreik organisiert hätten, nicht nur Mördern sondern Selbstmörder gewesen wären. Gebt es doch endlich zu: es war ein wirklicher Gedankenblitz, damals einen Schritt zurück zu machen. Danach stand ein Teil der Miliz, der Stadträte und anderer Personen auf unserer Seite. Das war ganz klar und ein Erfolg. Selbst jetzt kann man nicht für den Konflikt optieren ... Es gibt welche, die sagen, die Gewerkschaft weicht zurück. Aber ich, ich sage trotz und gegen alle, daß die Gewerkschaft nicht

hat ja irgendwann einmal gemeint, ich sei der gute Walesa. Ihr habt alle gedacht, ich wäre ein Verräter, den man gekauft hat, usw. Aber das war nicht wahr. Es ging darum, daß soviel Leute wie möglich uns begreifen ...

In dem Moment, wo wir es verstanden haben, alle anderen an uns zu binden, die, die feige sind usw., dann kann man über Wahllisten sprechen, über alle Ziele, die den Reichstag betreffen, usw.

Aus: Libération, 13. und 14. Januar (eigene Übersetzung)

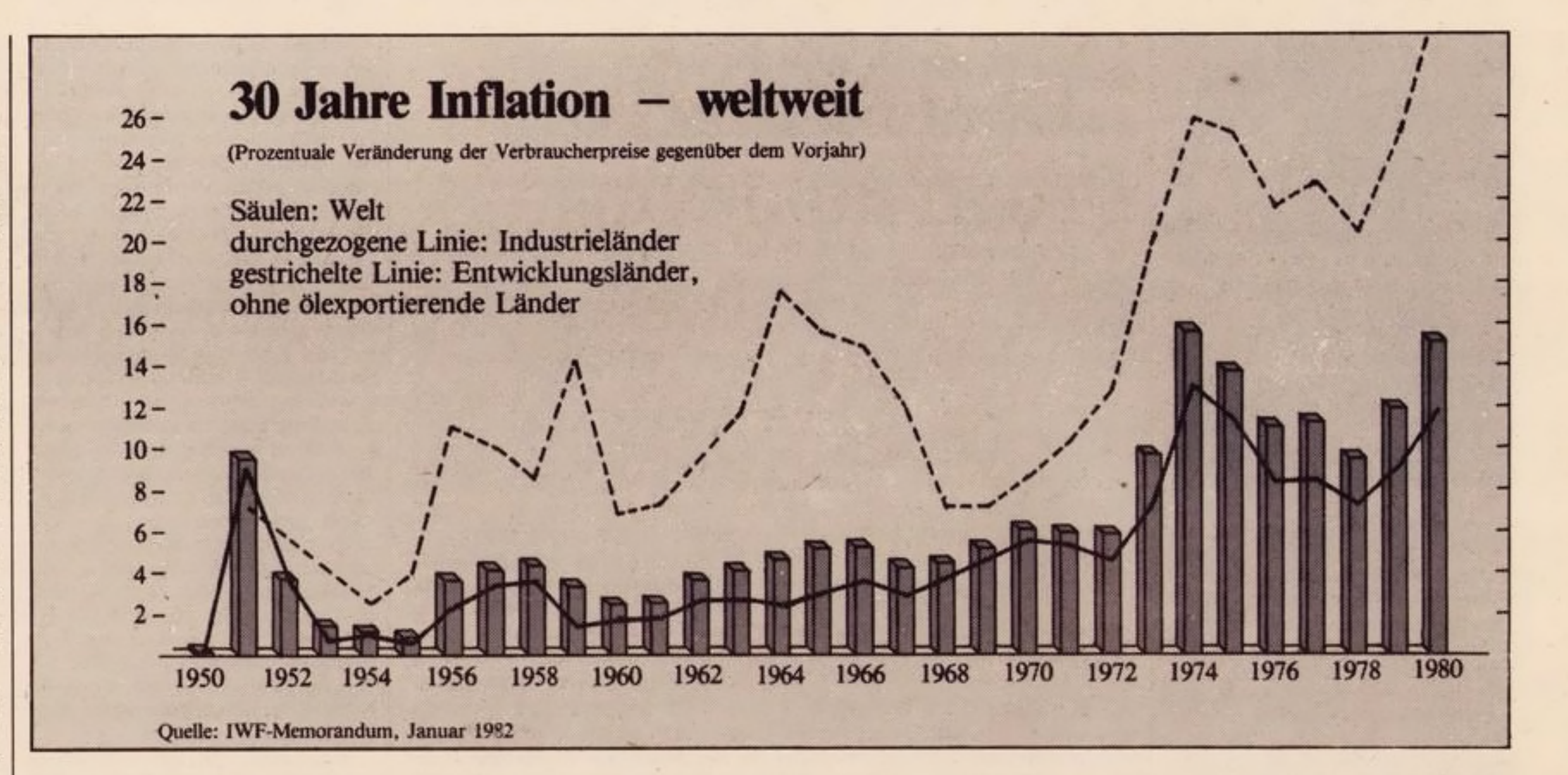
Zinnländer versetzen Metallbörse in Unruhe

frb. Die Londoner Metall-Börse hat sämtliche dort tätigen Maklerfirmen zu einer Sondersitzung zusammengerufen, was gewiß selten vorkommt. London ist das Zentrum des Metallhandels und für die meisten Metalle gilt die dortige Notierung als Weltmarktpreis. Anlaß für die Krisensitzung sind „Unregelmäßigkeiten" im Zinn-Markt.

Im letzten Jahr sind die Rohstoffpreise im allgemeinen gefallen, nicht so aber beim Zinn. Seit Mitte des vorigen Jahres hat der Zinnpreis einen Satz nach oben gemacht, allerdings auch bloß, um den Rückgang seit Mitte 1980 auszugleichen. Die neuerliche Preissteigerung geht zurück auf umfangreiche Aufkäufe an der Londoner Metall-Börse. Obwohl sich die Auftraggeber, die hinter den handelnden Maklern stehen, im dunkeln halten, wird allseits vermutet, daß Malaysia oder ein malaysisches Unternehmen den Preis treibt.

Weshalb die Aufregung bei den imperialistischen Rohstoffverwaltern? Weil sie fürchten, daß die Produzentenländer hier wahrmachen, womit sie in den Verhandlungen zum internationalen Zinnabkommen immer gedroht haben: daß sich die Produzentenländer zusammenschließen und wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen, wenn die Industrieländer ihre Preisdrückerpolitik nicht aufgeben. Die „Financial Times" wittert bereits die „Gefahren eines Zinn-Kartells" nach dem Muster der OPEC. Letzten Sonntag hat Malaysias stellvertretender Ministerpräsident eine Initiative zur Bildung einer Produzentengruppe angekündigt, Indonesien hat bereits seine Beteiligung zugesagt. Malaysia, Indonesien und Thailand verfügen zusammen über 75% der Weltproduktion bei Zinn, die Voraussetzungen für ein Kartell sind also gut. Malaysia hat in den letzten Monaten Ärger erregt, weil es einige alte britische Kolonialgesellschaften aufgekauft hat.

Ronald Reagan hatte mit dem Ausstieg der USA aus dem Zinnabkommen dieses zum Platzen gebracht. Verkäufe aus den strategischen Vorräten sollten den Preis drücken. Es sieht aber so aus, als würde sich Reagan diesmal selbst einen Schlag einfangen.



Die Zahl der Arbeitslosen in der BRD hat im Januar mehr als 1,9 Millionen betragen. Es ist die höchste Arbeitslosenzahl seit Anfang der 50er Jahre. In Großbritannien sind jetzt mehr als 3 Millionen arbeitslos.

Die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste in der Industrie lagen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Oktober bei 15,15 DM bei männlichen Arbeitern und bei 11,00 DM bei den Arbeiterinnen. Im Vergleich zum Vorjahr sind dies bei den Männern 5,4%, bei den Frauen 5,8% mehr. Wegen des Rückgangs der bezahlten Arbeitsstunden haben die Wochenlöhne weit weniger zugenommen. Bei den Männern sind die Bruttolöhne um 4,8% gestiegen, bei den Frauen, bei denen der Rückgang der bezahlten Arbeitsstunden noch stärker zu Buche schlägt, wurde brutto noch 4,3% mehr gezahlt. Die Inflationsrate im Oktober betrug 6,7%.

Der britische Gewerkschaftsverband TUC verlangt ein Konjunkturprogramm von 8 Mrd. Pfund (rd. 34 Mrd. DM). TUC-Generalsekretär Murray betrachtet den Vorschlag „als einen neuen Pakt, um Britannien wieder an die Arbeit zurückzubringen durch einen Haushalt, der Industrie und Investitionen hilft". Hauptforderungen sind: öffentliche Investitionen von knapp 9 Mrd. DM; Ausbildungsprogramme für gut 7 Mrd. DM; Reduzierung der Mehrwertsteuer von 15 auf 12,5%; höhere Ausgaben der nationalisierten Industrie und mehr Investitionen; höhere Renten und Sozialleistungen für 6,5 Mrd. DM.

Die US-Farmer dürften nicht die Leidtragenden eines Handelsembargos gegenüber der UdSSR sein, hat US-Präsident Reagan erklärt. Selbst im Jahr des Getreideembargos beliefen sich die Getreide- und Nahrungsmittellieferungen der USA in die UdSSR auf 62% des Gesamtexports. Reagan hat Getreide diesmal gleich ganz von seinem Embargo ausgenommen.

Heftige Kritik wegen des Gasgeschäfts mit der Sowjetunion hat sich die französische Regierung eingehandelt. Unmittelbar vor dem „Tag der Solidarität mit Solidarność" hat Frankreich das Geschäft klar gemacht. Insbesondere die CFDT kritisierte die Entscheidung der Regierung. Premierminister Mauroy meinte, es sei nutzlos, dem Drama der Polen noch ein Drama der Franzosen hinzuzufügen, die ohne Erdgas bleiben. Dazu ist außerdem noch zu bemerken, daß die Sowjetunion es mit ihrem Preisgebot kürzlich Algerien schwer gemacht hat, seine Forderungen in der langwierigen Auseinandersetzung mit Frankreich durchzusetzen.

Die Woche im Rückblick

Die amerikanischen Indianer können künftig die US-Ölkonzerne, die in den Indianerreservaten nach Öl bohren, besteuern und einen Förderzins einziehen für Land, für das sie den Energiekonzernen eine Konzession eingeräumt haben. Das oberste US-Gericht hat auf Klage der Indianer festgestellt, die Steuererhebung sei ein elementarer Bestandteil indianischer Souveränität.

Die französische Nationalversammlung hat am 29. Januar die zweite Auflage des Verstaatlichungsgesetzes verabschiedet. Mit den Änderungen wird den Forderungen des „Verfassungsrates" nach einer höheren Entschädigung für die Aktionäre entsprochen. Ihnen sollen nun über 40 Mrd. Franc gezahlt werden, rd. ⅓ mehr als zuvor.

Das polnische Nationaleinkommen hat sich 1981 um fast 13% verringert, die Industrieproduktion ist gegenüber 1980 um 19% gesunken. Dies geht aus den amtlichen Zahlen des Statistischen Hauptamtes hervor. Die Kohleförderung sank um 30 auf 161 Mio. t; es wurden 45% weniger Sachinvestitionen getätigt. Lediglich die landwirtschaftliche Produktion verzeichnet einen Anstieg von 3%, dank einer günstigen Gemüseernte. Bei Schlachtvieh gab es einen Einbruch von 20%. – Weiter gab das Warschauer Fernsehen bekannt, in den ersten 9 Monaten des letzten Jahres hätten 870000 Polen eine Arbeit im Ausland aufgenommen, jeder fünfte von ihnen sei nicht mehr zurückgekehrt.

Die Änderung der Berlinförderung
Westberlin als Testfall bürgerlicher Wirtschaftspolitik
wat. Westberlin. Grundlage der Wirtschaftspolitik in Westberlin ist die politische Entscheidung nach der Teilung Deutschlands und der Berlin-Blockade, trotz höherer Transportkosten, eingeschränktem Binnenmarkt und der abgeschlossenen Insellage die drei
zweige der Serienproduktion, in denen zunächst keine Umstellung auf Import aus Billiglohnländern erwartet wird: Im Maschinenbau Pumpen, Baumaschinen, Automaten, Fahrzeuge, in der Elektroindustrie Kabel, Verbrauchergeräte, Meß- und Regelgeräte, in der
die Auflage gebunden werden soll, daß Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Industrie- und Handelskammer und mit ihr die CDU, SPD und FDP unterstützen dagegen den Vorschlag des DIW, lediglich im Sinn der 1970 vorgenommenen Änderung fortzufahren.
Elektroindustrie, es laufen in Zusammenarbeit mit staatlichen Forschungsstellen Versuchsprojekte zum Kabelfernsehen, zum Glasfaserkabel, Videotext wird von Westberlin aus gesendet. In Zusammenhang hiermit wird die Umwälzung der Optikbranche gefördert, die außer der Glasfaserproduktion eine Schlüsselrolle in der Produktion größtintegrierter Schaltkreise einnehmen wird. Die im Bau befindliche Forschungsanlage BESSY soll zum Zentrum der westdeutschen Forschung über Integrierte Optik werden. In der
oft gewerkschaftliche Kämpfe abgestumpft werden. Während die sozialliberale Wirtschaftspolitik auf Bundesebene immer in Diskussionen über Investitionslenkung ausgearbeitet wurde, die von der CDU kritisiert wurden und an denen umgekehrt der DGB mit seinen Forderungen nach einem Beschäftigungsprogramm anknüpft, war die Wirtschaftspolitik der Westberliner SPD-Senate von der Berlinförderung geprägt, die ausschließlich die Unternehmerautonomie stärkte. Daher fällt es der Arbeiterbewegung jetzt so
laysias stellvertretender Ministerpräsident eine Initiative zur Bildung einer Produzentengruppe angekündigt, Indonesien hat bereits seine Beteiligung zugesagt. Malaysia, Indonesien und Thailand verfügen zusammen über 75% der Weltproduktion bei Zinn, die Voraussetzungen für ein Kartell sind also gut. Malaysia hat in den letzten Monaten Ärger erregt, weil es einige alte britische Kolonialgesellschaften aufgekauft hat.
Ronald Reagan hatte mit dem Ausstieg der USA aus dem Zinnabkommen dieses zum Platzen gebracht. Verkäufe aus den strategischen Vorräten sollten den Preis drücken. Es sieht aber so aus, als würde sich Reagan diesmal selbst einen Schlag einfangen.
Angaben des Statistischen Bundesamtes im Oktober bei 15,15 DM bei männlichen Arbeitern und bei 11,00 DM bei den Arbeiterinnen. Im Vergleich zum Vorjahr sind dies bei den Männern 5,4%, bei den Frauen 5,8% mehr. Wegen des Rückgangs der bezahlten Arbeitsstunden haben die Wochenlöhne weit weniger zugenommen. Bei den Männern sind die Bruttolöhne um 4,8% gestiegen, bei den Frauen, bei denen der Rückgang der bezahlten Arbeitsstunden noch stärker zu Buche schlägt, wurde brutto noch 4,3% mehr gezahlt. Die Inflationsrate im Oktober betrug 6,7%.
Der britische Gewerkschaftsverband TUC verlangt ein Konjunkturprogramm von 8 Mrd. Pfund (rd. 34 Mrd. DM). TUC-Generalsekretär Murray
rung der Mehrwertsteuer von 15 auf 12,5%; höhere Ausgaben der nationalisierten Industrie und mehr Investitionen; höhere Renten und Sozialleistungen für 6,5 Mrd. DM.
Die US-Farmer dürften nicht die Leidtragenden eines Handelsembargos gegenüber der UdSSR sein, hat US-Präsident Reagan erklärt. Selbst im Jahr des Getreideembargos beliefen sich die Getreide- und Nahrungsmittellieferungen der USA in die UdSSR auf 62% des Gesamtexports. Reagan hat Getreide diesmal gleich ganz von seinem Embargo ausgenommen.
Heftige Kritik wegen des Gasgeschäfts mit der Sowjetunion hat sich die französische Regierung eingehandelt. Unmittelbar vor dem „Tag der Solidarität mit Solidarność" hat Frankreich das
ihrem Preisgebot kürzlich Algerien schwer gemacht hat, seine Forderungen in der langwierigen Auseinander-
Die Woche im Rückblick
setzung mit Frankreich durchzusetzen.
Die amerikanischen Indianer können künftig die US-Ölkonzerne, die in den Indianerreservaten nach Öl bohren, besteuern und einen Förderzins einziehen für Land, für das sie den Energiekonzernen eine Konzession eingeräumt haben. Das oberste US-Gericht hat auf Klage der Indianer festgestellt, die Steuererhebung sei ein elementarer Bestandteil indianischer Souveränität.
gezahlt werden, rd. ⅓ mehr als zuvor.
Das polnische Nationaleinkommen hat sich 1981 um fast 13% verringert, die Industrieproduktion ist gegenüber 1980 um 19% gesunken. Dies geht aus den amtlichen Zahlen des Statistischen Hauptamtes hervor. Die Kohleförderung sank um 30 auf 161 Mio. t; es wurden 45% weniger Sachinvestitionen getätigt. Lediglich die landwirtschaftliche Produktion verzeichnet einen Anstieg von 3%, dank einer günstigen Gemüseernte. Bei Schlachtvieh gab es einen Einbruch von 20%. – Weiter gab das Warschauer Fernsehen bekannt, in den ersten 9 Monaten des letzten Jahres hätten 870000 Polen eine Arbeit im Ausland aufgenommen, jeder fünfte von ihnen sei nicht mehr zurückgekehrt.

Die Änderung der Berlinförderung

Westberlin als Testfall bürgerlicher Wirtschaftspolitik

wat. Westberlin. Grundlage der Wirtschaftspolitik in Westberlin ist die politische Entscheidung nach der Teilung Deutschlands und der Berlin-Blockade, trotz höherer Transportkosten, eingeschränktem Binnenmarkt und der abgeschlossenen Insellage die drei Westsektoren Berlins in den Westen zu integrieren. Daher wurde von Anfang an eine Berlinförderung verfolgt, den Fernabsatz und eine möglichst große Diversifizierung der Industrie zu erzielen. Die Hersteller von Waren in Westberlin und die Bezieher Westberliner Waren in Westdeutschland (seit 1970 auch im konzerninternen Binnenumsatz) sparen 4,2% der Umsatzsteuer auf diese Waren. Auf den ersten Blick war diese Maßnahme überaus erfolgreich. Die Absatzgebiete Westberliner Waren verteilen sich (in %):

Jahr	Berlin	BRD	DDR	Ausland
1936	22	32	35	11
1950	40	53	2	5
1960	24	65	1	10
1977	14	70	1	15

(Anm.: DDR 1936 = Ost- und Mitteldeutschland; Berlin seit dem Mauerbau nur Westberlin)

Inzwischen sind Export und Import Westberlins annähernd ausgeglichen und die Vielfalt der Branchenverteilung ist größer als in allen vergleichbaren Ballungsräumen Europas.

Seit den 60er Jahren ist aber eine Verzerrung der Produktionsstruktur eingetreten, die jetzt die Beschäftigungslage erheblich verschärft. Aufgrund der Förderung der Umsatzsteuer wurden überwiegend Betriebe der Massenfertigung angesiedelt und bestehende Betriebe entsprechend umgestellt. Nach einer Analyse des Prognos-Instituts dominieren solche Wirtschaftszweige der Serienproduktion, in denen zunächst keine Umstellung auf Import aus Billiglohnländern erwartet wird: Im Maschinenbau Pumpen, Baumaschinen, Automaten, Fahrzeuge, in der Elektroindustrie Kabel, Verbrauchergeräte, Meß- und Regelgeräte, in der chemischen Industrie Pharmaka, in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie Süß- und Backwaren, Kaffee, Fleischwaren, Tabak, Teilbereiche von Textil und Bekleidungsindustrie, sowie die Branchen Optik, Foto/Kino, Büromaschinen, Holzbearbeitung. In all diesen Branchen ist kräftig entlassen worden und wird weiter entlassen. Während in der BRD 1970 – 1977 14% der Arbeitsplätze in der Industrie vernichtet wurden, sind es in Westberlin 28%. Die Lage wird noch dadurch verschärft, daß die Verwaltungsabteilungen und Dienstleistungsbereiche abgezogen worden sind, in denen anderswo relativ viel Arbeitskräfte neu eingestellt wurden.

Aus diesem Grunde ist bereits 1970 das Förderungssystem für Westberliner Hersteller nach der „Berliner Wertschöpfung" gestaffelt worden, das ist die Differenz des Werts der in Westberlin hergestellten Produkte und der aus der BRD bezogenen Vorprodukte. Ein Anteil der Berliner Wertschöpfung am Gesamtwert ab 10% bringt 4,5% Umsatzsteuerersparnis, ab 50% 5% Ersparnis und ab 65% 6% Ersparnis. Damit sollte erreicht werden, daß die Massenproduktion, wo die Wertschöpfung gegenüber den Rohstoffkosten relativ gering ist, weniger gefördert wird als Produktion, die sehr lohnintensiv ist, d.h. in der Regel, wo der Anteil von Forschung und Entwicklung hoch ist. Untersuchungen des DIW haben aber nachgewiesen, daß dieses Ziel verfehlt wurde. Daher verlangt der DGB, daß die Förderung an die Auflage gebunden werden soll, daß Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Industrie- und Handelskammer und mit ihr die CDU, SPD und FDP unterstützen dagegen den Vorschlag des DIW, lediglich im Sinn der 1970 vorgenommenen Änderung fortzufahren. Der CDU-Senat hat jetzt als Empfehlung für die Bundesregierung beschlossen, daß einerseits die Berliner Wertschöpfung schärfer gefaßt wird (indem außer dem Wert der Vorprodukte aus der BRD auch die Verwaltungs- und FuE-Kosten abgezogen werden, die in der BRD entstanden sind) und andererseits die Staffelung der Umsatzsteuerersparnis von 3 bis 10% gespreizt wird.

Diese Änderung soll Fehlentwicklungen korrigieren und gibt die Grundlage für eine viel weitreichendere Wende der Wirtschaftspolitik. Seit Mitte der 70er Jahre werden vom Wissenschaftszentrum Berlin Untersuchungen vorgelegt, in denen die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise mit den Weltkrisen von 1825, 1873 und 1929 verglichen wird. In allen Fällen wurde der Übergang in den Aufschwung von gewaltigen Innovationsschüben getragen, z.B. nach 1929 durch die Umwälzung der chemischen und Elektroindustrie und durch die Fahrzeug-, Flugzeug- und Raumfahrtindustrie. Entsprechend soll daher die aktuelle Krise durch gezielte Innovationsförderung überwunden werden und hierfür soll Westberlin zum Testfall werden.

Es zeigt sich nämlich, daß die Produktionsstruktur keineswegs nur durch die Serienproduktion charakterisiert ist, sondern auch gerade solche Zweige z.T. in der Industrie und bereits stark in der Hochschulforschung vertreten sind, wo die größten Umwälzungen zu erwarten sind. Die Nachrichtentechnik ist ein Schwerpunkt der Westberliner Elektroindustrie, es laufen in Zusammenarbeit mit staatlichen Forschungsstellen Versuchsprojekte zum Kabelfernsehen, zum Glasfaserkabel, Videotext wird von Westberlin aus gesendet. In Zusammenhang hiermit wird die Umwälzung der Optikbranche gefördert, die außer der Glasfaserproduktion eine Schlüsselrolle in der Produktion größtintegrierter Schaltkreise einnehmen wird. Die im Bau befindliche Forschungsanlage BESSY soll zum Zentrum der westdeutschen Forschung über Integrierte Optik werden. In der Medizintechnik ist ein weiterer Schwerpunkt entstanden, es gibt fast 100 expandierende Mittelbetriebe auf diesem Gebiet. Schließlich ist absehbar, daß Ende des Jahrhunderts die Biotechnologie zur entscheidenden Wachstumsbranche wird. Durch bakterielle und Gärungsprozesse sollen chemische und Nahrungsmittelprodukte wesentlich verbessert und energiesparender hergestellt werden als von der Petrochemie. Eine Umwälzung der Agrar- und Umwelttechnik wird erwartet. In Westberlin finden sich für diesen Zweig zahlreiche Ausgangspunkte sowohl in der Pharmaindustrie (Schering) als in der Lebensmittelindustrie, wie auch in zahlreichen Forschungsinstituten. Weitere Möglichkeiten für neue Produktentwicklungen werden in Westberlin auf den Gebieten Baumaschinen, Verkehrstechnik (Omnibusentwicklung, automatischer U-Bahnbetrieb, eventuell Projekte für Kabinenbahn), Energietechnik gesehen.

Von der IHK und der CDU ist richtig erkannt worden, daß durch die Berlinförderung stärker als in der BRD bereits Mechanismen der Steuersenkung, Investitionsbezuschussung und Sonderabschreibungen durchgesetzt sind, die ganz der wirtschaftspolitischen Strategie der CDU entsprechen. Politisch setzt die CDU auf eine gewisse Demoralisierung der Arbeiterbewegung. Unter dem Druck der besonderen politischen Lage konnte sich in der Gewerkschaftsführung ein Berlin-Chauvinismus ausbreiten: Mit dem Argument, die Lebensfähigkeit der Stadt dürfe nicht gefährdet werden, konnten oft gewerkschaftliche Kämpfe abgestumpft werden. Während die sozialliberale Wirtschaftspolitik auf Bundesebene immer in Diskussionen über Investitionslenkung ausgearbeitet wurde, die von der CDU kritisiert wurden und an denen umgekehrt der DGB mit seinen Forderungen nach einem Beschäftigungsprogramm anknüpft, war die Wirtschaftspolitik der Westberliner SPD-Senate von der Berlinförderung geprägt, die ausschließlich die Unternehmerautonomie stärkte. Daher fällt es der Arbeiterbewegung jetzt so schwer, gegenüber dem CDU-Senat in die Initiative zu kommen, die äußerst geringe Beteiligung von jeweils knapp 2000 bei den DGB-Kundgebungen zu Polen und gegen die Arbeitslosigkeit zeigt das. Das Mißtrauen in der demokratischen Bewegung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung wird dadurch auch nicht gerade abgebaut.

Die CDU sieht daher eine einmalige Chance für ihre Politik. Wirtschaftssenator Pieroth möchte eine neue Gründerwelle anfachen und die Unternehmerinitiative neu beleben. In den neuen Wachstumsbranchen sollen die Mittelbetriebe gezielt gefördert werden. Dazu dient ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Finanziell werden sie unterstützt durch Sonderabschreibungen, durch Senatsbürgschaften und verbilligte Kredite (die ERP-Kredite kommen zu einem großen Teil der Berlinförderung zugute, 1979 lag der Zinsfuß bei 3,5% und die Laufzeit bis zu 10 Jahren, was erheblich günstiger ist als bei sonstigen Krediten). Technologisch wird ihnen durch besondere Beratungsstellen und eine verbesserte Zusammenarbeit mit der staatlichen Forschung geholfen. Eine Unterschätzung der Erfolgsaussichten dieser Konzeption wäre sicher verfehlt. In *weiteren Artikeln* soll eingeschätzt werden, wie diese Maßnahmen gegenüber den brennenden Problemen der Politik in Westberlin wie Energie- und Wohnungsversorgung oder Arbeitslosigkeit wirken werden und welche Gegenstrategien von der demokratischen Bewegung und in den Gewerkschaften diskutiert werden.

„Demokratische Programmierung“

Das Konzept der CGIL für ein Beschäftigungsprogramm in Italien

hah. „Der zentrale Punkt ... ist eine neue Politik zur Durchsetzung des Rechts auf Arbeit ... Alle fortschrittlichen Kräfte – an erster Stelle die Gewerkschaft – müssen in den nächsten Jahren die Frage der Beschäftigung und der Arbeitsqualität ins Zentrum ihrer programmatischen Aufmerksamkeit stellen: Im Kampf für die Ausdehnung der produktiven Basis ...; in der direkten Durchsetzung und Organisation einer neuen Nachfrage nach gesellschaftlich nützlicher Arbeit; in der Entscheidung für eine direkte und organisierte und damit innerhalb der Gewerkschaft zu verwirklichende Beziehung zu den großen Massen der Arbeitslosen, der Unterbeschäftigten, der Gelegenheitsarbeiter, der Jugendlichen, damit diese in erster Person an der Festlegung der Linie, der Entscheidungen, der Ziele der Gewerkschaft teilnehmen.“ So eine der „Thesen“, die auf dem Kongreß der CGIL (größter italienischer Gewerkschaftsverband, kommunistisch-sozialistisch) beschlossen wurde, der Ende November 1981 in Rom stattfand.

Italien hat inzwischen über 2 Millionen offiziell registrierte Arbeitslose; hinzu kommen 300000, die von ihren Unternehmen auf Dauer-Kurzarbeit gesetzt wurden. Und zwar betrifft die Krise nicht nur den Süden, sondern auch den hochindustrialisierten Norden. 1981 ging die Industrieproduktion um 2% zurück, das italienische Kapital nutzte die Lage zu umfangreichen Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen: Das Arbeitslosenheer wird weiter anwachsen.

Die CGIL will demgegenüber eine qualitative Veränderung des Akkumulationsprozesses durchsetzen. In bestimmten Bereichen – Energie, zukunftsorientierte Industriebranchen, Landwirtschaft, Transport, Umwelt, wissenschaftliche Forschung, Technologie – sollen die Produktivkräfte gezielt weiterentwickelt werden. In Süditalien soll eine integrierte Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie, sollen Infrastrukturprojekte (Versorgung mit Wasser, Methan) vorangetrieben, soll die kleine und mittlere Industrie unterstützt, sollen außerordentliche Pläne zur Mobilisierung von Arbeitskräften in Gang gesetzt werden. Die Dauer-Kurzarbeiter sollen „gesellschaftlich nützliche Arbeiten“ in den Kommunen übernehmen.

Forderungen dieser Art erheben die italienischen Gewerkschaften mindestens schon seit dem Beginn der 70er Jahre, wo angesichts der Lage im Süden, der Inflation und der sich bereits abzeichnenden Wirtschaftskrise ein „neues Entwicklungsmodell“ gefordert wurde. Das spezifisch Neue sind aber die institutionellen *Hebel*, mit denen jetzt die CGIL die Änderung des Akkumulationsprozesses durchsetzen

rungsmaßnahmen: Das Arbeitslosenheer wird weiter anwachsen.

Die CGIL will demgegenüber eine qualitative Veränderung des Akkumulationsprozesses durchsetzen. In bestimmten Bereichen – Energie, zukunftsorientierte Industriebranchen, Landwirtschaft, Transport, Umwelt, wissenschaftliche Forschung, Technologie – sollen die Produktivkräfte gezielt weiterentwickelt werden. In Süditalien soll eine integrierte Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie, sollen Infrastrukturprojekte (Versorgung mit Wasser, Methan) vorangetrieben, soll die kleine und mittlere Industrie unterstützt, sollen außerordentliche Pläne zur Mobilisierung von Arbeitskräften in Gang gesetzt werden. Die Dauer-Kurzarbeiter sollen „gesellschaftlich nützliche Arbeiten“ in den Kommunen übernehmen.

Forderungen dieser Art erheben die italienischen Gewerkschaften mindestens schon seit dem Beginn der 70er Jahre, wo angesichts der Lage im Süden, der Inflation und der sich bereits abzeichnenden Wirtschaftskrise ein „neues Entwicklungsmodell“ gefordert wurde. Das spezifisch Neue sind aber die institutionellen *Hebel*, mit denen jetzt die CGIL die Änderung des Akkumulationsprozesses durchsetzen

will und deren Erkämpfung auf dem Novemberkongreß zum Programm erhoben wurde.

Ein zentraler Hebel soll der Staat sein – bzw. er soll es *werden*, indem die bisher in den Händen unkontrollierbarer zentraler Bürokratien liegende „Programmierung“ dezentralisiert und einer demokratischen Kontrolle zugänglich gemacht wird, so daß auch auf regionaler und kommunaler Ebene eigenständige Entscheidungszentren entstehen, was eine entsprechende Staatsreform voraussetzt. Gerade auch auf diesen dezentralen Ebenen wird die Gewerkschaft in diese Entscheidungsprozesse eingreifen, mit eigenen, branchenübergreifenden Konzepten, mit eigenen demokratischen Strukturen, mit anerkanntem Verhandlungsrecht und mit allen Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes (also nicht im Sinne einer institutionalisierten „Mitbestimmung“).

Ein weiterer Hebel der „demokratischen Programmierung“ soll die gesetzliche Pflicht der Unternehmen sein – zumindest, wenn sie in irgendeiner Form öffentliche Zuschüsse, Krediterleichterungen usw. in Anspruch nehmen –, einen mehrjährigen prognostischen Unternehmensplan mit umfassenden und detaillierten Planzahlen (über die Produktions- und Vertriebsstrategie, über die Finanzpolitik) zu erstellen und diesen sowohl den staatlichen Planungsinstanzen als auch der Gewerkschaft vorzulegen. Diese kann gegen ihn Einspruch erheben und (mit ihren Kampfmitteln) u.U. eine Änderung erzwingen, ihn außerdem jährlich auf seine Durchführung überprüfen. Für die Gewerkschaft stellen diese Unternehmenspläne wiederum die Grundlage für eine effektive Einflußnahme auf die territoriale Wirtschaftsprogrammierung dar.

Als weiterer Hebel sollen Reformen der staatlichen Unternehmensbeteiligungen, des Systems der Investitionsanreize und -erleichterungen, der Exporterleichterungen, des Bank- und Kreditsystems, der Forschung, der Steuern, des Arbeitsmarkts usw. dienen.

Insgesamt strebt also die CGIL eine umfassende Kontrolle des gesamten Akkumulationsprozesses an, wobei sie die – entsprechend umgestalteten und dezentralisierten – staatlichen Programmierungsinstanzen als Instrument nutzen will.

Den Hintergrund bildet dabei die Erfahrung, die die italienische Gewerkschaftsbewegung in den 70er Jahren mit ihren Versuchen machte, auf die Wirtschaftsentwicklung Einfluß zu nehmen. 1976 wurde in allen Industriebranchen tarifvertraglich durchgesetzt, daß die betrieblichen Gewerkschaftsorgane, die Fabrikräte, Informationsrechte über die Investitions-, Produktions- und Beschäftigungsvorhaben der Unternehmen haben. Es gelang zwar den Gewerkschaften, mithilfe dieser Rechte in der Krise in einigen Fällen Massenentlassungen oder z.B. die Demontage von Zweigwerken im Süden zu verhindern, aber mehr auch nicht. Staatliche Branchenpläne, die in den Händen von zentralen Ministerialbürokratien waren, waren deshalb für die Gewerkschaft prinzipiell unkontrollierbar und ließen außerdem keinerlei branchenübergreifende, territoriale Wirtschaftsplanung zu.

Weiterhin – und hier übt die CGIL-Führung ausdrücklich Selbstkritik – gelang es der Gewerkschaft nicht, eine organische Einheit zwischen dem betrieblichen Kampf gegen die Ausbeutung und dem Kampf für eine andere Wirtschaftsentwicklung mit dem Ziel der Beschäftigungsausweitung herzustellen.

Das Ergebnis war, daß das gewerkschaftliche Konzept eines alternativen Entwicklungsmodells „unglaubwürdig“ wurde, weil es „sich in den Augen vieler Werktätiger in die Logik eines Geschäfts zwischen zu erbringenden Opfern und (mehr oder weniger unfaßbaren) Gegenleistungen transformierte“ (Prentin).

Woraus die CGIL heute die Konsequenz zieht, ihren erstrebten Einfluß z.B. auf die Kreditvergabe auch für Zugeständnisse der Unternehmen in Fragen der Arbeitsorganisation, der Arbeitsbedingungen usw. nutzen zu wollen.

Die teilweise antigewerkschaftliche Spitze der Arbeitslosen-Kämpfe in Neapel, der Erfolg der „autonomen“ Gewerkschaften, der antigewerkschaftliche Marsch von 40000 Technikern, Vor- und Facharbeitern in Turin im Oktober 1980 sind alarmierende Anzeichen dafür, daß die Gewerkschaft eine bewußte Politik zur Vereinheitlichung der gesamten Klasse verfolgen muß. Eine solche Strategie „kann Einheit und Synthesis nur auf der höchsten Ebene suchen: in einem Projekt der gesellschaftlichen Veränderung, das positiv dem Bedürfnis nach Beteiligung und Macht entspricht, die von den dynamischsten Kräften der Arbeiterbewegung ausgeht. Unter den gegenwärtigen Bedingungen sind die Ziele der Klasseneinheit und das Projekt der Veränderung der Wirtschaftsorganisation voneinander untrennbar“ (Lama). Deshalb sieht die CGIL – mit Recht – angesichts der kapitalistischen Krise keine Alternative zu dem gewerkschaftlichen Zugriff auf den Akkumulationsprozeß.

Resolution zur Programmierung und industriellen Demokratie (10. CGIL-Kongreß, Auszüge)

Der 10. CGIL-Kongreß
– betont, daß die Krise der Akkumulation nicht auf die reine Frage der Verfügbarkeit von Finanzmitteln zurückführbar ist, sondern in erster Linie die Bildungs- und Verwendungsweise der realen Ressourcen und damit die Charakteristika der Produktionsstruktur des Landes betrifft;
– bekräftigt, daß der Wiederaufschwung der Entwicklung heute an die Ausdehnung der produktiven Basis gebunden ist; an einen neuen Wachstumstyp, der den aus der Welt der Arbeit kommenden Bedürfnissen nach einer anderen Lebensqualität, nach Beteiligung und Hegemonie („protagonismo“) entspricht; an eine Wirtschaftspolitik, die die strukturellen Ursachen der Inflation durch eine tiefgehende Umstrukturierung der Produktionsstruktur und der Dienstleistungen angeht;
– er hält deshalb die Antworten auf die Krise des öffentlichen Eingreifens in die Wirtschaft für nicht akzeptabel und falsch, die ihn zu vermindern und die gesellschaftlichen Funktionen des Staates zu reduzieren suchen.

Der 10. CGIL-Kongreß
– betont, daß die Erfolglosigkeit der von der Gewerkschaftsbewegung verfolgten Reformpolitik und der enttäuschende Ausgang der Programmierungspolitik, der seit dem 9. Kongreß bis heute versucht wurde, in der Ablehnung durch die Unternehmer und die konservative Politik begründet sind, aber auch in der Trennung von strate-

der realen Ressourcen und damit die Charakteristika der Produktionsstruktur des Landes betrifft;
– bekräftigt, daß der Wiederaufschwung der Entwicklung heute an die Ausdehnung der produktiven Basis gebunden ist; an einen neuen Wachstumstyp, der den aus der Welt der Arbeit kommenden Bedürfnissen nach einer anderen Lebensqualität, nach Beteiligung und Hegemonie („protagonismo“) entspricht; an eine Wirtschaftspolitik, die die strukturellen Ursachen der Inflation durch eine tiefgehende Umstrukturierung der Produktionsstruktur und der Dienstleistungen angeht;
– er hält deshalb die Antworten auf die Krise des öffentlichen Eingreifens in die Wirtschaft für nicht akzeptabel und falsch, die ihn zu vermindern und die gesellschaftlichen Funktionen des Staates zu reduzieren suchen.
Der 10. CGIL-Kongreß
– betont, daß die Erfolglosigkeit der von der Gewerkschaftsbewegung verfolgten Reformpolitik und der enttäuschende Ausgang der Programmierungspolitik, der seit dem 9. Kongreß bis heute versucht wurde, in der Ablehnung durch die Unternehmer und die konservative Politik begründet sind, aber auch in der Trennung von strate-

gischer Ausarbeitung und Forderungspraxis, wie sie in diesem Jahr in der Gewerkschaft vorherrschte;
– ... bekräftigt, daß die demokratische Programmierung die in Italien einzig mögliche Alternative zur Krise der keynesianischen Politik, zur Stagnation der Produktivkräfte und zur korporativen Segmentierung der Gesellschaft darstellt (die durch die Inflation und Repression verschärft wird);
– bekräftigt, daß die Programmierung eine Gesamtheit von Entscheidungen, Zielen und Instrumenten der bewußten Lenkung der Ökonomie und der Gesellschaft ist, deren Festlegung und Durchführung die größtmögliche Ausdehnung der demokratischen Beteiligung der organisierten Werktätigen an der Kontrolle der Unternehmen, der Branchen- und Territorialpolitik der öffentlichen Strukturen und Apparate der Wirtschaftspolitik erfordert; ...
– fordert die Notwendigkeit, die vorhandenen Instrumente der Branchenpolitik grundlegend zu verbessern und sie mit einer klaren Bestimmung der „horizontalen“ Instrumente der Entwicklungsplanung zu verbinden: mit einer Politik der Forschung, der technologischen Innovation und der Arbeitsorganisation;
– Programmierung der öffentlichen Nachfrage;
– ist der Auffassung, daß eine Staatsreform eine neue, aktive Arbeitspolitik und die Entwicklung von Formen der Arbeiter-Selbstverwaltung in Unternehmen und im Territorium drei grundlegende Angelpunkte der gewerkschaftlichen Initiative für die Demokratisierung der Ökonomie und die Dezentralisierung der Programmierungspolitik darstellen.

Der 10. CGIL-Kongreß
– betont, daß die Programmierung einen zusammenhängenden Eingriff in die Wirtschaftspolitik und die institutionelle Strategie erfordert. Die Reform der institutionellen Mechanismen der Wirtschaftslenkung (Parlament, Regionen, lokale Autonomien, Exekutive usw.) als wesentliches Element einer Staatsreform ist erforderlich, um die Demokratie in der Gesellschaft und im politischen Bereich zu erweitern;
– ... fordert eine eindeutigere Bestimmung des Verhältnisses zwischen regionaler und nationaler Programmierung. Die Beteiligung der Regionen an der Bestimmung der allgemeinen Entwicklungsziele setzt voraus, daß sie auch aufgrund einer Bewertung der auf territorialer Ebene vorhandenen Möglichkeiten, Fähigkeiten und Bedürfnisse festgelegt werden. Auch auf regionaler Ebene und unterhalb von ihr muß es effektive Leitungsinstanzen für die Industrie- und Arbeitspolitik geben, wenn auch im Rahmen ihrer notwendigen nationalen Koordinierung;
– hält es für eine reale demokratische Wirksamkeit der Programmierungspolitik für unerläßlich, daß die öffentliche Verwaltung wieder auf produktive und effiziente Weise funktioniert. Die organisatorische Effizienz der öffentlichen Verwaltung ist untrennbar von

Der 10. CGIL-Kongreß
– betont, daß die Programmierung einen zusammenhängenden Eingriff in die Wirtschaftspolitik und die institutionelle Strategie erfordert. Die Reform der institutionellen Mechanismen der Wirtschaftslenkung (Parlament, Regionen, lokale Autonomien, Exekutive usw.) als wesentliches Element einer Staatsreform ist erforderlich, um die Demokratie in der Gesellschaft und im politischen Bereich zu erweitern;
– ... fordert eine eindeutigere Bestimmung des Verhältnisses zwischen regionaler und nationaler Programmierung. Die Beteiligung der Regionen an der Bestimmung der allgemeinen Entwicklungsziele setzt voraus, daß sie auch aufgrund einer Bewertung der auf territorialer Ebene vorhandenen Möglichkeiten, Fähigkeiten und Bedürfnisse festgelegt werden. Auch auf regionaler Ebene und unterhalb von ihr muß es effektive Leitungsinstanzen für die Industrie- und Arbeitspolitik geben, wenn auch im Rahmen ihrer notwendigen nationalen Koordinierung;
– hält es für eine reale demokratische Wirksamkeit der Programmierungspolitik für unerläßlich, daß die öffentliche Verwaltung wieder auf produktive und effiziente Weise funktioniert. Die organisatorische Effizienz der öffentlichen Verwaltung ist untrennbar von

der Effizienz der Institutionen, was die Neuordnung des Kabinettsvorsitzes der Ministerien einschließt; die Reform der lokalen Autonomieordnung; die Umstrukturierung der öffentlichen Einrichtungen; die Beachtung der Autonomie und der Verantwortung der selbständigen Unternehmen; die dringende Verabschiedung des Rahmengesetzes für den Öffentlichen Dienst; eine Revision und Beschleunigung des Verwaltungsverfahrens und der Kontrollen ...;
– verpflichtet die CGIL mit der CISL und UIL, um den Abzug der Gewerkschafts- und Arbeiterrepräsentanten aus den Verwaltungsräten der Ministerien, der öffentlichen Unternehmen und Institute in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Generalrats der CGIL im Oktober 1979 zu verwirklichen. Und zwar zu dem Zweck, um jede Form einer zweideutigen Präsenz der Gewerkschaft in der öffentlichen Verwaltung auszuschalten und so zu einem System der klaren und durchsichtigen Konfrontation zu gelangen;
– ist der Auffassung, daß die Gesamtanlage der Branchenplanung vor allem im Hinblick auf die Wirksamkeit der vorhandenen Instrumente für finanzielle Anreize überprüft werden muß, wobei die realen Anreize dergestalt zu verstärken sind, daß die Programmierung tatsächlich auf das Kreditsystem bei der Zuweisung von Ressourcen an die Unternehmen und Branchen einwirken kann;
– bekräftigt die Notwendigkeit, das Kredit- und Finanzsystem neu zu strukturieren und zu organisieren, besonders im Hinblick auf mittel- und langfristige Kredite, um so die Verwendung der finanziellen Ressourcen an genau definierte Ziele zu binden und diese Verwendung und den Mechanismus der Ergebniskontrolle transparent zu machen;
– bekräftigt die zentrale Aufgabe der institutionellen, organisatorischen und finanziellen Neuordnung der Unternehmen mit Staatsbeteiligungen im Prozeß der Demokratisierung der Wirtschaft, damit diese eine Führungsrolle in der industriellen Entwicklung des Südens und in den strategischen und innovativen Bereichen der italienischen Wirtschaft übernehmen.

Der 10. CGIL-Kongreß
– betont, daß der Beginn der Verhandlungen mit den staatlichen Instanzen vorbereitet und beglaubigt werden muß durch Begegnungen mit den Parteien und mit den zuständigen parlamentarischen Organen, um die Zustimmung der repräsentativsten politischen Kräfte zu den gewerkschaftlichen Zielsetzungen zu sichern und zu fördern. Die gewerkschaftliche Initiative darf sich außerdem nicht nur in der Verhandlungsphase mit der Exekutive ausdrücken und erschöpfen, sondern muß sich explizit und direkt auch auf die Frage erstrecken, in der die gesetzlichen und verwaltungstechnischen Regelungen erarbeitet werden, die für die

dung der finanziellen Ressourcen an genau definierte Ziele zu binden und diese Verwendung und den Mechanismus der Ergebniskontrolle transparent zu machen;
– bekräftigt die zentrale Aufgabe der institutionellen, organisatorischen und finanziellen Neuordnung der Unternehmen mit Staatsbeteiligungen im Prozeß der Demokratisierung der Wirtschaft, damit diese eine Führungsrolle in der industriellen Entwicklung des Südens und in den strategischen und innovativen Bereichen der italienischen Wirtschaft übernehmen.
Der 10. CGIL-Kongreß
– betont, daß der Beginn der Verhandlungen mit den staatlichen Instanzen vorbereitet und beglaubigt werden muß durch Begegnungen mit den Parteien und mit den zuständigen parlamentarischen Organen, um die Zustimmung der repräsentativsten politischen Kräfte zu den gewerkschaftlichen Zielsetzungen zu sichern und zu fördern. Die gewerkschaftliche Initiative darf sich außerdem nicht nur in der Verhandlungsphase mit der Exekutive ausdrücken und erschöpfen, sondern muß sich explizit und direkt auch auf die Frage erstrecken, in der die gesetzlichen und verwaltungstechnischen Regelungen erarbeitet werden, die für die

Umsetzung der betroffenen Vereinbarungen unerläßlich sind;
– ist der Auffassung, daß die großen und tiefgehenden Umstrukturierungsprozesse, von denen die Produktionsstruktur erfaßt ist, eine erhebliche Erneuerung der traditionellen Formen der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht im Unternehmen und im Territorium notwendig machen;
– bekräftigt die in dem Vorschlag des Unternehmensplans enthaltene Notwendigkeit – in Verbindung mit dem Ausbau der Informationsrechte –, „vorbereitende“ Momente der Auseinandersetzung über die mittel- und langfristigen unternehmerischen Strategien in allen Produktions- und Dienstleistungsbereichen zu schaffen, um einen Rahmen systematischer Gewißheiten über die Tarifverhandlungen an den Arbeitsstätten und die Programmierungspolitik der öffentlichen Einrichtungen zu schaffen;
– ... bekräftigt außerdem die Notwendigkeit, schleunigst mit den Unternehmerverbänden und in Verbindung mit den Regionen und dem System der lokalen Selbstverwaltungen territoriale Instanzen mit uneingeschränkter Verhandlungshoheit durchzusetzen: über die Arbeitsmobilität; die Politik der Berufsausbildung und der Arbeitszeitverteilung; über die Beschäftigungsprobleme der kleinen Unternehmen; über die Entwicklungsprobleme der Zonen-, Bezirks- und Regionalebene, über die Probleme der Dezentralisierung der Produktion und der territorialen „Ausstattung“, usw.

Der 10. CGIL-Kongreß
– betont, daß ein grundlegender Aspekt der Demokratisierung der Wirtschaft in der Entwicklung eines Selbstverwaltungsprozesses besteht, im Sinne einer Politik, die den Kampf zur Ausdehnung neuer Formen der assoziierten Arbeit in der Produktion, in den Dienstleistungen und in der Landwirtschaft (ausgehend von den Erfahrungen mit dem kooperativen Gebrauch der öffentlichen Ländereien); den Kampf zur Ausweitung von Momenten der Selbstverwaltung der Werktätigen im Unternehmen; den Kampf zur Vervielfachung neuer Formen der Arbeitsorganisation in der öffentlichen Verwaltung, der Industrie, der Landwirtschaft und den Dienstleistungen zusammenfaßt;

(...)
– betont stattdessen, daß die Selbstverwaltung eine gewerkschaftliche Grundentscheidung sein muß, um die Organisation der Arbeit (auch in kooperativen Unternehmen) und des sozialen Lebens zu verändern, um für die Werktätigen neue reale Möglichkeiten der Entscheidung der beruflichen Selbständigkeit und der Beteiligung zu erkämpfen.

Der 10. CGIL-Kongreß
– bekräftigt seine Ablehnung jedes korporativen Modells der Wirtschaftslenkung und erneuert sein Engagement dafür, daß die Werktätigen eine direk-

Wirtschaft in der Entwicklung eines Selbstverwaltungsprozesses besteht, im Sinne einer Politik, die den Kampf zur Ausdehnung neuer Formen der assoziierten Arbeit in der Produktion, in den Dienstleistungen und in der Landwirtschaft (ausgehend von den Erfahrungen mit dem kooperativen Gebrauch der öffentlichen Ländereien); den Kampf zur Ausweitung von Momenten der Selbstverwaltung der Werktätigen im Unternehmen; den Kampf zur Vervielfachung neuer Formen der Arbeitsorganisation in der öffentlichen Verwaltung, der Industrie, der Landwirtschaft und den Dienstleistungen zusammenfaßt;
(...)
– betont stattdessen, daß die Selbstverwaltung eine gewerkschaftliche Grundentscheidung sein muß, um die Organisation der Arbeit (auch in kooperativen Unternehmen) und des sozialen Lebens zu verändern, um für die Werktätigen neue reale Möglichkeiten der Entscheidung der beruflichen Selbständigkeit und der Beteiligung zu erkämpfen.
Der 10. CGIL-Kongreß
– bekräftigt seine Ablehnung jedes korporativen Modells der Wirtschaftslenkung und erneuert sein Engagement dafür, daß die Werktätigen eine direk-

te Protagonisten-Rolle im Prozeß der Demokratisierung der Wirtschaft übernehmen;
– ... bekräftigt die gewerkschaftliche Absicht, zur Beschäftigungsentwicklung im Süden durch die Förderung von Formen selbstverwalteter Arbeit beizutragen ...;
– hält deshalb ... die Erarbeitung eines einheitlichen Vorschlags der Föderation CGII-CSL-UIL für möglich, der der Konsultation der Arbeiter zu unterbreiten ist und die Bildung eines nationalen Fonds für assoziierte und koordinierte Arbeit in den Südregionen vorsieht, der von dem direkten und freiwilligen Beitrag der abhängig Beschäftigten getragen wird und in der Anlaufphase durch staatliche Mittel ergänzt und in öffentlichen Organen durch die zentralen Kooperativen verwaltet wird, auf der Grundlage eines mit der Gewerkschaftsbewegung vereinbarten Programms.

Der 10. CGIL-Kongreß
– lenkt deshalb die Aufmerksamkeit der Werktätigen und aller gewerkschaftlichen Strukturen auf die Notwendigkeit, die Unklarheiten der Vergangenheit zu überwinden und eine einheitliche Masseninitiative zur Verwirklichung des vorgeschlagenen Unternehmensplans voranzubringen. Das Land braucht eine kräftige Demokratisierung der Strukturen des Staats und der Wirtschaftslenkung, und der Vorschlag eines Unternehmensplans impliziert den Neuaufschwung einer Beteiligung von unten, nicht nur an den Unternehmensplänen, sondern auch an der nationalen und territorialen Programmierung ...



Ulm. Nach 18 Streiktagen ging am Donnerstag der letzten Woche der Streik bei Videocolor zu Ende. Die Arbeiter sahen keine Möglichkeit mehr im Kampf und der Weiterführung des Streiks die Schließung des Betriebes zu verhindern. In einer 16 Stunden dauernden Verhandlungsrunde unter Leitung des Stuttgarter Bezirksleiters Franz Steinkühler wurde ein Ergebnis vereinbart, dem die Belegschaft mehrheitlich zugestimmt hat. Der jetzt festgelegte Sozialplan sieht die Zahlung von 29,5 Mio. DM vor, im Durchschnitt etwa 19000 DM pro Beschäftigten. Bis Mitte März wird die Produktion fortgeführt, dann die Arbeiter entlassen, die Angestellten werden zum 30. Juni gekündigt. Die Streikzeit wird voll bezahlt, Maßregelungen für die Streikenden sind ausgeschlossen. Die von Späth angekündigte „Ersatzproduktion" dürfte leeres Gerede bleiben.

Interessante Tarifpolitik in der Holzindustrie

Gezielter Einsatz von Urabstimmung, Warnstreik und Streik schafft der GHK Spielraum im Tarifkampf

acm. Die Tarifkampfpolitik der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in den letzten Wochen und Monaten ist nicht ohne Phänomen. An relativ vielen Fronten hat sie in den letzten Wochen Tarifkämpfe durchgeführt, in denen sie oft die Kapitalisten zu Abschlüssen von 4 bis über 5% zwingen konnte, meist mit dem Mittel des Warnstreiks, oftmals reichte schon die schnelle Einleitung der Urabstimmung nach dem Schlichtungsverfahren.

Und das alles bei einer nicht unkomplizierten Lage in bezug auf die Tarifgebiete. Denn in der Holz- und holzverarbeitenden Industrie und im Handwerk gibt es eine Unmenge von Tarifbereichen, bis hin zu einer Masse von Haustarifen bei größeren Firmen.

Zwar mußten bei den Abschlüssen in der letzten Zeit oftmals gegliederte Lohnerhöhungen (häufig 3 – 4% zum 1.1. und weitere 1 – 2% zum 1.6. oder 1.7.) akzeptiert werden, auf den Ecklohn berechnet ergaben die Erhöhungen aber meist über 60 oder 70 Pfg., bei Stundenlöhnen bis zu 13 DM.

Was sich zeigt ist, daß es der GHK relativ gut gelingt, in den ja nicht großen Tarifgebieten oder Belegschaften, die Mitgliedschaft in den Tarifkämpfen zu mobilisieren und vor allem durch schnelle Urabstimmung und Warnstreik effektive Wirkung auf die Kapitalisten zu erzielen.

Ein gutes Beispiel für diese Kampfform, die die GHK praktiziert, war auch der Streik in der Holzindustrie Baden-Württembergs.

Schon im September 1981 wurde eine Forderung von 7,5% beschlossen, im November boten die Kapitalisten 1,5% an, eine weitere Verhandlung im Dezember erbrachte ein Angebot von 2%. Kurz vor Weihnachten lag der erste Schlichtungsspruch vor: Ab 1.1. 3,15%, ab 1.4. 1,72% = 4,9%. Die Kapitalisten lehnten den Vorschlag zweimal ab, die GHK wollte ihn annehmen. Nach der Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Kapitalisten war die Friedenspflicht zum 31.12. abgelaufen, es herrschte tarifloser Zustand.

Zur 5. Verhandlungsrunde am 15.1. leitete die GHK gleichzeitig die Urabstimmung für den unbefristeten Streik ein, führte in 42 Betrieben mit 5000 Arbeitern bis zu achtstündige Warnstreiks durch und erreichte bei der Urabstimmung 83,4 Prozent für Streik. Schon ab 18.1. ging es dann in den unbefristeten Streik, worauf die Kapitalisten durch die Zusagen von „freiwilligen" 4,2% den Arbeitskampf zu unterlaufen suchten. Die GHK verfolgte daraufhin die Taktik: Ausweitung des Streiks auf weitere Betriebe. Am 20.1. waren 11 Betriebe mit 3000 Beschäftigten im Streik, am 21.1. 23 Betriebe mit 4500 Beschäftigten und am 22.1. 25 Betriebe mit 4600 Beschäftigten. Dabei war die gezielte Streiktaktik schon vorher in örtlichen „Streikschulungen" vorbereitet worden.

Auf Seminaren wurde Ziel, Möglichkeiten und Einsatz im Streik besprochen und so gelang es auch dort zu streiken, wo schon seit 30 Jahren keine Streiks mehr stattgefunden hatten. So wurden auch gezielt die Möbelwerke Hund in Wolfach und Biberach bestreikt, weil deren Besitzer Vorsitzender des südbadischen Arbeitgeberverbandes Holz und Kunststoff ist und sein Bruder dem tarifpolitischen Ausschuß angehört. 42 von 52 Arbeitern streikten, blockierten die Ausfahrt des Werkes, um eine weitere Auslieferung zu verhindern. Hund drohte mit polizeilicher Räumung der Sperre – setzte sine Drohung aber nicht in die Tat um. Noch am Freitag wurde dann der Streik auf die Freiburger Firma „Fortschritt" ausgedehnt.

Jedenfalls waren die Kapitalisten schon am 22.1. weichgestreik, ein Angebot von 4,7% für Arbeiter, 4,6% für Angestellt, zum 1.1. lag auf dem Tisch. Von einer gefächerten Lohnerhöhung war nichts mehr übrig. Am 25.1. hatte die GHK die Ausweitung des Streiks auf 6600 Streikende vornehmen wollen, teilweise konnte sie Streiks an diesem Montagmorgen gar nicht mehr rückgängig machen, sondern diese wurden erst mit der Einleitung der Urabstimmung am 25. und 26.1. beendet.

Daß in der Urabstimmung 58% für die Annahme stimmten, zeigt, daß es auch noch Arbeiter gab, die auch ein Weiterstreiken für einen höheren Abschluß für richtig hielten. Vielleicht hätte noch mehr dringesessen. Trotzdem muß man aber auch bei diesem Abschluß der GHK bescheinigen, daß sie tarifpolitische „Leitlinien" für 1982 schon weitgehend durchbrochen hat. Ein gutes Beispiel, wie in kleinen Bereichen erfolgreich gekämpft werden kann.



Sitzwachenstreik an den Freiburger Unikliniken

ag.Freiburg. Aufgrund der jüngsten Sparbeschlüsse der Landesregierung Baden-Württemberg wurde (rückwirkend zum 1.1.82) der Etat der Uniklinik Freiburg für Sitzwachen und Aushilfen um 52% von 5,9 Mio. auf 2,9 Mio. DM gekürzt. Bereits im vergangenen Jahr war dieser Etat um 0,5 Mio. DM überschritten worden, da im Zuge der Kostendämpfungspolitik infolge mangelnder Planstellen für examiniertes Pflegepersonal ein wesentlicher Anteil der medizinischen Versorgung und Betreuung der Patienten von sog. Sitzwächtern geleistet werden mußte, die zum Großteil Medizinstudenten sind und zu geringerem Lohn und nur bei Bedarf eingestellt werden. Die Folgen dieser drastischen Etatkürzung betreffen in erster Linie die Patienten, deren Versorgung nicht mehr zu gewährleisten ist; die Arbeit des Pflegepersonals soll noch weiter intensiviert werden und den Sitzwächtern selbst wird bei gleichzeitigen BAföG-Kürzungen die Existenzgrundlage entzogen. Auf einer Vollversammlung der Sitzwächter war daher beschlossen worden, die Uniklinik vom 25. – 30.1. unter folgenden Forderungen zu bestreiken: Rücknahme der 52%igen Etatkürzung; mindestens Beibehaltung des bisherigen Zustands, der sich nach den pflegerischen Notwendigkeiten richtete; Bereitstellung der nötigen Mittel auf Landesebene, wobei Umverteilungen nicht zu Lasten der Bereiche Kultus und Soziales gehen dürften. Der Streik wurde von einem Großteil der Pflegekräfte sowie der ÖTV, den Grünen und der Bunten Liste unterstützt. Die Streikwoche konnte weitgehend erfolgreich durchgeführt werden, obwohl die Uniklinik Repressalien angedroht und versucht hatte, über die Jobvermittlung ungelernte Arbeitskräfte als Streikbrecher einzusetzen. Eine zweite Vollversammlung beschloß am 29.1., obwohl eine Erfüllung der Forderungen nicht hatte durchgesetzt werden können, den Streik zu beenden, weil eine inzwischen zu große Anzahl von Arbeitswilligen eine Fortführung des Streiks unmöglich mache. Der Kanzler der Universität, Sieburg, teilte mit, eine Verminderung der Kürzung sei keinesfalls zu erwarten, eher ein „noch stärkerer Aderlaß". Da der Sitzwachenetat so nicht durchzuhalten sei, werde den einzelnen Kliniken künftig ein Betrag zur Verfügung gestellt, mit dem entweder Bücher und Geräte oder aber auch weitere Sitzwachen finanziert werden könnten; der alte Zustand werde aber in keinem Falle wiederhergestellt.

Mit einer Unterschriftensammlung und weiteren Aktionen wollen die Sitzwächter den Öffentlichkeitsdruck gegen die Kostendämpfungsmaßnahmen verstärken. Weitere Maßnahmen werden nötig sein, um eine Weiterbeschäftigung derer zu erreichen, die sich an dem Streik beteiligt hatten und daher nicht mehr eingestellt werden sollen.

ag.Freiburg. Aufgrund der jüngsten Sparbeschlüsse der Landesregierung Baden-Württemberg wurde (rückwirkend zum 1.1.82) der Etat der Uniklinik Freiburg für Sitzwachen und Aushilfen um 52% von 5,9 Mio. auf 2,9 Mio. DM gekürzt. Bereits im vergangenen Jahr war dieser Etat um 0,5 Mio. DM überschritten worden, da im Zuge der Kostendämpfungspolitik infolge mangelnder Planstellen für examiniertes Pflegepersonal ein wesentlicher Anteil der medizinischen Versorgung und Betreuung der Patienten von sog. Sitzwächtern geleistet werden mußte, die zum Großteil Medizinstudenten sind und zu geringerem Lohn und nur bei Bedarf eingestellt werden. Die Folgen dieser drastischen Etatkürzung betreffen in erster Linie die Patienten, deren Versorgung nicht mehr zu gewährleisten ist; die Arbeit des Pflegepersonals soll noch weiter intensiviert werden und den Sitzwächtern selbst wird bei gleichzeitigen BAföG-Kürzungen die Existenzgrundlage entzogen. Auf einer Vollversammlung der Sitzwächter war daher beschlossen worden, die Uniklinik vom 25. – 30.1. unter folgenden Forderungen zu bestreiken: Rücknahme der 52%igen Etatkürzung; mindestens Beibehaltung des bisherigen Zustands, der sich nach den pflegerischen Notwendigkeiten richtete; Bereitstellung der nötigen Mittel auf Landesebene, wobei Umverteilungen nicht zu Lasten der Bereiche Kultus und Soziales gehen dürften. Der Streik wurde von einem Großteil der Pflegekräfte sowie der ÖTV, den Grünen und der Bunten Liste unterstützt. Die Streikwoche konnte weitgehend erfolgreich durchgeführt werden, obwohl die Uniklinik Repressalien angedroht und versucht hatte, über die Jobvermittlung ungelernte Arbeitskräfte als Streikbrecher einzusetzen. Eine zweite Vollversammlung beschloß am 29.1., obwohl eine Erfüllung der Forderungen nicht hatte durchgesetzt werden können, den Streik zu beenden, weil eine inzwischen zu große Anzahl von Arbeitswilligen eine Fortführung des Streiks unmöglich mache. Der Kanzler der Universität, Sieburg, teilte mit, eine Verminderung der Kürzung sei keinesfalls zu erwarten, eher ein „noch stärkerer Aderlaß". Da der Sitzwachenetat so nicht durchzuhalten sei, werde den einzelnen Kliniken künftig ein Betrag zur Verfügung gestellt, mit dem entweder Bücher und Geräte oder aber auch weitere Sitzwachen finanziert werden könnten; der alte Zustand werde aber in keinem Falle wiederhergestellt.

Mit einer Unterschriftensammlung und weiteren Aktionen wollen die Sitzwächter den Öffentlichkeitsdruck gegen die Kostendämpfungsmaßnahmen verstärken. Weitere Maßnahmen werden nötig sein, um eine Weiterbeschäftigung derer zu erreichen, die sich an dem Streik beteiligt hatten und daher nicht mehr eingestellt werden sollen.

durch schnelle Urabstimmung und Warnstreik effektive Wirkung auf die Kapitalisten zu erzielen.

Ein gutes Beispiel für diese Kampfform, die die GHK praktiziert, war auch der Streik in der Holzindustrie Baden-Württembergs.

Schon im September 1981 wurde eine Forderung von 7,5% beschlossen,

war die gezielte Streiktaktik schon vorher in örtlichen „Streikschulungen" vorbereitet worden.

Auf Seminaren wurde Ziel, Möglichkeiten und Einsatz im Streik besprochen und so gelang es auch dort zu streiken, wo schon seit 30 Jahren keine Streiks mehr stattgefunden hatten. So wurden auch gezielt die Möbelwerke

schluß für richtig hielten. Vielleicht hätte noch mehr dringesessen. Trotzdem muß man aber auch bei diesem Abschluß der GHK bescheinigen, daß sie tarifpolitische „Leitlinien" für 1982 schon weitgehend durchbrochen hat. Ein gutes Beispiel, wie in kleinen Bereichen erfolgreich gekämpft werden kann.



Lokomotivführer weiter im Streik

Englische Regierung hält 2. Novelle eines Gewerkschaftsgesetzes im Anschlag

acm. In der vierten Woche hält nun der Streik der Lokführer in Großbritannien an. Die Gewerkschaft der Lokomotivführer führt sonntags und mittwochs/donnerstags jeweils Streikaktionen durch, die Eisenbahnbehörde ist jetzt ihrerseits dazu übergegangen, 50000 bis 65000 Eisenbahnarbeiter, vornehmlich der Gewerkschaften NUR und TSSA, auszusperren. Gleichzeitig machte sie eine große Anzeigenkampagne in den Sonntagszeitungen für flexiblen Schichteinführungen. Diese von der ASLEF abgelehnten flexiblen Schichten sollen, wie nun bekannt wurde, ca. 4000 Lokführer einsparen helfen, was die Streikfront der ASLEF im Grunde nur weiter gefestigt hat. Am Dienstag hat es die Gewerkschaft abgelehnt, sich an einer gemeinsamen Kommission zur Untersuchung des Schichtsystems zu beteiligen.

Mit den Aussperrungen hatte die Eisenbahnbehörde wohl vor, die anderen Eisenbahnarbeiter gegen den Streik der ASLEF aufzubringen. Augenscheinlich entwickelt sich die Lage aber im Moment anders, denn es werden nun wilde Streikaktionen seitens der Mitglieder von NUR und TSSA gemeldet. Solidaritätsadressen liegen vor. Bislang hat das Festhalten der Eisenbahnbehörde an dem flexiblen Schichtsystem sie 36 Mio. Pfund gekostet, durch die Aussperrung soll pro Sonntag 1,75 Mio. Pfund einbehalten werden.

Bei Auseinandersetzungen im British Leyland-Werk Bathgate, Schottland, ist nach 8tägiger Besetzung durch 3500 Arbeiter ein Gerichtsurteil ergangen, welches die Aufhebung der Besetzung erzwang. Die Arbeiter, die mit der Besetzung die Entlassung von 1360 von ihnen verhindern wollten, sind nun in einen unbefristeten Streik getreten. Ein Vertrauensleutesprecher nach dem Urteil: „Dies bedeutet Streik statt der Besetzung, aber es wird weiterhin unmöglich sein, Produktionsanlagen abzutransportieren." Die Geschäftsleitung will nämlich die Produktion von Traktoren aus dem Werk auslagern, die Gewerkschaft hatte die Produktion von zwei neuen Traktormodellen vorgeschlagen.

Auch in dem British Leyland-Werk Lancashire geht der Streik von 8400 Arbeitern gegen die Entlassung von 1855 weiter. Zur „Sanierung" will der Konzern bis 1983 insgesamt 9000 Arbeiter rausschmeißen.

Auch in der letzten Woche hat nun der Arbeitsminister Norman Tebbit eine zweite Novelle zur „Gewerkschaftsreform" vorgelegt. In der Vorlage – die bis zum Sommer verabschiedet werden soll – geht es insbesondere um die Schadensersatzpflicht der Gewerkschaften und Zwangsgelder gegen den „Closed shop".

Bei „ungesetzlichen" Streiks sollen Gewerkschaften auf dem Wege der Zivilklage durch den betroffenen Kapitalisten zu Schadenersatz von bis zu 250000 Pfund, gestaffelt nach der Größe der Gewerkschaft, verurteilt werden können. Als „ungesetzlich" werden politische Streiks, Sympathie- und Unterstützungsstreiks für ausländische Gewerkschaften behandelt. Bezüglich der „ungesetzlichen" Streiks gilt nach dem neuen Gesetz für die Kapitalisten die Möglichkeit: Gruppen von Streikenden innerhalb von vier Tagen zu kündigen.

Die bestehenden „Closed-shop"-Vereinbarungen (rd. 6 Mio. Beschäftigte sind erfaßt) sollen zukünftig in Abständen von 5 Jahren von mindestens 80% der Belegschaft gebilligt werden. Eine Schadensersatzpflicht anteilig für Kapitalisten und Gewerkschaften wird eingeführt, die Nichtgewerkschaftsmitglieder bei Entlassungen geltend machen können. Im Baugewerbe soll die Möglichkeit, den Kapitalisten die Beschäftigung von Gewerkschaftsmitgliedern vorzuschreiben, gesetzlich beseitigt werden.

TUC-Generalsekretär Len Murray zum Gesetzesvorhaben: „Es wird wie alle vorangegangenen Gesetzesvorhaben zur Regelung der Arbeitsbeziehungen auf dem Schrotthaufen landen."

UAW bricht Verhandlungen mit General Motors ab

kvz. „Lohnopfer sollen US-Autos billiger machen", so hatte uns die Presse kürzlich mitgeteilt. Von einem ungewöhnlichen Ereignis war die Rede. Jetzt hat die amerikanische Automobilarbeitergewerkschaft UAW die Verhandlungen mit General Motors abgebrochen, mit Ford will sie allerdings weiter um Lohnsenkungen gegen Beschäftigungsgarantie verhandeln. Mit General Motors soll erst wieder im September verhandelt werden, wenn der reguläre Tarifvertrag ausläuft. Das ist ein wichtiger Erfolg des „Reformflügels" der Gewerkschaft, der die Zugeständnisse an die Kapitalisten von Anfang an abgelehnt hatte. Turbulent war es bereits auf einer Funktionärsversammlung am 8. Januar in Chicago zugegangen. Aber mit massiven Einschüchterungsversuchen konnte sich die Gewerkschaftsführung nochmals durchsetzen. Eine Woche später trafen sich etwa 150 UAW-Aktivisten um den „Independent Skilled Trades Council" (ISTC), einer Oppositionsgruppe in der UAW, in Flint zur Beratung. An dem Treffen beteiligten sich auch einige bekannte Funktionäre, die bisher nichts mit der Gewerkschaftslinken zu tun hatten, die aber in jedem Fall die Lohnzugeständnisse verhindern wollten. Vorletzten Samstag lag dann nur noch eine knappe Mehrheit (2227:1694) von Gewerkschaftsdelegierten einer Fortsetzung der Verhandlungen zugestimmt (bei Ford soll das Verhältnis 6:1 gewesen sein). Letzten Mittwoch demonstrierten „UAW-Funktionäre gegen Zugeständnisse", die sich in Flint zusammengeschlossen hatten, vor dem Verhandlungslokal, die UAW-Führung mußte die Verhandlungen abbrechen.

4000 demonstrierten gegen Arbeitslosigkeit

kvz.Bremen. „Finanzierung von Arbeitsplätzen ist besser als Finanzierung von Arbeitslosigkeit". Unter diesem Motto hatte der DGB-Bremen zum 2.2.81 zu einer Demonstration und Kundgebung aufgerufen. Ca. 4000 beteiligten sich. Der Bezirksleiter der Gewerkschaft IG Bau Steine Erden, Friederich, forderte eine Bodenreform, niedrige Zinssätze im Wohnungsbau, Mittel für den Bau von mehr Sozialwohnungen, den Ausbau der Fernwärmeversorgung und der Verkehrswege als Maßnahmen gegen 200000 Arbeitslose im Bremer Baugewerbe. Die IG-Metall-Bevollmächtigte Weinkauf verlangte ein Werft- und Reedereihilfeprogramm und den Ausbau des Airbus-Programms. Der Bezirksleiter der DPG, Kurt van Haaren, sprach für den Öffentlichen Dienst. Er hob hervor, daß durch die Sparmaßnahmen im Öffentlichen Dienst die Dienstleistungen vorrangig für den Arbeitnehmer betroffen seien. Gegen die Belastung des Kleinen Mannes und gegen Lohnverzicht, für Besteuerung der Reichen wurden die Finanzierungsvorschläge des DGB vorgetragen.

Schwierigkeiten des DGB mit der ‚hundertfachen Solidarität‘

Nur wenig große Aktionen Berührungsängste und Regierungslob





acm. So traurig es ist, aber die ,,hundertfache Solidarität" des DGB war keineswegs ein Ruhmesblatt in punkto Unterstützung des Kampfes der polnischen Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaft ,,Solidarność". Ein Pressesprecher des DGB sprach von 40000 Teilnehmern auf Kundgebungen und Demonstrationen. Nun besitzen wir nur einen beschränkten Überblick, aber die Erhebungen von über 40 Orten in der BRD und Westberlin lassen einen solchen Schluß keineswegs zu, eröffnen vielmehr einen Einblick in die häufig desolate Lage in punkto Mobilisierung und Durchführung von Kundgebungen und Demonstrationen.

Eher noch in manchen kleineren Großstädten kam es zu Teilnehmerzahlen bis zu 500 oder ein wenig darunter. Darunter Aachen, Braunschweig, Mönchengladbach. Eine Ausnahme nur Osnabrück mit 3000 Teilnehmern bei einer Demonstration.

In den größten Städten dagegen vergleichsweise geringe Zahlen: Hamburg (1000), Bremen (600–700). In Berlin, Hannover und Frankfurt hatte der DGB gleich gar nicht zu Aktionen aufgerufen, in Hannover mit dem Argument, der 30.1. – Hitlers Tag der Machtergreifung – sei ja für solche Aktionen erst recht nicht angebracht. Uns bekannt noch eine gute Aktion der IGM in Unna: 14000 Metaller legten im Bereich der Geschäftsstelle in den Betrieben für 3 bis 10 Minuten die Arbeit nieder.

Mancher Gewerkschaftssprecher wollte ,,Reagans Aktionen" für schlechte Beteiligung, ja Diskreditierung des Aufrufs des DGB verantwortlich machen. Aber daran ist nur ein Quentchen Wahrheit und dann auch noch in einem etwas erweiterten Zusammenhang.

In der Hauptsache liegen die Faktoren in der politischen Propaganda und Begründung des DGB selber. Der Tag der ,,hundertfachen Solidarität" hatte von Anbeginn etwas den Geruch einer bürokratisch verordneten Kampagne – und hat ihn nicht verloren. Zu großen Unterstützungsaktionen war der DGB zuvor nicht übergegangen. Raum wurde der Rechten ja auch durch mangelnde politische und praktische Unterstützung in den letzten Monaten gelassen, so daß manches jetzt wie eiliger Nachholbedarf wirken mußte. Die Bekundungen des DGB liefen zum großen Teil auf die tatkräftige Unterstützung der Positionen der Bundesregierung hinaus und viele sahen die kommenden Aktionen nur als ein Alibi gegen die Propaganda der Rechten und Reaktionäre in der Bundesrepublik, als weitere Unterstützung der Regierungshaltung.

Dies bestätigte sich auch bei den Reden von Vetter und Kluncker in Mülheim und Stuttgart, bei verabschiedeten Resolutionen auf der DGB-Landesbezirkskonferenz NRW in Dortmund und ihrer anschließenden Verabschiedung auf der Veranstaltung in Mülheim. Überall war von den Hoffnungen auf die Entspannungspolitik, auf die ,,neue Ostpolitik" der Bundesregierung in den letzten 10 Jahren, die Rede und daß man diese Politik nun fortsetzen müsse. Eine Logik, die ja gerade an den Realitäten in Polen ihre Schranken findet.

Offensichtlich ist, daß mit einer solchen Politik praktisch der Rechten das Feld überlassen wird, die in die offene Wunde langt und auf die Sowjetunion zeigt. Und genau die Taten der Sowjetunion fehlten sehr häufig in den Referaten und Kundgebungsreden. Bei Vetter kein Wort, nur Kluncker war es, der in seinem Referat Afghanistan erwähnte, der die Sowjetunion angriff und dann in diesem Rahmen noch Analysen über die Frage von freien Gewerkschaften vorbrachte mit dem Gegensatz von Rosa Luxemburg und Lenin. Die konkrete Kritik der Sowjetunion gilt ansonsten als Feld der Rechten, der Antikommunisten und ,,Kalten Krieger". Nur, ohne die konkrete Kritik des Sozialimperialismus und die umfassende Unterstützung der polnischen Arbeiterklasse bleibt die Sache ein Feld der Rechten, bleiben Arbeiterbewegung und Linke faktisch bewegungsunfähig.

Mal abgesehen davon, daß die DKP, wo sie nur konnte, wo sie überhaupt nur ein Mandat in einer Einzelgewerkschaft, einem Vorstand, einer Ortsverwaltung oder sonstwo hatte, geblockt hat, gibt es bis weit in die sozialdemokratischen *linken* Gewerkschaftsfunktionäre eine Berührungsangst mit der Propaganda der Rechten, daß sie die Solidarität mit dem polnischen Volk förmlich wie eine heiße Kartoffel fallen lassen. Insoweit mag Reagans Propaganda ihre Wirkung gehabt haben, sozusagen als negative Abschreckung. Ein Argument ist das deswegen noch lange nicht.

Der Hintergrund vieler nicht stattgefundener Aktivitäten, nicht verteilter Flugblätter und abgelehnter Kundgebungen und Demonstrationen in Orts- und Kreisvorständen ist nur mit den brüchigen Hoffnungen der linken Personen auf ,,real-sozialistische" Entwicklung einerseits und der schon hysterischen Furcht vor ,,Unterschätzung der Rechten", der Untaten der USA in El Salvador usw., die jetzt schon fast zur Ausrede werden, zu erklären. Auf einer solchen Basis läßt sich aber manches ersticken, wo es im Gegenteil auf die Aktionen der Gewerkschaftsbewegung ankäme. Zudem ist augenscheinlich die Furcht allein vor der *Diskussion* dieser politischen Fragen, der politischen Entwicklung der Kräfteverhältnisse, des Gangs der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung, sehr groß, mal abgesehen vom Dunkelmännertum der DKP selbst. Ohne eine solche ist aber natürlich auch die Unterstützung der polnischen Arbeiterbewegung in Konsequenz fast gar nicht möglich, gerade weil sie noch einmal die Entwicklung so in Bewegung gebracht hat, schroff Fragen aufgeworfen hat. Auch diese Seite der politischen Lage in den Gewerkschaften und der in ihr befindlichen Linken ist wohl entscheidend für die bislang zu kurz gekommene ,,hundertfache Solidarität" mit Solidarność.

Schwerpunktdemonstration in Köln

An der Schwerpunktdemonstration in Köln, zu der neben den Komitees und Initiativen ,,Solidarität mit Solidarność" die Grünen, Jungsozialisten, BBU, Basisgruppen, Russell-Initiativen sowie SB, GIM, KBW u.a. aufgerufen hatten, nahmen knapp über 1000 Menschen teil. Einen großen Block innerhalb der Demonstration bildeten auch in der BRD lebende Polen und Afghanen. Die Teilnahme der Jungsozialisten allerdings war, bis auf ihren Redner Willi Piecyk, kaum sichtbar. Für die Grünen sprach auf der Schlußkundgebung Petra Kelly, daneben Ingo Lehmann (Hauptvorstand der IG Drupa), Rudolf Bahro sowie ein Vertreter der tschechoslowakischen Opposition und ein in Dortmund lebender Journalist aus Polen.



Der öffentliche Dienst
geh. ,,Der Staat, das sind die Dienstleistungen ohne die heute niemand auskommen kann." Schaut man sich die Verteilung des Personals im öffentli- wurde mit einer starken Ausdehnung des Aufsichtspersonals im Bereich des höheren Dienstes erkauft. Dies ist besonders stark im Bereich der Länder,
Mio. Gesamt 4 Der öffentliche Dienst nach Aufgabenbereichen 01 Personalverteilung
Schwerpunktdemonstration in Köln
An der Schwerpunktdemonstration in Köln, zu der neben den Komitees und Initiativen ,,Solidarität mit Solidarność" die Grünen, Jungsozialisten, BBU, Basisgruppen, Russell-Initiativen sowie SB, GIM, KBW u.a. aufgerufen hatten, nahmen knapp über 1000 Menschen teil. Einen großen Block innerhalb der Demonstration bildeten auch in der BRD lebende Polen und Afghanen. Die Teilnahme der Jungsozialisten allerdings war, bis auf ihren Redner Willi Piecyk, kaum sichtbar. Für die Grünen sprach auf der Schlußkundgebung Petra Kelly, daneben Ingo Lehmann (Hauptvorstand der IG Drupa), Rudolf Bahro sowie ein Vertreter der tschechoslowakischen Opposition und ein in Dortmund lebender Journalist aus Polen.



wähnte, der die Sowjetunion angriff und dann in diesem Rahmen noch Analysen über die Frage von freien Gewerkschaften vorbrachte mit dem Gegensatz von Rosa Luxemburg und Lenin. Die konkrete Kritik der Sowjetunion gilt ansonsten als Feld der Rechten, der Antikommunisten und ,,Kalten Krieger". Nur, ohne die konkrete Kritik des Sozialimperialismus und die umfassende Unterstützung der polnischen Arbeiterklasse bleibt die Sache ein Feld der Rechten, bleiben Arbeiterbewegung und Linke faktisch bewegungsunfähig.
Mal abgesehen davon, daß die DKP, wo sie nur konnte, wo sie überhaupt nur ein Mandat in einer Einzelgewerkschaft, einem Vorstand, einer Ortsverwaltung oder sonstwo hatte, geblockt hat, gibt es bis weit in die sozialdemokratischen linken Gewerkschaftsfunktionäre eine Berührungsangst mit der Propaganda der Rechten, daß sie die
zur Ausrede werden, zu erklären. Auf einer solchen Basis läßt sich aber manches ersticken, wo es im Gegenteil auf die Aktionen der Gewerkschaftsbewegung ankäme. Zudem ist augenscheinlich die Furcht allein vor der Diskussion dieser politischen Fragen, der politischen Entwicklung der Kräfteverhältnisse, des Gangs der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung, sehr groß, mal abgesehen vom Dunkelmännertum der DKP selbst. Ohne eine solche ist aber natürlich auch die Unterstützung der polnischen Arbeiterbewegung in Konsequenz fast gar nicht möglich, gerade weil sie noch einmal die Entwicklung so in Bewegung gebracht hat, schroff Fragen aufgeworfen hat. Auch diese Seite der politischen Lage in den Gewerkschaften und der in ihr befindlichen Linken ist wohl entscheidend für die bislang zu kurz gekommene ,,hundertfache Solidarität" mit Solidarność.

Der öffentliche Dienst

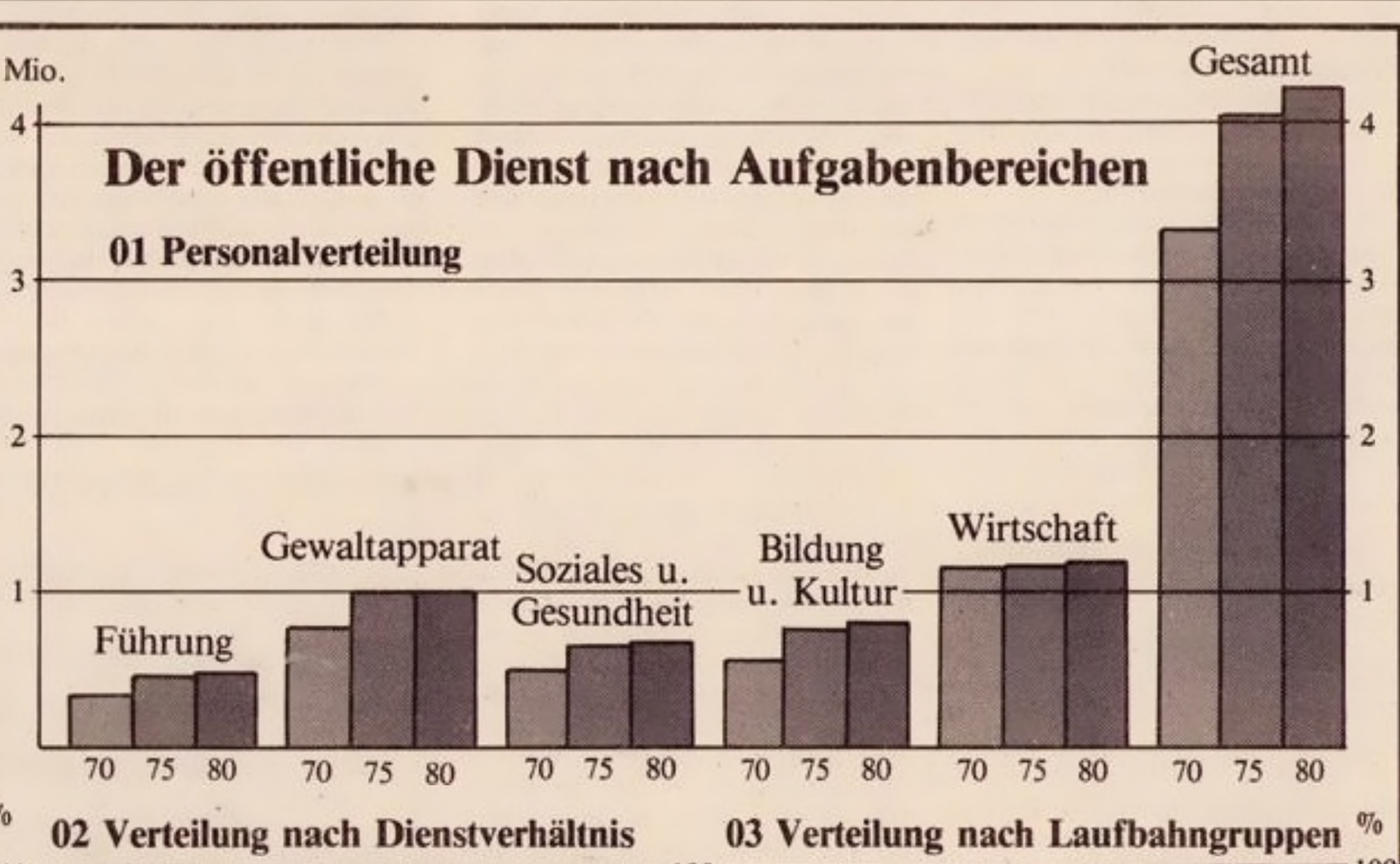
geh. ,,Der Staat, das sind die Dienstleistungen ohne die heute niemand auskommen kann." Schaut man sich die Verteilung des Personals im öffentlichen Dienst nach Aufgabenbereichen an, so sind 1,5 Millionen in Bereichen der gesellschaftlichen Reproduktion tätig: Soziales, Gesundheit und Bildung. Bei aller Bürokratie, die diese Tätigkeiten heute auszeichnet, diese Tätigkeiten müßten auch in anderen Gesellschaften gesellschaftlich erledigt werden. Anders sieht es mit den Tätigkeiten von weiteren 1,5 Millionen aus, die in der Führung und im Gewaltapparat arbeiten. Sie machen den eigentlichen klassischen Staatsapparat aus: Regierungen, obere Behörden, Finanzen, Polizei, Bundeswehr, andere Formationen des staatlichen Gewaltapparats sowie die Justiz und ihre Anstalten. Von beiden unterschieden ist der dritte Bereich. Hier übernimmt der Staat wirtschaftliche Aufgaben. Er produziert Energie, Wasser, Transportleistungen und Leistungen in der Nachrichtenübermittlung. Sie werden sowohl von den Lohnabhängigen konsumiert um sich zu reproduzieren – wie auch von den Kapitalisten, die diese Waren und Dienste als notwendiges Element der Produktion benötigen.

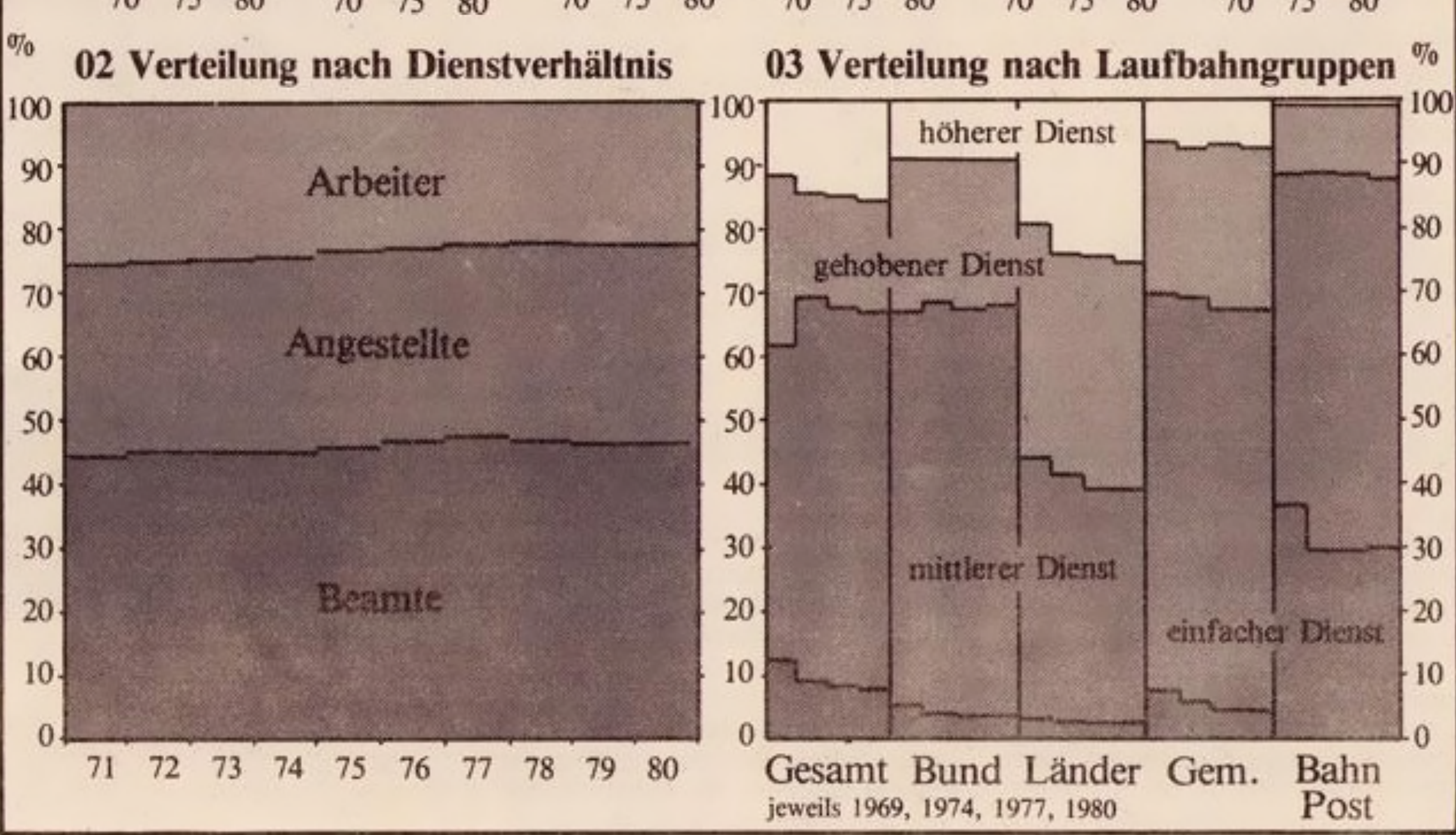
Im Zuge der sozialliberalen Reformpolitik wurden die Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion zu Anfang stark ausgebaut. – Hier ist den Kapitalisten heute an einer schlichten Beschneidung dieser Tätigkeiten gelegen. Der Bereich, dessen Waren in ihre Produktion als Kosten eingehen, aber unverzichtbar sind, muß wohlfeiler produzieren. Hier war das Mittel eine immense Rationalisierung. So hat dieser Bereich denn auch zahlenmäßig nicht zugenommen. (Schaubild 1)

Die Beherrschung des ausgedehnten staatlichen Reproduktionsapparates wurde mit einer starken Ausdehnung des Aufsichtspersonals im Bereich des höheren Dienstes erkauft. Dies ist besonders stark im Bereich der Länder, aber auch der Gemeinden. (Schaubild 3) Aber auch die staatlichen Gewaltorgane wurden in dieser Zeit ausgedehnt. Der Rückgang des einfachen Dienstes entspricht dem Wegfall der einfachen Tätigkeiten zugunsten komplizierter und damit einer Ausweitung des mittleren und gehobenen Dienstes. Der Bereich der wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates, wo produziert wird, unterscheidet sich nur gering in der betrieblichen Arbeitsteilung von der eines großen Industriebetriebes. So unterscheidet sich auch die hierarchische Gliederung nur wenig von der eines großen Industriebetriebes: viel einfache und qualifizierte Tätigkeit, entsprechend dem einfachen, mittleren und gehobenen Dienst und einem 1% starken Management an der Spitze, dem höheren Dienst.

Den vergangenen Bundesregierungen ist es gelungen, fast der Hälfte der Staatsbeschäftigten wesentliche Rechte vorzuenthalten und sie unter einem besonderen Kuratell zu halten: sie sind Beamte. (Schaubild 2) Nach den Überlegungen des Bundesinnenministers soll dieser Bereich weiter ausgedehnt werden, gerade dort wo bisher noch wenige Beamte die ,,Leistungen des Staates sichern".

Die Unterschiede zwischen den Aufgaben und der Lage spiegeln sich auch im unterschiedlichen Organisationsgrad wider. Es zeigt sich, daß die Bahn- und Postgewerkschaft, obwohl schon hoher Organisationsgrad, diesen noch weiter steigern konnten. Ähnlich ist dies bei der Polizei. Niedrig und stagnierend ist der Organisationsgrad im übrigen öffentlichen Dienst.





Die Probleme mit einer neuen Lohnstruktur in der Druckindustrie

Mit dem Einfangen der übertariflichen Zahlung in den Tarif wird eine Spreizung von 80 bis 130% entstehen und das Problem der Eingruppierung auf Betriebsräte und Vertrauensleute zukommen

hef.Frankfurt. Im Tarifkampf in der Druckindustrie soll dieses Jahr zweigleisig vorgegangen werden. Neben der Erhöhung des Ecklohnes steht die Lohnstruktur zur Verhandlung. Die Tarifkommission folgte damit dem Auftrag des Gewerkschaftstages von 1980.

Eine Neuformulierung der Lohnstruktur wurde aus mehreren Gründen notwendig: Die übertariflichen Zulagen haben sich – insbesondere bei den Fachkräften – immer mehr von dem tariflich abgesicherten Lohn entfernt (siehe Schaubild). Ein vorzügliches Operationsfeld für die Druckkapitalisten, um gegebenenfalls die nicht abgesicherten Zahlungen zu streichen.

Weiteres Problem: Die beiden über dem Facharbeiterecklohn liegenden Lohngruppen der Korrektoren (107,5%) und Maschinensetzer (120%) werden im Zuge der neuen Technik ausgedünnt. Bei der Arbeit an rechnergesteueren Textsystemen tritt bei den Setzern der Angestelltentarifvertrag in Kraft.

Und bei den Hilfskräften gelten Tätigkeitsmerkmale, die den gegenwärtigen Produktionsbedingungen längst nicht mehr entsprechen. Bundesweit ergibt sich derzeit bei den Hilfskräften folgende Eingruppierung:

Lohngruppe I 6,2%
Lohngruppe II 16,2%
Lohngruppe III 19,8%
Lohngruppe IV..............12,8%
Lohngruppe V 45,0%

Die überwiegende Zahl der weiblichen Hilfskräfte ist in der Lohngruppe I (74% des Ecklohns) bis Lohngruppe III (83,5% des Ecklohns) eingruppiert. Das Tätigkeitsmerkmal der Lohngruppe IV (86% des Ecklohns) „körperlich schwere Arbeit" bewirkt, daß die meisten Frauen bislang in den untersten Lohngruppen hängenbleiben.

Darüberhinaus senkt die Altersstaffelung (Lohnminderung bei den unter 21jährigen) den Lohn bei knapp 5% der Hilfskräfte zusätzlich.

Die Ausbildungsvergütung ist zu niedrig. Bezogen auf den Facharbeiterecklohn liegt sie derzeit im ersten Ausbildungjahr bei 23,1% und erhöht sich

dem Facharbeiterecklohn liegenden Lohngruppen der Korrektoren (107,5%) und Maschinensetzer (120%) werden im Zuge der neuen Technik ausgedünnt. Bei der Arbeit an rechnergesteueren Textsystemen tritt bei den Setzern der Angestelltentarifvertrag in Kraft.

Und bei den Hilfskräften gelten Tätigkeitsmerkmale, die den gegenwärtigen Produktionsbedingungen längst nicht mehr entsprechen. Bundesweit ergibt sich derzeit bei den Hilfskräften folgende Eingruppierung:

Lohngruppe I 6,2%
Lohngruppe II 16,2%
Lohngruppe III 19,8%
Lohngruppe IV..............12,8%
Lohngruppe V 45,0%

Die überwiegende Zahl der weiblichen Hilfskräfte ist in der Lohngruppe I (74% des Ecklohns) bis Lohngruppe III (83,5% des Ecklohns) eingruppiert. Das Tätigkeitsmerkmal der Lohngruppe IV (86% des Ecklohns) „körperlich schwere Arbeit" bewirkt, daß die meisten Frauen bislang in den untersten Lohngruppen hängenbleiben.

Darüberhinaus senkt die Altersstaffelung (Lohnminderung bei den unter 21jährigen) den Lohn bei knapp 5% der Hilfskräfte zusätzlich.

Die Ausbildungsvergütung ist zu niedrig. Bezogen auf den Facharbeiterecklohn liegt sie derzeit im ersten Ausbildungjahr bei 23,1% und erhöht sich
bis zum dritten Ausbildungsjahr nur auf 35,5%. Seit langem fordert die Jugend im Übereinstimmung mit Gewerkschaftsbeschlüssen, daß die Ausbildungsvergütung 50% des Facharbeiterecklohns beträgt.

Unterschiedliche Vorstellungen

Dem Gewerkschaftstag 1980 lagen zur Neuformulierung der Lohnstruktur bezüglich der Qualifikation und Eingruppierung der Facharbeiter gegensätzliche Anträge vor. Der Antrag des Landesbezirks Nordrhein-Westfalen sah eine generelle Öffnung für alle in der Druckindustrie beschäftigten Facharbeiter – nach 5 Tätigkeitsjahren – auf 120% vor. Der Antrag des Landesbezirkes Hessen sprach sich ausdrücklich gegen eine Vereinheitlichung des Facharbeiterlohns aus. Und zwar mit folgendem Argument: „Alle Tendenzen zur Vereinheitlichung des Lohngefüges nach oben bergen die Gefahr in sich, auf Kosten der höheren Löhne zu gehen und eine Umverteilung innerhalb der Lohngruppen anstelle einer Umverteilung von Gewinn und Lohn herbeizuführen ... Wir können unter unseren gesellschaftlichen Bedingungen nicht über die Tarifpolitik den unterschiedlichen Wert der Arbeitskraft aufheben, sondern müssen einer zunehmenden Differenzierung entgegenwirken."

Der jetzt von der Tarifkommission beschlossene und dem Kapitalistenverband zur Verhandlung vorgelegte Lohnstrukturvorschlag (siehe Übersicht) ist nun eine Mischung von beidem. Zum einen nimmt er den fließenden Übergang im Gegensatz zum jetzigen starren System der drei Facharbeitergruppen auf, zum anderen enthält er keine Vereinheitlichung der Facharbeitergruppen, sondern ein System von Tätigkeitsmerkmalen und Tätigkeitsjahren. Insoweit werden natürlich im Grunde mehr Lohngruppen geschaffen (wegen der Tätigkeitsjahre).

Auf alle Fälle für die Hilfskräfte, bringt der Vorschlag deutliche Verbesserungen. Für eine Hilfskraft, die bisher in der Lohngruppe 2 eingestuft war, erhöht sich, wenn sie bereits drei Jahre in der Druckindustrie tätig war, der tariflich abgesicherte Stundenlohn von 9,89 DM auf 10,64 DM. Für die Arbeiterin, die bisher in der LG 3 festsaß, besteht die Möglichkeit der höheren Eingruppierung, da die Voraussetzung „körperlich schwere Arbeit" zu Höhergruppierung entfällt. Im vierten Tätigkeitsjahr wären bei entsprechender Anforderung an die Arbeit statt 10,45 DM jetzt 12,52 DM tariflich abgesichert.

Auch das 1. Gehilfenjahr nach abgeschlossener Facharbeiterprüfung – mit derzeit lediglich 89% vom Facharbeiterecklohn – entfällt. Zahlung des vollen Facharbeiterecklohnes bedeutet so eine effektive Lohnerhöhung.

Problematisch wird die Angelegenheit allerdings bei den Fachkräften. Sicher, ein größerer Teil des Lohns wird tariflich abgesichert werden können. Aber der Lohnstrukturvorschlag schafft durch die Festschreibung von Tätigkeitsmerkmalen Komponenten des „unterschiedlichen Werts der Arbeitskraft" bei der Facharbeitertätigkeit in Form von drei verschiedenen Qualifikations- und Arbeitsanforderungen. Damit wird es Schwierigkeiten geben. Schwierigkeiten, wie sie in der alten Struktur für die Druckindustrie so nicht vorhanden waren, weil sie sich schlicht nach der erlernten Tätigkeit richteten: „1. Facharbeiter 100%, 2. Korrektoren 107,5%, 3. Maschinensetzer 120%. Die unter 1. aufgeführten Tariflöhne gelten für alle Facharbeiter der Druckindustrie, soweit sie nicht unter 2. und 3. fallen, die eine ordnungsgemäße Gehilfenprüfung angelegt haben." So wie hier das Problem der Eingruppierung ausgeschlossen war, allerdings bei starrer Abgrenzung der einzelnen Facharbeiter voneinander, so wird die Eingruppierung der Facharbeiter jetzt problematischer werden. Zwar sollen die von der Taifkommission vorgeschlagenen Eingruppierungsmerkmale so beschaffen sein, „daß sie zum einen nicht durch die technische Entwicklung alsbald wieder überholt sind, zum anderen durch abstrakte Beschreibungen möglichst einheitliche große Gruppen schaffen", aber wo wird denn nun der Drucker eingruppiert, der mal als zweiter Drucker an der Vierfarbenmaschine arbeitet, das andere mal selbst eine Maschine führt und dann ja wohl alleine die „Verantwortung für Betriebsmittel oder Arbeitsablauf oder Arbeitsprodukt" (LG 6) trägt? Sollen etwa die Handwerker – z.B. die Betriebselektriker – in die unterste Facharbeiterlohngruppe? Von deren technischen Kenntnissen, sprich „höheren Anforderungen an Selbständigkeit oder Abstraktionsvermögen" hängt es oftmals ab, ob ein Maschinenstillstand eine Stunde oder eine ganze Schicht dauert.

Die neue Lohnstruktur wird also letztlich zu vielen Einzelverhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitungen führen, Arbeitsgerichtsprozesse bringen usw. Die geschlossene Kraft einer Abteilung ode einer Belegschaft wird sich in solchen Verhandlungen schwer einsetzen lassen.

Will man sich im weiteren die Möglichkeit weiterer Angleichung innerhalb der Beschäftigten der einzelnen Lohngruppen – z.B. durch Festgeldbestandteile beim Lohnabschluß bzw. überproportionale Berücksichtigung Beschäftigter unterer Lohngruppen – nicht verbauen, so muß der Lohnstrukturvorschlag für solche Maßnahmen offen sein, etwa durch jährliche

überholt sind, zum anderen durch abstrakte Beschreibungen möglichst einheitliche große Gruppen schaffen", aber wo wird denn nun der Drucker eingruppiert, der mal als zweiter Drucker an der Vierfarbenmaschine arbeitet, das andere mal selbst eine Maschine führt und dann ja wohl alleine die „Verantwortung für Betriebsmittel oder Arbeitsablauf oder Arbeitsprodukt" (LG 6) trägt? Sollen etwa die Handwerker – z.B. die Betriebselektriker – in die unterste Facharbeiterlohngruppe? Von deren technischen Kenntnissen, sprich „höheren Anforderungen an Selbständigkeit oder Abstraktionsvermögen" hängt es oftmals ab, ob ein Maschinenstillstand eine Stunde oder eine ganze Schicht dauert.

Die neue Lohnstruktur wird also letztlich zu vielen Einzelverhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitungen führen, Arbeitsgerichtsprozesse bringen usw. Die geschlossene Kraft einer Abteilung ode einer Belegschaft wird sich in solchen Verhandlungen schwer einsetzen lassen.

Will man sich im weiteren die Möglichkeit weiterer Angleichung innerhalb der Beschäftigten der einzelnen Lohngruppen – z.B. durch Festgeldbestandteile beim Lohnabschluß bzw. überproportionale Berücksichtigung Beschäftigter unterer Lohngruppen – nicht verbauen, so muß der Lohnstrukturvorschlag für solche Maßnahmen offen sein, etwa durch jährliche
Kündbarkeit des *Lohnschlüssels*. Entsprechende Beschlüsse sind innerhalb der IG Druck und Papier auch bereits gefaßt.

Die Durchsetzungsprobleme

Die Erfahrung der IG Druck und Papier mit der Durchsetzung einer neuen Lohnstruktur in der papierverarbeitenden Industrie zeigte, daß einiges an betrieblichem Druck bis hin zur zentalen Demonstration in Köln nötig war, um zum Abschluß zu kommen. In noch stärkerem Maß wird dies für die Druckindustrie gelten. Die Änderungen in der Tätigkeitsbeschreibung für das Hilfspersonal reißt für die Kapitalisten liebgewordene Höhergruppierungsschranken ein, sie kostet sie effektiv Profit. Zum anderen würde die tarifliche Absicherung eines bis zu 30% höheren Teils des Lohns bei den Fachkräften das Operationsfeld der übertariflichen Lohnbestandteile erheblich einschränken. Alles gewichtige Gründe, daß die Kapitalisten versuchen werden auf Stur zu schalten.

Beratung innerhalb der Mitgliedschaft über die zur Verhandlung anstehende neue Lohnstruktur (zumal sie ohne Diskussion in der Mitgliedschaft von der Tarifkommission beschlossen wurde), Vorbereitung auf langwierige Auseinandersetzungen, ist nötig. Nur so kann auch verhindert werden, daß in den kommenden Verhandlungen wichtige Abstriche gemacht werden. Denn das zweigleisige Vorgehen im Tarifkampf darf nicht dazu führen, daß

sten liebgewordene Höhergruppie-

Forderung zur Ausbildungsvergütung

Ausbildungsjahr %-Staffel zum monatlichen Facharbeiterecklohn
1. Ausbildungsj. 50% abzügl. 200 DM
2. Ausbildungsj. 50% abzügl. 100 DM
3. Ausbildungsj. 50% d. Facharbeiterecklohns
nach Vollendung d. 3. Ausb.ja. 50% zuzügl. 100 DM

rungsschranken ein, sie kostet sie effektiv Profit. Zum anderen würde die tarifliche Absicherung eines bis zu 30% höheren Teils des Lohns bei den Fachkräften das Operationsfeld der übertariflichen Lohnbestandteile erheblich einschränken. Alles gewichtige Gründe, daß die Kapitalisten versuchen werden auf Stur zu schalten.

Beratung innerhalb der Mitgliedschaft über die zur Verhandlung anstehende neue Lohnstruktur (zumal sie ohne Diskussion in der Mitgliedschaft von der Tarifkommission beschlossen wurde), Vorbereitung auf langwierige Auseinandersetzungen, ist nötig. Nur so kann auch verhindert werden, daß in den kommenden Verhandlungen wichtige Abstriche gemacht werden. Denn das zweigleisige Vorgehen im Tarifkampf darf nicht dazu führen, daß
mit Rücksicht auf den Lohnstrukturvorschlag von der Tarifkommission Zugeständnisse bei der Durchsetzung der Lohnforderung gemacht werden.

Forderung zur Ausbildungsvergütung

Ausbildungsjahr	%-Staffel zum monatlichen Facharbeiterecklohn
1. Ausbildungsj.	50% abzügl. 200 DM
2. Ausbildungsj.	50% abzügl. 100 DM
3. Ausbildungsj.	50% d. Facharbeiterecklohns
nach Vollendung d. 3. Ausb.ja.	50% zuzügl. 100 DM

forderung zur lohnstruktur

qualifikation	arbeitsanforderungen	gruppe	%-staffel
	Einfache hilfstätigkeiten ohne besondere vorkenntnisse bis zu einem tätigkeitsjahr in der druckindustrie	1	75%
Ohne berufsausbildung. Lediglich kenntnisse und fertigkeiten aufgrund einer anweisung oder einweisung	Hilfstätigkeiten allgemeiner art ohne spezielle anforderungen	2	1. + 2. Tj.* 80% 3. + 4. Tj. 85% ab 5. Tj. 90%
Vorkenntnisse oder aufgabenbezogene unterweisung oder einarbeitung, aber ohne einschlägige berufsausbildung	Hilfstätigkeiten, die genauigkeit und aufmerksamkeit erfordern, sowie mit begrenzter verantwortung	3	1.–3. Tj. 95% ab 4. Tj. 100%
Abgeschlossene einschlägige berufsausbildung oder gleichgestellter abschluß oder gleichwertige berufserfahrung	Fachtätigkeiten allgemeiner art ohne spezielle anforderungen	4	1. + 2. Tj. 100%** 3. + 4. Tj. 105% ab 5. Tj. 110%
Neben gr. 4 erweiterte fachkenntnisse	Fachtätigkeiten mit anforderungen an selbständigkeit oder abstraktionsvermögen oder kooperationsfähigkeit	5	1. + 2. Tj. 115% ab 3. Tj. 120%
Neben gr. 4 zusätzliche fachkenntnisse	Fachtätigkeiten mit höheren anforderungen an selbständigkeit oder abstraktionsvermögen oder kooperationsfähigkeit oder mit verantwortung für betriebsmittel oder arbeitsablauf oder arbeitsprodukt	6	1. + 2. Tj. 125% ab 3. Tj. 130%

* Tj. = tätigkeitsjahr
** entspricht der 100%-stufe der derzeit gültigen lohnstruktur

Mitgliederversammlung der IG Druck Frankfurt: Solidarität mit Solidarność

m. Frankfurt. Solidarität mit Solidarność war der zweite Tagesordnungspunkt der Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier, die im ersten Teil die Forderungen und Anträge zum Tarifkampf befaßte und verabschiedete (10 %, 220 DM mindestens).

Ein Vertreter des Bezirksvorstands hielt dazu einen auf den DGB-Aufruf zum 30. Januar bezogenen Beitrag, der die Unabhängigkeit der Solidarität von Gewerkschaftern in den Mittelpunkt stellte. Die anschließende Diskussion war deshalb interessant, weil sie zu einer Kontroverse zwischen den Kräften, die der SPD nahestehen, und der Linken auf der einen Seite mit den Anhängern der DKP auf der anderen führte. E. Carlebach (DKP) führte auf der Mitgliederversammlung aus, daß er zwar die Erschütterung von zahlreichen Mitgliedern über die Ereignisse in Polen verstehen könne, daß er jedoch der Auffassung sei, daß dies zu einem guten Teil von der Einseitigkeit der Information herrühre, die eben vorwiegend aus der interessierten bürgerlichen Presse käme. Man müsse bedenken, daß die Solidarność unter Unabhängigkeit der Gewerkschaften verstanden hätte, daß Bischöfe an den Gewerkschaftsversammlungen teilnehmen und daß die Versorgungskrise einerseits von den Regimes vor der jetzigen Militärdiktatur verschuldet sei, aber auch vom Hamstertrieb der privaten Bauern. Er kritisiere nicht diejenigen Gewerkschaften, die sich mit Soli-

ność war der zweite Tagesordnungspunkt der Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier, die im ersten Teil die Forderungen und Anträge zum Tarifkampf befaßte und verabschiedete (10 %, 220 DM mindestens).

Ein Vertreter des Bezirksvorstands hielt dazu einen auf den DGB-Aufruf zum 30. Januar bezogenen Beitrag, der die Unabhängigkeit der Solidarität von Gewerkschaftern in den Mittelpunkt stellte. Die anschließende Diskussion war deshalb interessant, weil sie zu einer Kontroverse zwischen den Kräften, die der SPD nahestehen, und der Linken auf der einen Seite mit den Anhängern der DKP auf der anderen führte. E. Carlebach (DKP) führte auf der Mitgliederversammlung aus, daß er zwar die Erschütterung von zahlreichen Mitgliedern über die Ereignisse in Polen verstehen könne, daß er jedoch der Auffassung sei, daß dies zu einem guten Teil von der Einseitigkeit der Information herrühre, die eben vorwiegend aus der interessierten bürgerlichen Presse käme. Man müsse bedenken, daß die Solidarność unter Unabhängigkeit der Gewerkschaften verstanden hätte, daß Bischöfe an den Gewerkschaftsversammlungen teilnehmen und daß die Versorgungskrise einerseits von den Regimes vor der jetzigen Militärdiktatur verschuldet sei, aber auch vom Hamstertrieb der privaten Bauern. Er kritisiere nicht diejenigen Gewerkschaften, die sich mit Soli-
darność solidarisierten, er warne sie nur davor, sich vor den Karren der USA und Reagans spannen zu lassen und verlange, daß man den Standpunkt derer, die die Sache anders sehen würden, also seinen und den der DKP, *respektiere*.

Mit dem Respekt vor diesem Standpunkt war es auf der Versammlung nicht weit her. Im Gegenteil wurde von zahlreichen Rednern entwickelt, daß dies nicht irgendeine beliebige Frage sei, über die man sich mal streiten könne, sondern für Gewerkschafter eine ganz fundamentale Frage: Ob man für Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse sei, unabhängig von der Sympathie zu bestimmten Mächten und Gesellschaftssystem, oder ob die Solidarität der Arbeiterbewegung teilbar sei. Den Anhängern der DKP wurde klargemacht, daß Differenzen in dieser Frage zunehmend auch die Zusammenarbeit in anderen gewerkschaftlichen Fragen erschweren und Gräben entstehen lassen. Auf die Bemerkung Carlebachs hin, man solle sich nach einem halben Jahr nochmal über Polen unterhalten, wurde ihm die afghanische Intervention entgegengehalten, wo die SU mittlerweile einen Krieg führe, der alle Zeichen einer Vietnamisierung enthalte.

Es sei an der Zeit, nicht darüber zu spekulieren, was in einem halben Jahr sei, sondern sich endlich von dieser Position der SU zu distanzieren, wenn nicht der Sozialismus völlig in Mißkredit geraten solle, und wenn man überhaupt wieder die Möglichkeit schaffen wolle, für den Sozialismus einzutreten, der durch eine solche Politik entstellt würde. In der Abstimmung über den

hen würden, also seinen und den der DKP, *respektiere*.

Mit dem Respekt vor diesem Standpunkt war es auf der Versammlung nicht weit her. Im Gegenteil wurde von zahlreichen Rednern entwickelt, daß dies nicht irgendeine beliebige Frage sei, über die man sich mal streiten könne, sondern für Gewerkschafter eine ganz fundamentale Frage: Ob man für Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse sei, unabhängig von der Sympathie zu bestimmten Mächten und Gesellschaftssystem, oder ob die Solidarität der Arbeiterbewegung teilbar sei. Den Anhängern der DKP wurde klargemacht, daß Differenzen in dieser Frage zunehmend auch die Zusammenarbeit in anderen gewerkschaftlichen Fragen erschweren und Gräben entstehen lassen. Auf die Bemerkung Carlebachs hin, man solle sich nach einem halben Jahr nochmal über Polen unterhalten, wurde ihm die afghanische Intervention entgegengehalten, wo die SU mittlerweile einen Krieg führe, der alle Zeichen einer Vietnamisierung enthalte.

Es sei an der Zeit, nicht darüber zu spekulieren, was in einem halben Jahr sei, sondern sich endlich von dieser Position der SU zu distanzieren, wenn nicht der Sozialismus völlig in Mißkredit geraten solle, und wenn man überhaupt wieder die Möglichkeit schaffen wolle, für den Sozialismus einzutreten, der durch eine solche Politik entstellt würde. In der Abstimmung über den
DGB-Aufruf stimmte die überwiegende Mehrheit der 180 anwesenden dafür. Dagegen etwa 10, einige Enthaltungen.

Durchschnittlicher Übertarif der unter den Lohntarif fallenden Facharbeiter nach Berufen in der Druckindustrie

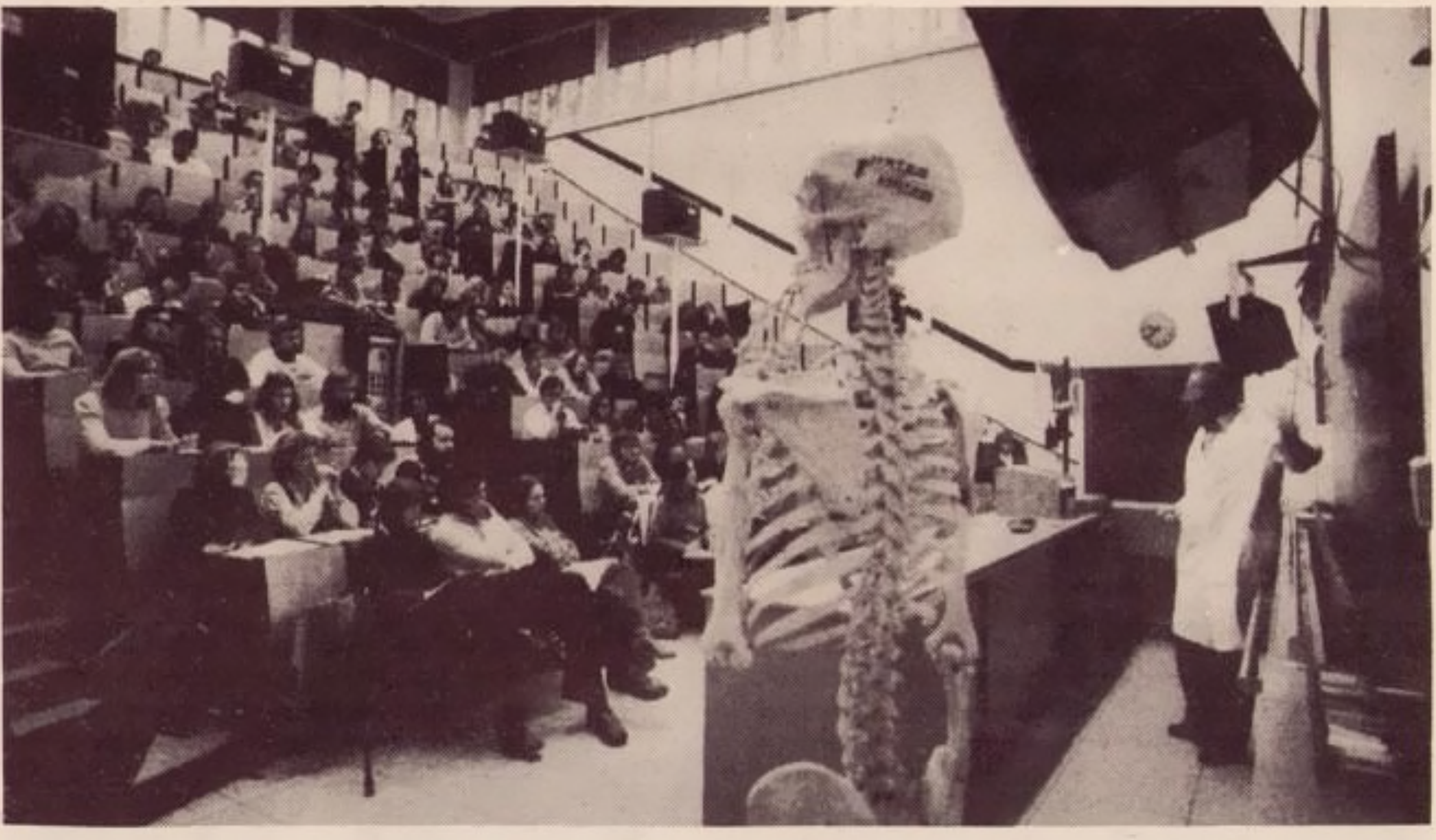
(Breite der Säule entspricht der Menge der Beschäftigten, in Klammern)

Die Effektivlohnstatistik des Unternehmerverbandes Druck erfaßt knapp 51% der Arbeiter aus Betrieben über 20 Beschäftigte

45%
40%
35%
30%
25%
20%
15%
10%
5%

(794) Kraftfahrer
(2893) Buchbinder
(3553) Handsatz
(2289) Fotosatzmontage
(1915) Hochdruck Bogen
(899) Hochdruck Rotation
(612) Stereotyp.
(1775) Handwerker
(429) Kleinoffset
(119) Siebdruck
(1742) Offset Einfarben
(2054) Korrektur
(193) Klischee-Ätzer
(2564) Offset-Kopie und Montage
(255) Schriftlithograf
(118) Positiv-Retuscheur
(1163) Reprograf
(655) Offset Rotation
(565) Endlosformulardruck
(233) Andrucker
(1033) Fotosatzgeräte
(3164) Offset Mehrfarben
(740) Perforator (ausschl.)
(1472) Tiefdruck
(1069) Tiefdruck-Kopie und Montage
(303) Farbenlithograf.
(597) Tiefdruck-Retuscheur
(250) Scanner Operator

„... viel bewegt?“



Zur maßlosen Überschätzung des Erfolgs des bundesweiten Streiks der Studenten durch den MSB Spartakus und seiner Ignoranz gegenüber den Problemen, die sich der Studentenbewegung stellen.

klb. In der Januar-Ausgabe der „roten blätter“ (Studentenmagazin des MSB-Spartakus) unternimmt der MSB-Bundesvorsitzende und Mitglied des Parteivorstandes der DKP, Uwe Knickrehm, „eine erste Auswertung des bundesweiten Steiks im Rahmen der von der vds ausgerufenen ‚massivsten Aktionen und Streiks – bundesweit‘“. Das nicht unerwartete Ergebnis dieser ersten Auswertung: der bundesweite Streik war rundum ein Erfolg; er hat „... viel bewegt“ (Überschrift des Knickrehm-Artikels). Selbst wenn man diese Einschätzung, daß der Streik – unterm Strich gesehen – ein Erfolg war, teilen würde, ist das Ärgerliche und Erschreckende dieser „ersten Auswertung“ die maßlose Übertreibung der wirklich vorhandenen positiven Ansätze, die Blindheit gegenüber den vielfältigen Schwierigkeiten und negativen Erfahrungen und schließlich die völlige Ignoranz gegenüber einer ganzen Reihe unbeantworteter Fragen und ungelöster Probleme der Studentenbewegung.

Knickrehm führt zwei Kriterien für die Beurteilung des Erfolgs politischer Kämpfe an. Zum einen ist es „die Frage nach der Einlösung der politischen



Ziele der Aktion“, zum anderen die „Entwicklung der an den Kämpfen Beteiligten selber“. Zum Teil ungläubiges Staunen hat die Antwort Knickrehms auf die „Frage nach der Einlösung der politischen Ziele der Aktion“ ausgelöst: „Der bundesweite Streik war ein
die Beurteilung des Erfolgs politischer Kämpfe an. Zum einen ist es „die Frage nach der Einlösung der politischen
von 165000 Studenten, gut 15% aller Studenten, die bei Urabstimmungen mit Ja votierten, sowie diejenigen, die sich auf Vollversammlungen für Streik- und Protestaktionen aussprechen; wenn auch ein großer Teil von ihnen sich nicht aktiv beteiligte, ein
Die 650000 – das erinnert ziemlich an getürkte Planerfüllungsziffern; ein wirklicher Anhaltspunkt ist die Zahl



Ziele der Aktion“, zum anderen die „Entwicklung der an den Kämpfen Beteiligten selber“. Zum Teil ungläubiges Staunen hat die Antwort Knickrehms auf die „Frage nach der Einlösung der politischen Ziele der Aktion“ ausgelöst: „Der bundesweite Streik war ein Erfolg, weil er unmittelbar politische Wirkungen auf den Gegner hatte und mit ihm ein Teil unserer Forderungen durchgesetzt werden konnte ... Die bisherige Abwehr der Pläne zur Einführung von Studiengebühren und der Erhöhung des Darlehensanteils beim BAföG sind erste materielle Erfolge des bundesweiten Streiks ... Weitere Erfolge sind möglich. Das deutet die Antwort Engholms auf die Frage nach der Wiedereinführung der Verfaßten Studentenschaft in Bayern und Baden-Württemberg an.“ Es geht mir nicht darum zu bestreiten, daß die Protestaktionen Einfluß auf die Entscheidung der baden-württembergischen Landesregierung hatten, zunächst noch keine Studiengebühren einzuführen, oder auf die Entscheidung des Vermittlungsausschusses, den Darlehensanteil am BAföG zunächst nicht weiter zu erhöhen, fatal ist es aber, mit keinem Wort darauf einzugehen, daß es der Bundesregierung und den Ländern gelungen ist, mit einer Reihe von Gesetzen und Erlässen die materiellen Studienbedingungen z.T. drastisch zu verschlechtern (BAföG-Kürzungen; Einschränkung des Studentenwohnheimbaus; Kürzung der Landesmittel für die Studentenwerke und infolgedessen eine Serie von Preis- und Gebührenerhöhungen; Stellenstreichungen und Sachmittelkürzungen) – und das trotz vielfältiger Protestaktionen. Die Verhinderung noch rigoroserer Einschnitte lauthals als Erfolg der Studentenbewegung hinauszuposaunen, verhindert eine realistische Einschätzung der Situation an den Hochschulen und der Probleme, die sich der Studentenbewegung stellen.

Gleiches gilt für das zweite Erfolgskriterium: „Die Entwicklung der an den Kämpfen Beteiligten selber.“ „Man kann getrost annehmen, daß der 2. bundesweite Streik genausolange Wirkungen (wie der erste Streik im WS 77/78, d.Verf.) haben wird – 450000 zumindest passiv an ihm Beteiligte, über 160000 Ja-Stimmen in Urabstimmungen, mehr als 650000 insgesamt in irgendeiner Form Aktive – alles zu einem zentralen gesellschaftspolitischen Thema, das verändert Grundhaltungen und politisches Klima.“ Beeindruckend die Zahlenjonglierkünste des MSB Spartakus, dessen Geheimnis es vorerst noch bleiben wird, wie er auf „650000 in irgendeiner Form Aktive“ kommt. Durch die Addition von 450000 zumindest passiv Beteiligten mit den 160000 Ja-Stimmen bei den Urabstimmungen? Oder durch einfache Addition der Studentenzahlen der Hochschulen, an denen – in welcher Form auch immer – Streik- oder Protestaktionen stattfanden? Oder wie? Die 650000 – das erinnert ziemlich an getürkte Planerfüllungsziffern; ein wirklicher Anhaltspunkt ist die Zahl von 165000 Studenten, gut 15% aller Studenten, die bei Urabstimmungen mit Ja votierten, sowie diejenigen, die sich auf Vollversammlungen für Streik- und Protestaktionen aussprechen; wenn auch ein großer Teil von ihnen sich nicht aktiv beteiligte, ein nicht näher bestimmbarer Prozentsatz – vor allem an den Fachhochschulen – mit „ja“ stimmte, um Luft für Klausur- und Prüfungsvorbereitungen zu bekommen. Die Behauptungen von 650000 in irgendeiner Form aktiven Studenten spiegelt Kräfteverhältnisse vor, die nicht vorhanden sind, sie ignoriert einfach die vielfältigen Erfahrungen von Fachschafts- und AStA-Mitgliedern, daß ein großer Teil der Studenten, wenn nicht die Mehrheit, der Tätigkeit von ASten und Fachschaften ablehnend, gleichgültig oder zumindest passiv gegenübersteht. Die Zugewinne des RCDS bei den Studentenparlamentswahlen in Bochum, Bonn und Münster und gleichzeitig Verluste der Linken bei insgesamt sinkender Wahlbeteiligung verlangen ebenfalls eine Antwort.

Studentenparlamentswahlen Universität Bochum WS 81/82

Basisgruppen (BG): 12 Sitze (vorheriges Ergebnis 15 Sitze), Stimmen jetzt: 2027 (vorheriges Ergebnis: 2739 Stimmen); MSB: 4 Sitze (3 Sitze), 685 Stimmen (567 Stimmen); SHB: 2 Sitze (1 Sitz), 377 Stimmen (344 Stimmen); Jusos: 2 Sitze (3 Sitze), 496 Stimmen (587 Stimmen); LHV: 0 Sitze (1 Sitz), 156 Stimmen (264 Stimmen); Frauengruppe für eine Unabhängige Fachschaft (FUF, Trotzkisten): 1 Sitz (0 Sitze), 174 Stimmen (nicht kandidiert); SLH: 4 Sitze (3 Sitze), 672 Stimmen (664 Stimmen); RCDS: 10 Sitze (9 Sitze), 1772 Stimmen (1733 Stimmen). Die Wahlbeteiligung ist von 29,26% auf 24,8% gesunken. Bei der FUF handelt es sich um eine sogenannte Frauengruppe für eine unabhängige Fachschaft, hinter der sich Trotzkisten verbergen. Trotz der starken Verluste für die Basisgruppen kann weiterhin ein linker AStA gebildet werden, aber sehr wahrscheinlich werden die Basisgruppen koalieren müssen. – Wahlergebnis der Technischen Universität Hannover: Hier errangen die Basisgruppen die absolute Mehrheit: 28 Sitze, vor der PH-Liste mit 5 Sitzen, der GO-Liste mit 6, der MSB-Liste mit 4, der rechten Arbus mit 4 und dem RCDS mit 6 Sitzen.

Knickrehm nennt einen dritten Grund für den Erfolg des bundesweiten Streiks: „Der Streik war ein politischer Erfolg, weil er den Kernbereich derzeitiger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, die Rotstiftpolitik, zum Gegenstand hat.“ Zum Gegenstand hatte der bundesweite Streik die sogenannte Rotstiftpolitik zweifellos, aber zur Analyse dieser Rotstiftpolitik hat der MSB Spartakus wenig beigetragen. Selten ist die Erklärung der Rotstiftpolitik darüber hinausgekommen, daß zur Finanzierung der Hochrüstung und von Konzernsubventionen Bildungs- und Sozialausgaben gekürzt würden. Die Diskussion um eine „alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik“ beschränkte sich meist auf die Wiederholung einiger altbekannter linkskeynsianischer Forderungen und allgemeinste Aussagen darüber, daß der Kapitalismus überwunden werden müsse. „Ansatzpunkt jeder Wirtschaftspolitik, die die Krise bekämpfen will, muß die systematische Stärkung von Nachfrage und Kaufkraft sein: durch Beschäftigungsprogramme und Ausbau der Sozialleistungen, durch eine aktive Lohnpolitik, für die Senkung des Rüstungshaushaltes. Eine alternative Wirtschaftspolitik kann nicht bei der Ausweitung der Nachfrage stehenbleiben.

beteiligung verlangen ebenfalls eine Antwort.
Knickrehm nennt einen dritten Grund für den Erfolg des bundesweiten Streiks: „Der Streik war ein politischer Erfolg, weil er den Kernbereich derzeitiger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, die Rotstiftpolitik, zum Gegenstand hat.“ Zum Gegenstand hatte der bundesweite Streik die sogenannte Rotstiftpolitik zweifellos, aber zur Analyse dieser Rotstiftpolitik hat der MSB Spartakus wenig beigetragen. Selten ist die Erklärung der Rotstiftpolitik darüber hinausgekommen, daß zur Finanzierung der Hochrüstung und von Konzernsubventionen Bildungs- und Sozialausgaben gekürzt würden. Die Diskussion um eine „alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik“ beschränkte sich meist auf die Wiederholung einiger altbekannter linkskeynsianischer Forderungen und allgemeinste Aussagen darüber, daß der Kapitalismus überwunden werden müsse. „Ansatzpunkt jeder Wirtschaftspolitik, die die Krise bekämpfen will, muß die systematische Stärkung von Nachfrage und Kaufkraft sein: durch Beschäftigungsprogramme und Ausbau der Sozialleistungen, durch eine aktive Lohnpolitik, für die Senkung des Rüstungshaushaltes. Eine alternative Wirtschaftspolitik kann nicht bei der Ausweitung der Nachfrage stehenbleiben.

Sie muß die Ausdehnung der öffentlichen Ausgaben weiterhin mit einer Neuorganisation der Produktion zu verbinden suchen. Notwendig ist eine Politik, die die realen kapitalistischen Krisenursachen aufgreift und einen Schritt zur Überwindung kapitalistischer Logik einleitet. Notwendig ist, daß die Arbeiter und ihre Gewerkschaften mitbestimmen, was und wie produziert wird und wie der gesellschaftliche Reichtum verteilt wird.“ (aus: Begründung des Aufrufs des Zentralrats der vds für „massivste Proteste und Streik – bundesweit“) Ohne auf diesen Fragenkomplex an dieser Stelle genauer eingehen zu können, doch soviel: falsch wird die gegenwärtige Krise aus dem Mangel an privater und öffentlicher Nachfrage erklärt, statt aus der Überakkumulation von Kapital aufgrund des tendenziellen Falls der Profitrate, mit der Konsequenz, die alten keynsianischen Forderungen nach Stärkung der Nachfrage zwecks Krisenbewältigung als Heilmittel zu propagieren. Zur Überwindung der „kapitalistischen Logik“ wird die uralte sozialdemokratische Konzeption der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit durch volle Mitbestimmung wieder hervorgekramt, wobei aber rätselhaft bleibt, wie die kapitalistische Logik ohne Beseitigung des Kapitalverhältnisses, ohne die Beseitigung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln beseitigt werden kann. Was hier als eine ganz neue, alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik firmiert, ist in Wahrheit ein alter reformistischer Hut.

Ein Mangel der gegenwärtigen Studentenbewegung – in all ihren Strömungen – ist gerade ihre Theorielosigkeit. Diese zu überwinden, hat der bundesweite Streik wenig bis nichts beigetragen. Das liegt auch an der Konzeption meist einwöchiger Semesterhöhepunkte, während derer dann Dutzende von Veranstaltungen durchgeführt werden, statt über das ganze Semester hinweg solche „alternativen Veranstaltungen“ durchzuführen, in denen dann auch etwas wirklich erarbeitet werden kann. Gerade angesichts der absehbaren weiteren Verschärfung sämtlicher Widersprüche an den Hochschulen, weiterer Kürzungen des BAföGs und Verschlechterungen der materiellen Studienbedingungen sind ebenso abzusehen wie die wachsende Arbeitslosigkeit von Akademikern, die forcierte Unterordnung der Hochschulausbildung unter die Erfordernisse des Kapitals und des Staates mittels Prüfungsordnungen und Studienreform und die Beschneidung der heute schon äußerst eingeengten Rechte der Fachschaften und ASten, stellt sich die Frage nach der Perspektive der zunächst spontanen Kämpfe von Zehntausenden gegen diese Entwicklungen; ohne eine solche Perspektive wird sich die spontane Bewegung totlaufen, weil die Tiefe der gegenwärtigen Krise der herrschenden Klasse nur wenig Raum für Zugeständnisse läßt. Daß der MSB Spartakus die Auseinandersetzung um eine revolutionäre Perspektive und Strategie, die auch keineswegs auf die Fragen einer alternativen Wirtschaftspolitik eingschränkt werden kann, sondern auch all die Fragen umfaßt, die insbesondere von der Ökologie- und Friedensbewegung aufgeworfen worden sind, hemmt, das hängt eng mit seiner apologetischen Haltung gegenüber der Sowjetunion und dem „real existierenden Sozialismus“ zusammen.

beitet werden kann. Gerade angesichts der absehbaren weiteren Verschärfung sämtlicher Widersprüche an den Hochschulen, weiterer Kürzungen des BAföGs und Verschlechterungen der materiellen Studienbedingungen sind ebenso abzusehen wie die wachsende Arbeitslosigkeit von Akademikern, die forcierte Unterordnung der Hochschulausbildung unter die Erfordernisse des Kapitals und des Staates mittels Prüfungsordnungen und Studienreform und die Beschneidung der heute schon äußerst eingeengten Rechte der Fachschaften und ASten, stellt sich die Frage nach der Perspektive der zunächst spontanen Kämpfe von Zehntausenden gegen diese Entwicklungen; ohne eine solche Perspektive wird sich die spontane Bewegung totlaufen, weil die Tiefe der gegenwärtigen Krise der herrschenden Klasse nur wenig Raum für Zugeständnisse läßt. Daß der MSB Spartakus die Auseinandersetzung um eine revolutionäre Perspektive und Strategie, die auch keineswegs auf die Fragen einer alternativen Wirtschaftspolitik eingschränkt werden kann, sondern auch all die Fragen umfaßt, die insbesondere von der Ökologie- und Friedensbewegung aufgeworfen worden sind, hemmt, das hängt eng mit seiner apologetischen Haltung gegenüber der Sowjetunion und dem „real existierenden Sozialismus“ zusammen.

Es wird die Aufgabe der nächsten vds-Mitgliederversammlung im März in Köln sein, die Auseinandersetzung um die Perspektiven antikapitalistischer oder sozialistischer Politik (so jedenfalls das Selbstverständnis aller in der vds vertretener politischer Strömungen) zu entwickeln, wozu aber die bisherigen Diskussionstabus durchbrochen werden müssen. Sinnvoll könnten dazu ein Kongreß zur „alternativen Wirtschaftspolitik“ und ein Internationalismus-Kongreß sein, wie von verschiedenen Asten vorgeschlagen wird. Erneut zu diskutieren sind auch die Fragen nach der Rolle der Intelligenz bei der Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaft, nach ihrem Verhältnis zur Arbeiterbewegung, nach der Funktion von Wissenschaft im Kapitalismus, Fragen, auf die heute Antworten gegeben werden, die denen des SDS Ende der 60er Jahre durchaus ähneln. Der Abschied vom Proletariat eines André Gorz heute fand sich bereits schon in der Kritischen Theorie, in der Theorie vom autoritären Staat und der daraus entwickelten Randgruppenstrategie. Nicht minder zweifelhaft aber die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung, wie sie der MSB Spartakus verfolgt. Sie ist Ausfluß der Theorie von der „unmittelbaren Produktivkraft Wissenschaft“ aufgrund deren die lohnabhängige Intelligenz klassenanalytisch der Arbeiterklasse zugerechnet wird, wobei die gewerkschaftliche Orientierung quasi auf die spätere Lohnabhängigkeit vorbereitet.

Neben diesen theoretischen Aufgaben, die auch einschließen, wissenschaftliche Untersuchungen und Ergebnisse den verschiedenen kämpfenden Bewegungen nutzbar zu machen, Wissenschaftskritik nicht nur während einer Woche im Semester zu üben, sondern während des ganzen Semesters, wozu die vds Materialien bereitstellen müßte, stellen sich aber aufgrund der schon oben skizzierten Verschärfung der Widersprüche an den Hochschulen eine Reihe praktischer Aufgaben. Die Tatsache, daß der bürgerliche Staat im letzten Jahr vielfältige Angriffe auf die Lebens- und Studienbedingungen der Studenten unternommen hat, daß sich dagegen vielerorts spontaner Protest entwickelte, stellt die vds m.E. objektiv vor die Aufgabe, darauf eine möglichst wirksame Antwort zu geben, wobei der bundesweite Streik aber deshalb eine falsche Antwort war, weil er zum einen nicht um auch durchsetzbare Ziele geführt wurde und zum anderen die subjektive Streikbereitschaft insgesamt zu gering war. Das ändert aber nichts an der Aufgabe, auch in diesem Jahr Kampfaktionen gegen weitere Angriffe ins Auge fassen zu müssen. Die Allgemeine Diplomprüfungsordnung, die 4. Approbationsordnungsnovelle, eine eventuelle Umstellung des BAföG auf Darlehen, die wachsende Akademikerarbeitslosigkeit, die Einführung von Studiengebühren etc. sind solche Aufgaben, für die die vds-MV, die Landesastenkonferenzen und die Fachtagungen geeignete Kampfmaßnahmen diskutieren müssen. Ein theorieloses oder -armes Hecheln von Aktionswoche zu Aktionswoche hilft aber wenig.

Orientierung, wie sie der MSB Spartakus verfolgt. Sie ist Ausfluß der Theorie von der „unmittelbaren Produktivkraft Wissenschaft“ aufgrund deren die lohnabhängige Intelligenz klassenanalytisch der Arbeiterklasse zugerechnet wird, wobei die gewerkschaftliche Orientierung quasi auf die spätere Lohnabhängigkeit vorbereitet.
Neben diesen theoretischen Aufgaben, die auch einschließen, wissenschaftliche Untersuchungen und Ergebnisse den verschiedenen kämpfenden Bewegungen nutzbar zu machen, Wissenschaftskritik nicht nur während einer Woche im Semester zu üben, sondern während des ganzen Semesters, wozu die vds Materialien bereitstellen müßte, stellen sich aber aufgrund der schon oben skizzierten Verschärfung der Widersprüche an den Hochschulen eine Reihe praktischer Aufgaben. Die Tatsache, daß der bürgerliche Staat im letzten Jahr vielfältige Angriffe auf die Lebens- und Studienbedingungen der Studenten unternommen hat, daß sich dagegen vielerorts spontaner Protest entwickelte, stellt die vds m.E. objektiv vor die Aufgabe, darauf eine möglichst wirksame Antwort zu geben, wobei der bundesweite Streik aber deshalb eine falsche Antwort war, weil er zum einen nicht um auch durchsetzbare Ziele geführt wurde und zum anderen die subjektive Streikbereitschaft

Ergebnisse der Studentenparlamentswahlen an der Universität Münster

RCDS	3763	(3153)	+610	10	Sitze	(8)
Juso	1827	(2245)	–418	4	Sitze	(6)
Auf	1823	(1420)	+403	4	Sitze	(4)
GaL	1510	(889)	+621	4	Sitze	(2)
SHB	1389	(1291)	+ 98	3	Sitze	(3)
MSB	1098	(1243)	–145	2	Sitze	(3)
AeG	935	(662)	+273	2	Sitze	(1)
LHV	596	(626)	– 30	1	Sitze	(1)
SLH	498	(710)	–212	1	Sitze	(2)
FDP	364	(394)	– 30	0	Sitze	(1)
rfs	111	(164)	– 53	0	Sitze	(0)

(Auf = Aktion unabhängiger Fachschaftsinitiativen, ein ehemaliger Ableger vom RCDS, AeG = Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Fachschaftsgruppen (Basisgruppen der ehemaligen PH), rfs = Ring freiheitlicher Studenten (rechts vom RCDS). – Die Wahlbeteiligung lag bei 34,5%, im Vorjahr bei 33,15%. Kurz vor der Wahl ist ein Teil der Jusos auf die Liste des SHB gewechselt. – Es zeichnet sich ab, daß sich wieder ein AStA aus allen „linken“ Gruppen bildet. Aber auch, daß der LHV aus seinem einen Sitz wieder den AStA-Vorsitz herausschlagen will wie bei der AStA-Umbildung im letzten Jahr.

Afrikanische Literatur

Von Bernd Wagner

Wole Soyinka



Literatur aus den Ländern der Dritten Welt ist auch nach zwei Buchmessen mit den Schwerpunkten „lateinamerikanische Literatur" und „afrikanische Literatur" noch weitgehend ein weißes Feld auf dem westdeutschen Buchmarkt, verglichen mit Übersetzungen aus anderen europäischen Ländern oder aus Nordamerika. Während die großen Verlage sich um die wenigen schon bekannten Autoren aus Ländern der Dritten Welt schlagen, was man einschränken kann auf 5 bis 10 lateinamerikanische Autoren, etwa den Kolumbianer Gabriel Garcia Marquez, dessen neuestes Buch „Chronik eines angekündigten Todes" im Sommer vergangenen Jahres mit einer Startauflage von einer Million Exemplaren in zig Ländern parallel erschien, bleibt die Veröffentlichung von Literatur weniger bekannter Schriftsteller aus der Dritten Welt weitgehend beschränkt auf kleinere, höchstens noch mittelgroße Verlage, wodurch die Verbreitungsmöglichkeiten von vornherein schon eingeschränkt sind. Die Erstauflagen liegen meist zwischen 3 und 5 Tausend, wenn es viel sind zwischen 8 bis 10 Tausend. (Bei den größeren Verlagen läßt sich gegenwärtig eine noch stärkere Einschränkung der Veröffentlichung von Literatur aus nichteuropäischen Ländern feststellen; auch Verlage wie Suhrkamp, die zeitweilig diese Literatur in den 60er und 70er Jahren übersetzt haben, ist ein deutlicher Rückgang feststellbar.)

Innerhalb der Dritten Welt muß man dabei auch noch unterscheiden: während lateinamerikanische Literatur in deutschsprachigen Übersetzungen in größerem Umfang vorhanden ist, reicht für die im Buchhandel erhältlichen übersetzten literarischen Veröffentlichungen aus Asien (wenn man die Volksrepublik China ausnimmt), dem Nahen Osten und Nordafrika ein Bücherbrett fast aus. In bezug auf die Literatur aus Schwarzafrika hat sich die Situation in den letzten Jahren etwas gewandelt. Das ist auch Resultat der verdienstvollen Reihe „Dialog Afrika", die im Frühjahr 1979 von den Verlagen Peter Hammer (Wuppertal) und Walter (Olten/Freiburg) begonnen worden war und in der 18 wichtige zeitgenössische Romane aus Afrika veröffentlicht wurden.* Die Bücher dieser Reihe erscheinen seit dem Oktober 1981 bei Ullstein als Taschenbücher. Bisher liegen folgende Romane als Taschenbücher vor: der Roman des Nigerianers Wole Soyinka „Zeit der Gesetzlosigkeit", von Henri Lopes aus Kongo-Brazzaville „Die strafversetzte Revolution", Ismael R. Mbises „Blutendes Land" (Tansania) und von Ayi Kwei Armah aus Ghana „Die Schönen sind noch nicht geboren".

Bevor ich auf Wole Soyinka und seinen Roman „Zeit der Gesetzlosigkeit" aus dieser Reihe näher eingehe, will ich noch auf eine andere vorzügliche Neuerscheinung hinweisen, die für jeden

Innerhalb der Dritten Welt muß man dabei auch noch unterscheiden: während lateinamerikanische Literatur in deutschsprachigen Übersetzungen in größerem Umfang vorhanden ist, reicht für die im Buchhandel erhältlichen übersetzten literarischen Veröffentlichungen aus Asien (wenn man die Volksrepublik China ausnimmt), dem Nahen Osten und Nordafrika ein Bücherbrett fast aus. In bezug auf die Literatur aus Schwarzafrika hat sich die Situation in den letzten Jahren etwas gewandelt. Das ist auch Resultat der verdienstvollen Reihe „Dialog Afrika", die im Frühjahr 1979 von den Verlagen Peter Hammer (Wuppertal) und Walter (Olten/Freiburg) begonnen worden war und in der 18 wichtige zeitgenössische Romane aus Afrika veröffentlicht wurden.* Die Bücher dieser Reihe erscheinen seit dem Oktober 1981 bei Ullstein als Taschenbücher. Bisher liegen folgende Romane als Taschenbücher vor: der Roman des Nigerianers Wole Soyinka „Zeit der Gesetzlosigkeit", von Henri Lopes aus Kongo-Brazzaville „Die strafversetzte Revolution", Ismael R. Mbises „Blutendes Land" (Tansania) und von Ayi Kwei Armah aus Ghana „Die Schönen sind noch nicht geboren".

Bevor ich auf Wole Soyinka und seinen Roman „Zeit der Gesetzlosigkeit" aus dieser Reihe näher eingehe, will ich noch auf eine andere vorzügliche Neuerscheinung hinweisen, die für jeden

interessant ist, der sich mit afrikanischer Literatur oder auch allgemeiner mit Literatur aus der Dritten Welt befaßt und sie gerne liest. Gemeint ist das Buch von Al Imfeld „Vision und Waffe. Afrikanische Autoren Themen Traditionen" aus dem Schweizer Unionsverlag**. Al Imfeld schildert in Form von literarischen Portraits bekannte zeitgenössische afrikanische Schriftsteller und Dichter die Traditionen und Bezüge, die Themenbereiche und das Selbstverständnis, die Aufgabenstellung und die politischen Bedingungen in und unter denen sich die afrikanische Literatur der Gegenwart herausgebildet hat und sich weiter entwickelt. Das Buch besticht nicht nur durch seinen Kenntnisreichtum, den es vermittelt, sondern auch durch seinen Stil, der so fern ist von den trockenen Darstellungen, den literaturwissenschaftliche Arbeiten gemeinhin haben. Das Engagement und die Lebendigkeit der afrikanischen Gegenwartsliteratur spiegeln sich in diesem Buch, man merkt ihm auf jeder Seite an, daß der Autor nicht nur die Literatur, über die er schreibt, versteht und liebt, sondern auch eine Vielzahl der Schriftsteller selbst kennt – ein in bestem Sinn parteiisches Buch für die afrikanische Literatur, auch wenn ich manche gesellschaftliche und politische Einschätzung Imfelds nicht teile. (Als zusätzlichen Hinweis noch: Al Imfelds „Verlernen, was mich stumm macht. Lesebuch zur afrikanischen Kultur, ebenfalls im Unionsverlag erschienen (Zürich 1980), vgl. die Besprechung in KVZ 39/1980, S. 19)

Wole Soyinka ist gemeinsam mit Ngugi wa Thiong'o aus Kenia der bekannteste Schriftsteller Afrikas. Er ist Generalsekretär der Allafrikanischen Schriftstellervereinigung und wird seit Jahren als Anwärter auf den Literaturnobelpreis genannt. 1934 in Abeokuta (Nigeria) geboren; studierte in England Sprachen und Theaterwissenschaft

Stil, der so fern ist von den trockenen Darstellungen, den literaturwissenschaftliche Arbeiten gemeinhin haben. Das Engagement und die Lebendigkeit der afrikanischen Gegenwartsliteratur spiegeln sich in diesem Buch, man merkt ihm auf jeder Seite an, daß der Autor nicht nur die Literatur, über die er schreibt, versteht und liebt, sondern auch eine Vielzahl der Schriftsteller selbst kennt – ein in bestem Sinn parteiisches Buch für die afrikanische Literatur, auch wenn ich manche gesellschaftliche und politische Einschätzung Imfelds nicht teile. (Als zusätzlichen Hinweis noch: Al Imfelds „Verlernen, was mich stumm macht. Lesebuch zur afrikanischen Kultur, ebenfalls im Unionsverlag erschienen (Zürich 1980), vgl. die Besprechung in KVZ 39/1980, S. 19)

Wole Soyinka ist gemeinsam mit Ngugi wa Thiong'o aus Kenia der bekannteste Schriftsteller Afrikas. Er ist Generalsekretär der Allafrikanischen Schriftstellervereinigung und wird seit Jahren als Anwärter auf den Literaturnobelpreis genannt. 1934 in Abeokuta (Nigeria) geboren; studierte in England Sprachen und Theaterwissenschaft

und schrieb dort seine ersten Theaterstücke; 1960 im Jahr der Befreiung kehrte er nach Nigeria zurück, geriet aber bald wegen seiner Stücke und seiner Kritik in Konflikt mit der neuen Obrigkeit; als er nach den Massakern an den Ibos und zu Beginn des Biafra-Krieges die Diktatur und den Militarismus der Zentralregierung angriff und sie für die Sezession verantwortlich machte, wurde er verhaftet und 27 Monate ohne Prozeß und Urteil im Hochsicherheitsgefängnis von Kaduna eingekerkert. Gegenwärtig lebt er als Romanautor, Stückeschreiber, Lyriker, Kritiker, Essayist, Professor für Literaturwissenschaft und Chef der Straßensicherheitsmiliz in Ibadan.

„Ein Tiger proklamiert nicht seine Tigritude, er springt", hatte Wole Soyinka gegenüber der Négritude formuliert, jener Literaturrichtung, die die afrikanische Literatur etwa seit Ende des 2. Weltkrieges bis Mitte der 60er Jahre dominierte, die die Rückbesinnung auf die afrikanische Kulturtradition propagierte als Teil des Kampfes gegen den Kolonialismus, ihre Kritik aber weitgehend beschränkte auf die kulturelle Unterdrückung. Soyinka macht alles andere, als die traditionelle Kultur zu vernachlässigen; im Gegenteil, der Reichtum und die Popularität seiner Dichtung basiert gerade auf dem Bezug zur Tradition seines Volkes, nur ist für ihn das Verhältnis anders bestimmt und er kritisiert jene afrikanischen Schriftsteller, die sich mehr mit der Vergangenheit als der Gegenwart beschäftigen, nicht aber versuchen, die Tradition mit der Gegenwart zu verbinden: „Natürlich existiert die Vergangenheit, das wahre afrikanische Bewußtsein beweist dies – die Vergangenheit existiert jetzt, in diesem Moment, sie koexistiert mit dem gegenwärtigen Bewußtsein. Sie hilft uns, die Gegenwart verstehen und erklärt uns die Zukunft, aber die Vergangenheit darf kein Mittel zur Flucht sein ... denn sonst führt sie zur Zerstörung des

inka gegenüber der Négritude formuliert, jener Literaturrichtung, die die afrikanische Literatur etwa seit Ende des 2. Weltkrieges bis Mitte der 60er Jahre dominierte, die die Rückbesinnung auf die afrikanische Kulturtradition propagierte als Teil des Kampfes gegen den Kolonialismus, ihre Kritik aber weitgehend beschränkte auf die kulturelle Unterdrückung. Soyinka macht alles andere, als die traditionelle Kultur zu vernachlässigen; im Gegenteil, der Reichtum und die Popularität seiner Dichtung basiert gerade auf dem Bezug zur Tradition seines Volkes, nur ist für ihn das Verhältnis anders bestimmt und er kritisiert jene afrikanischen Schriftsteller, die sich mehr mit der Vergangenheit als der Gegenwart beschäftigen, nicht aber versuchen, die Tradition mit der Gegenwart zu verbinden: „Natürlich existiert die Vergangenheit, das wahre afrikanische Bewußtsein beweist dies – die Vergangenheit existiert jetzt, in diesem Moment, sie koexistiert mit dem gegenwärtigen Bewußtsein. Sie hilft uns, die Gegenwart verstehen und erklärt uns die Zukunft, aber die Vergangenheit darf kein Mittel zur Flucht sein ... denn sonst führt sie zur Zerstörung des

Willens zur Aktion ... Noch ist der Schriftsteller gegenüber der Gegenwart durch die wiedererweckten Großartigkeiten der Vergangenheit geblendet. Wo er aber von dieser Blendung freigeworden ist und wo er anfängt, neue Wahrheiten auszusprechen, da haben sich bereits die Tore der Schutzhaft vor ihm geöffnet und hinter ihm geschlossen." (Rede auf den Berliner Literaturtagen 1979, zitiert nach Börsenblatt 22.8.1980)

Die „Gegenwart verstehen" und die „Zukunft erklären", darin sieht Soyinka auch die Funktion der Literatur und die Aufgabe des Schriftstellers. „Mein Buch" sagt Soyinka in einem Interview über die „Zeit der Gesetzlosigkeit" „ist zunächst einmal Wirklichkeit im Sinne dessen, was in diesem Land und in dieser Gesellschaft tatsächlich geschah. Letztlich geht es um Zielideen. Das Denken muß von vorn beginnen. Als Schriftsteller versuche ich beides zu reflektieren: die Wirklichkeit – und die Möglichkeit." (zit. n. Klaus Kreimeier in: Frankfurter Rundschau, 4.10.1980) „Die Zeit der Gesetzlosigkeit"*** (ursprünglich in Deutsch unter dem Titel „Die Plage der tollwütigen Hunde" veröffentlicht) schrieb Soyinka 1973, der Zeit nach dem blutigen Bürgerkrieg und seiner Gefängnishaft. Es wäre ein vergebliches Unterfangen zu versuchen, den Inhalt dieses Romans wiederzugeben. Man kann höchstens beschreiben, wovon der Roman handelt, und wie Soyinka ihn geschrieben hat. Ofeyi, ein junger Werbefachmann für einen Kakao-Konzern, kommt bei seinen Filmaufnahmen in das Dorf Aiyéró. In diesem Dorf sieht er ein Modell einer egalitären humanen Gemeinschaft, zu der er sich hingezogen fühlt, ein Modell, das im krassen Gegensatz steht zu der, aus der er kommt und für die er arbeitet – der Welt des allmächtigen Kakao-Kartells, das mit seinen Bluthunden die Gesellschaft beherrscht und alles gewaltsam unterdrückt, was sich ihm in den Weg stellt. Für Ofeyi wird dieses Modell zu seiner konkreten Utopie einer menschenwürdigen Gesellschaft, und in dem Maße, wie er versucht dieses Modell in der Gesellschaft zu verallgemeinern, trifft er auf den blutigen Widerstand des Kartells, das in den Leuten, die die Aiyéró-Vorstellungen verbreiten, seine Herrschaft gefährdet sieht. Mit blutrünstigen Massakern, der Ausrottung ganzer Dörfer und Stämme, dem Schüren von Glaubens- und Stammeskonflikten versucht das Kartell das Umsichgreifen der Aiyéró-Ideen zu verhindern, indem ihre Träger ausgerottet werden sollen. Ofeyis Geliebte Iriyise wird von dem



les gewaltsam unterdrückt, was sich ihm in den Weg stellt. Für Ofeyi wird dieses Modell zu seiner konkreten Utopie einer menschenwürdigen Gesellschaft, und in dem Maße, wie er versucht dieses Modell in der Gesellschaft zu verallgemeinern, trifft er auf den blutigen Widerstand des Kartells, das in den Leuten, die die Aiyéró-Vorstellungen verbreiten, seine Herrschaft gefährdet sieht. Mit blutrünstigen Massakern, der Ausrottung ganzer Dörfer und Stämme, dem Schüren von Glaubens- und Stammeskonflikten versucht das Kartell das Umsichgreifen der Aiyéró-Ideen zu verhindern, indem ihre Träger ausgerottet werden sollen. Ofeyis Geliebte Iriyise wird von dem



Kartell entführt, Ofeyis Kampf gegen das Kartell und die Suche und Wiedergewinnung seiner Geliebten fallen zusammen. Die Gewalt des Kartells läßt Ofeyi, wenn auch zögernd, erkennen, daß nur mit gewaltsamen Gegenmaßnahmen, mit revolutionärer Gewalt die Erreichung einer menschenwürdigen Gesellschaft möglich ist, ein Konflikt, der das Buch durchzieht, der in Ofeyi selbst und personifiziert durch zwei gegensätzliche Menschen aus seiner Umgebung immer wieder zur Diskussion steht und wo die Entscheidung durch die Wirklichkeit selbst aufgezwungen wird – um seine konkrete Utopie einer sozialen Umwälzung verwirklichen zu können, muß Ofeyi selbst Gewalt anwenden. Aiyéró, die Gesellschaft auf der Basis von Gemeinbesitz und gemeinsamer Arbeit, steht dem Kartell als Sinnbild der Ausbeutung, der Massenmorde, der Zerstörung der Menschlichkeit gegenüber. Der Kampf gegen dieses Gewaltsystem kann nur gewaltsam sein, diese Entscheidung liegt nicht bei Ofeyi oder den Leuten von Aiyéró, sondern ist ihnen aufgezwungen.

Natürlich ist mit diesen dürren Worten bei weitem nicht der Inhalt des Romans wiedergegeben, vielleicht sein wesentlicher Gedanke. Es ist voll von inhaltlichen Bezügen zur afrikanischen Gegenwart, zur Tradition, zur Mythologie (auch der europäischen). Faszinierend aber nicht nur der Inhalt des Buches, sondern auch sein Aufbau und Stil. Es ist bestimmt nicht leicht zu lesen: Rückblenden, verschiedene Ebenen, ständige Durchbrechung des Handlungsstrangs, räumliche und zeitliche Abläufe werden immer wieder unterbrochen, Realität mischt sich mit Fiktion, Träume mit Beschreibungen konkreter Verhältnisse, Tatsachen mit Allegorien; Mythen, Symbole, Bilder vermischen sich mit verschiedenen Handlungsabläufen, Rationales und Irrationales, Groteskes und Grausames, Komisches und Logisches wechseln einander ab. Manches ist nicht immer für uns verständlich, weil die konkreten Kenntnisse fehlen, aber man erkennt immer den Zusammenhang, auch wenn man ihn nicht genau erklären kann. Wenn man angefangen hat, ihn zu lesen, ist es allerdings schwer, davon loszukommen.

„Je tiefer ein Künstler schöpfen kann; je ganzheitlicher die Bilder, Symbole, Mythen; je sinnlicher und mannigfaltiger, desto nachhaltiger die Wirkung. Das ist eine Tatsache, die uns die ganze Geschichte von Kunst und Literatur lehrt. Wer wollte zuerst Proust, Joyce, die Surrealisten oder Kafka veröffentlichen? Aber sie haben gezündet! Nicht die literarischen Mittelklasse-Stümper und die vielgelesene Bourgeoisie ... und trotzdem will man uns heute permanent klarmachen, wir müßten für das Volk schreiben und deshalb sehr dümmlich, naiv, oberflächlich, du weißt, so im Stil der Boulevardpresse, ja man sagt uns ganz klar und deutlich, das heutige Volk sei nicht mehr fähig, Schwieriges zu lesen ... Abgesehen davon, daß das alles Lüge ist, hat es System. Für mich ist das die subtilste Form der Zensur, die Entschärfung der Munition, die Ver-

konkreter Verhältnisse, Tatsachen mit Allegorien; Mythen, Symbole, Bilder vermischen sich mit verschiedenen Handlungsabläufen, Rationales und Irrationales, Groteskes und Grausames, Komisches und Logisches wechseln einander ab. Manches ist nicht immer für uns verständlich, weil die konkreten Kenntnisse fehlen, aber man erkennt immer den Zusammenhang, auch wenn man ihn nicht genau erklären kann. Wenn man angefangen hat, ihn zu lesen, ist es allerdings schwer, davon loszukommen.

„Je tiefer ein Künstler schöpfen kann; je ganzheitlicher die Bilder, Symbole, Mythen; je sinnlicher und mannigfaltiger, desto nachhaltiger die Wirkung. Das ist eine Tatsache, die uns die ganze Geschichte von Kunst und Literatur lehrt. Wer wollte zuerst Proust, Joyce, die Surrealisten oder Kafka veröffentlichen? Aber sie haben gezündet! Nicht die literarischen Mittelklasse-Stümper und die vielgelesene Bourgeoisie ... und trotzdem will man uns heute permanent klarmachen, wir müßten für das Volk schreiben und deshalb sehr dümmlich, naiv, oberflächlich, du weißt, so im Stil der Boulevardpresse, ja man sagt uns ganz klar und deutlich, das heutige Volk sei nicht mehr fähig, Schwieriges zu lesen ... Abgesehen davon, daß das alles Lüge ist, hat es System. Für mich ist das die subtilste Form der Zensur, die Entschärfung der Munition, die Ver-

wässerung des Pulvers ..." (Wole Soyinka im Gespräch mit Al Imfeld)

* In diesem Frühjahr haben die Verlage Lamuv, Hammer und Unionsverlag mit einer Initiative „Dialog Dritte Welt" begonnen, in der sie in einer Taschenbuchreihe Literatur aus Asien, Afrika und Lateinamerika veröffentlichen. (Wir werden auf diese Reihe noch ausführlicher zu sprechen kommen.)

** Zürich 1981 (29,80 DM)

*** Ullstein Taschenbuch 20154, Frankfurt, Berlin, Wien 1981 (8,80 DM)

Fernsehvorschau

Der Aufstand

Nach dem Roman von Antonio Skármeta – der jetzt auch als Buch in Deutschland erschienen ist (Peter Hammer Verlag, 218 S., 22,80 DM) – begann Peter Lilienthal 1979 zusammen mit dem Autor das Drehbuch zu erstellen. Im November 1979 wurde mit den Dreharbeiten dieses Films in Nicaragua begonnen, der die Höhepunkte des Volksaufstandes in León zum Thema hat. Bürger von Nicaragua, die ehemalige Stadtguerilla sowie Einheiten der sandinistischen Befreiungsfront beteiligten sich an dieser Arbeit. Die Auseinandersetzung zwischen Vater und Sohn, zwischen faschistischem Regime und Revolution gegen das Regime Somozas, bildet den Handlungsfaden für das Symbol des Kampfes um die Wiederherstellung von Würde und Freiheit der Menschen in Nicaragua. – Die Kritik im Film-Almanach 1981: „Hier wird Politik zurückgeführt auf die einfachen Grundsituationen im Leben armer Menschen. Das macht den ‚Aufstand' zu einem wichtigen moralischen Widerstandsstreifen. Die Passion eines Volkes wird sinnlich erlebbar. Dabei rücken hinreißende Szenen ins Bild, die die politischen Analyse manchmal etwas zu kurz kommen lassen."

Montag, 8.2., 21.20 Uhr im ZDF

Ansonsten nur noch ein paar Hinweise auf vielleicht interessante Sendungen: „Noch ist Ruhe im Revier", eine Reportage vom Winter 1981/82, versucht die Entwicklung der Massenarbeitslosigkeit im Ruhrgebiet nachzuzeichnen, die Lage der SPD und die Unzufriedenheit der Arbeiter und Gewerkschaften über die Regierungspolitik. Lösungsmodelle sollen vorgestellt werden. *Dienstag, 9.2., 21.20 Uhr im ZDF.* – Deutsche Spielfilmkrimis sind meist Müll. Eine der Ausnahmen soll die Verfilmung des -ky-Romans „Einer von uns beiden" von 1973 sein. *Freitag, 12.2., 23.20 Uhr im ZDF.*



In dieser Schrift von 1925 entwickelte Bucharin Gesichtspunkte für den Übergang der Sowjetunion zum Sozialismus. Sie stellten eine Alternative zu dem ab 1929 betriebenen Kurs der Zwangskollektivierung der Bauern und der auf dieser Basis forcierten Industrialisierung dar, der eine der entscheidenden Weichenstellungen für die weitere Entwicklung der Sowjetunion war.

Auslieferung am 11. Februar
Paperback, 125 Seiten, 6,00 DM
Bestell Nummer 0059

BUCHVERTRIEB HAGER
Postfach 111162 · 6000 Frankfurt 11